

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 8/9, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mf. 2.50, frei ins Haus Mf. 2.02, wo keine Post am Orte, Mf. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertions-Besatz beträgt für die einjährige Kolonialzeit oder deren Raum 25 Pfennige, für Vereins- und Berichts-Anzeigen 15 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 194.

Mittwoch, den 22. August 1906.

17. Jahrgang.

Volkserziehung und Sozialdemokratie.

Die Genossin Zettin und Genosse Schulz als Referenten über das obige Thema auf dem Parteitage in Mannheim stellen die nachfolgenden Leitfäden zur Diskussion: *)

1. Das Ziel der Erziehung ist nicht ein absoluter Begriff rechtlicher oder moralischer Art, sondern es ist den im Laufe der gesellschaftlichen Entwicklung maßgebenden Faktoren, in letzter Linie den ökonomischen Triebkräften der betreffenden Zeit unterworfen.

Da die bisherige menschliche Geschichte sich in Form von Klassenkämpfen abspielte, so sollte es bisher an einer einheitlichen öffentlichen Erziehung für die Gesamtheit des Volkes, die öffentliche Erziehung war vielmehr stets und überall Klassen- und Berufs-erziehung. Während die jeweilig herrschenden Klassen für sich eine verhältnismäßig gute Bildung, und zwar sowohl eine hohe Allgemeinbildung als auch eine für die Beherrschung der Produktion und des Staates notwendige technische Bildung zu monopolisieren wußten, haben sie die unterdrückten Klassen stets entweder ohne jegliche Bildung gelassen oder ihnen doch nur das verächtlichste Maß einer für die jeweilige Produktionsform unentbehrlichen technischen Bildung eingeräumt.

So ist auch die Volksschule in den kapitalistisch regierten Staaten der Gegenwart, weit davon entfernt, ein wirksames Organ wahrhafter Volksbildung zu sein, nur ein Hilfsmittel der kapitalistischen Produktion zum Zweck einer elementaren technischen Ausbildung der Arbeitermassen. Eine planmäßige Hebung der Volksschule scheitert, obwohl sie im Interesse der sozialen Entwicklung liegt, fortwährend an dem durch Militarismus, Kolonialpolitik und ähnliche kuppelartige Interessen der herrschenden Klasse bewirkten ständigen Geldmangel des Staats. Außerdem bewirkt die zunehmende Arbeitslosigkeit und die dadurch entstehende Schablonisierung und Geistlosigkeit der Arbeit in diesen Industriezweigen ein Erlahmen des kapitalistischen Interesses für die Volksschule.

Aber die Volksschule ist nicht nur ein Mittel zum Zweck des kapitalistischen Profits, sie ist auch ein Herrschaftsinstrument zur Förderung der herrschenden Interessen des Kapitals. Während ein mannigfaltig gegliedertes und reichdotiertes höheres Bil-

*) Der Parteivorstand bemerkt dazu: „Es ist wiederholt der Wunsch ausgesprochen worden, Entwürfe zu größeren Resolutionen, welche dem Parteitage zur Berücksichtigung vorgelegt werden sollen, so zeitig zu veröffentlichen, daß die Parteigenossen und Genossen Zeit haben, diese Resolutionen zu besprechen. Die Genossin Zettin und Genosse Schulz, die als Berichterstatter für das Thema: „Volkserziehung und Sozialdemokratie“ bestimmt sind, haben die Leitfäden, die auch als Entwürfe zu einer Resolution verwendet werden können, eingeleitet. Wir veröffentlichen diese Leitfäden, damit die Parteigenossen bei der Diskussion über den Parteitag darauf Bezug nehmen können.“

Der Parteivorstand

dungswesen der Jugend der herrschenden Klassen die Erwerbung einer auf wissenschaftlicher Basis beruhenden allgemeinen Bildung ermöglicht und den herrschenden Klassen dadurch ein geistiges Übergewicht über die arbeitenden Klassen verschafft, wird die Arbeiterjugend in der Volksschule zum Glauben an ein künstlich zurecht geklumptes, gefälschtes Bild der Natur, der menschlichen Gesellschaft und der kulturellen Entwicklung gedrückt. Insbesondere sollen durch dogmatischen Religionsunterricht und byzantinischen Geschichtsunterricht in der Arbeiterjugend frühzeitig die Eigenschaften geistiger Demut und patriotischer Unterwürfigkeit gezeugt werden, Tendenzen, die mit der Verschärfung der Klassen-gegenstände an Intensität zunehmen.

2. Der Sozialismus, der die Abschaffung der Klassenunterschiede will, bezieht damit auch die Massen-erziehung. Er bricht zu diesem Zweck mit den geltenden Prinzipien der gegenwärtigen öffentlichen Erziehung. Der Sozialismus sieht in dem Kinde nicht den zukünftigen Lohnsklaven und rechtslosen Proletariat, sondern er würdigt in ihm das werdende Glied der sozialen Gemeinschaft freier Arbeiter, bei dem in seinem eigenen und zugleich in gesellschaftlichen Interesse alle geistigen und körperlichen Fähigkeiten zu möglichst hoher Vollendung zu entwickeln sind. Die öffentliche Erziehung wird dadurch zu einer der wichtigsten sozialen Aufgaben, für die die besten geistigen und materiellen Mittel der Gesellschaft nutzbar zu machen sind.

Da der Sozialismus in der gesellschaftlichen Arbeit den Ursprung und die Grundlage der gesellschaftlichen Organisation erblickt, da er aus diesem Grunde den Gegensatz zwischen Handarbeit und Kopfarbeit, zwischen Praxis und Theorie aufhebt und damit die Arbeit aus der verachteten Niedrigkeit von heute erheben und zu einer Quelle des Glücks und der Freude gestalten will, so wird auch für die Erziehung in der sozialistischen Zukunft die „Arbeit“ die Grundlage und zugleich das wertvollste, lebenserweckende und zu sozialer Bestimmung erziehende Element bilden. In dem kindlichen Spiel der ersten Lebensjahre kommt der allgemeine menschliche Drang nach Betätigung zuerst zum Ausdruck. Die zukünftige öffentliche Erziehung wird daher — ohne die kindliche Lebensfreude zu beeinträchtigen — beim Spiel anknüpfen und von hier aus Knaben und Mädchen in gemeinsamer Erziehung und in steter Anlehnung an den sozialen Arbeitsprozeß durch die Jahre körperlichen und geistigen Wachstums geleiten, bis sie als vollentwickelte Individuen und mit vollem Verantwortlichkeitsbewußtsein in die soziale Gemeinschaft einreten, und zwar an die ihrer Individualität am besten entsprechende Stelle.

3. Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die deutsche Sozialdemokratie im Interesse der Hebung der öffentlichen Erziehung zunächst:

- Schaffung eines Reichsschulgesetzes auf der Grundlage der Weltlichkeit und Einheitslichkeit des gesamten Schulwesens.
- Organische Eingliederung der höheren an die niederen Bildungsanstalten.
- Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittels-

und der Verpflegung in den öffentlichen Schulen. Beihilfe des Staates für die Weiterbildung befähigter, aber unbemittelter Schüler ohne Beinträchtigung der bürgerlichen Rechte der Eltern.

Gleichberechtigung der Geschlechter in den Lehrkörpern und der Schulverwaltung. Mitwirkung der Eltern und der Lehrerschaft bei der Schulverwaltung. Fachschulaufsicht.

Errichtung von Erziehungs- und Verpflegungsanstalten für das nachschulspflichtige Alter (Kindergärten) weltlichen Charakters. Errichtung von Schulheimen, in denen die Kinder in den unterrichtsfreien Tagesstunden leibliche und geistige Fürsorge finden. Gründung von Sanatorien für schwächliche und kranke Kinder.

Errichtung von Fach- und Fortbildungsanstalten für die schulentlassene Jugend ohne Unterschied des Geschlechts. Obligatorischer Besuch dieser Schulen während der Tageszeit bis zum vollendeten 18. Lebensjahre.

Einführung des Arbeitsunterrichts in allen Schulen. Errichtung von Lehrwerkstätten. Pflege der künstlerischen Bildung. Festlegung der Klassenrechnung und der Unterrichtszeit. Organisation des inneren Schulbetriebes ausschließlich nach pädagogischen Grundsätzen unter Mitwirkung der Lehrer und Lehrerinnen.

Errichtung von besonderen Klassen und Schulen für abnorme Kinder (Schwachbegabte, verirrte, epileptische usw.) Überwachung des Gesundheitszustandes der Kinder durch Schulärzte, Ferienkolonien.

Bau und Ausgestaltung von Schulgebäuden nach den Forderungen der Pädagogik, Schulhygiene und Kunst.

Errichtung von Bädern, Schwimmbädern, Wärme- und Speisehallen in den Schulen.

Errichtung von Volksbibliotheken, Lesesälen und Instituten für Volksbelehre und Unterhaltung (Volkskonzerte, Volksvorstellungen usw.).

Materielle und soziale Hebung der Lage der Lehrer und Lehrerinnen, entsprechend der Bedeutung ihrer Aufgabe und zur Erzielung der höchsten persönlichen Leistungsfähigkeit. Univeritätsbildung für sämtliche Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen.

4.

Der geschichtlichen Entwicklung eignet nicht die Tendenz, die Erziehung im Heim auszuschalten, sondern sie zu vertiefen. Die Erziehung im Heim hat das Wesen der öffentlichen Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu vervollständigen. Sie soll nicht bloß Mutterwerk, sie muß gemeinsames Elternwerk sein. Die Sozialdemokratie fordert ihre Angehörigen auf, soweit sie als Eltern, Vormünder oder auf andere Weise berufen sind, die Erziehung von Kindern zu leiten oder zu beeinflussen, sich dieser wichtigsten Aufgabe mit dem liebevollsten Ernst und der größten Gewissenhaftigkeit anzunehmen. Sie erklärt es als die selbstverständliche Pflicht der Parteiangehörigen, daß sie die Kinder im Geiste der sozialistischen Weltanschauung erziehen. Solange aber der Klassenstaat besteht und die Volksschule als Werkzeug der Klassenherrschaft mißbraucht wird, kann sich die

Die Judenbuche.

Ein Sittengemälde aus dem gebirgigen Westfalen von Annette v. Droste-Hülshoff.

Simon Zentler war ein kleiner, unruhiger, magerer Mann mit vor dem Kopf liegenden Fingerringen und überhaupet einem Gesicht wie ein Hecht, ein unheimlicher Geselle, bei dem die trübende Verbohrtheit oft mit eben so geistlicher Treuehaftigkeit wechselte. Der gern einen aufgefärbten Kopf vorgehalten hätte und statt dessen für einen fatalen, Händel suchenden Kerl galt, dem jeder um so lieber aus dem Wege ging, je mehr er in das Alter trat, wo ohnehin beschränkte Menschen leicht an Unprüden gewinnen, was sie an Brauchbarkeit verlieren. Dennoch freute sich die arme Margaret, die sonst keinen der Fröhen mehr am Leben hatte.

„Simon, bist Du da?“ sagte sie, und zitterte, daß sie sich aus Stube hatten mußte. „Wißt Du sehen, wie es mir geht und meinem schmerzigen Jungen?“ — Simon betrachtete sie ernst und reichte ihr die Hand: „Du bist alt geworden, Margaret!“ — Margaret seufzte. „Es ist mir derweil viel bitterlich gegangen mit allerlei Schicksalen.“ — „Ja, Mädchen, zu spät gefreut, hat immer gereut! Jetzt bist Du alt und das Kind ist klein. Jedes Ding hat seine Zeit. Aber wenn ein altes Haus brennt, dann hilft kein Löschchen.“ Ueber Margarets vergrüntes Gesicht lag eine Flamme, so rot wie Blut.

„Aber ich höre, Dein Junge ist schlau und gewitzt“, fuhr Simon fort. — „Er nun, so ziemlich, und dabei fromm.“ — „Nun, es hat mal einer eine Kuh gestohlen, der hieß auch Fromm. Aber er ist still und nachdenklich, nicht wahr? Er läuft nicht mit den anderen Buben?“ — „Er ist ein eigenes Kind“, sagte Margaret wie für sich; „es ist nicht gut.“ Simon lachte hell auf: „Dein Junge ist schön, weil ihn die anderen ein paar Mal gut durchgedroschen haben. Das wird ihnen der Bursche schon wieder bezahlen. Hülsmeier war nettlich bei mir, der sagte, es sei ein Junge, wie'n Reh.“

Türe hinaus: „Ei, da kommt der Gesell! Vaterstohn! er schlenker gerade so mit dem Namen, wie Dein fetter Mann. Und schau mal an! Wahrschitz, der Junge hat meine blonden Haare!“

In der Mutter Züge kam ein heimliches, stolzes Lächeln; ihres Friedrichs blonde Locken und Simons rötliche Borsten! Ohne zu antworten, brach sie einen Zweig von der nächsten Pflanze und ging ihrem Sohne entgegen, scheinbar, eine träge Kuh anzutreiben, im Grunde aber, ihn einige rasche, halbdrohende Worte zuzurufen; denn sie kannte seine störrische Natur, und Simons Weise war ihr heute einfühlender vorgekommen als je. Doch ging alles über Erwartung aus; Friedrich zeigte sich wieder verstockt, noch frech, vielmehr etwas blöde und sehr bemüht, dem Ohm zu gefallen. So kam es denn dahin, daß nach einer halbfröhlichen Unterredung Simon eine Art Adoption des Knaben in Vorschlag brachte, vermöge deren er denselben zwar nicht gänzlich der Mutter entziehen, aber doch über den größten Teil seiner Zeit verfügen wollte; wofür ihm dann am Ende des alten Junggesellen Erbe zufallen sollte, das ihm freilich ohne nicht entgegen kam. Margaret ließ sich gedulbig auseinandernehmen, wie groß der Vorteil, wie gering die Entbehrung ihrerseits bei dem Handel sei. Sie wußte am besten, was eine fröhliche Witwe an der Hilfe eines zwölfjährigen Knaben entbehrt, den sie bereits gewöhnt hat, die Stelle einer Tochter zu ersetzen. Doch sie schwieg und gab sich in alles. Nur daß sie den Bruder, streng, doch nicht hart gegen den Knaben zu sein.

„Er ist gut“, sagte sie, „aber ich bin eine einsame Frau; mein Sohn ist nicht wie einer, über den Vaterhand regiert hat.“ Simon nickte schlau mit dem Kopf: „Laß mich nur gewöhnen, wir wollen uns schon vertragen, und weißt Du was? Wieh mir den Jungen gleich mit, ich habe zwei Säcke aus der Mühle zu holen; der kleinste ist ihm grad recht, und so lernt er, mir zu gehn. Komm, Friedrich, zieh Deine Holzschuhe an!“ — Und bald sah Margaret den beiden nach, wie sie fortschritten. Simon voran, mit seinem Gesicht die Luft durchschneidend, während ihm die Schöße des roten Rocks wie Feuerfammen nachzogen. So hatte er ziemlich das Ansehen eines fremden Mannes, der unter dem gestohlenen Sacke lüßt; Friedrich ihm nach, sehr und schlau für sein Alter, mit zarten, fast edlen Zügen und langen blonden Locken, die besser gepflegt waren, als sein übriges Aeußere erwarren ließ; übrigen zerlumpt, sonnenverbrannt und mit dem Ausdruck der Vernachlässigung und einer gewissen rohen Melancholie in den Zügen. Dennoch war eine große Familienähnlichkeit beider nicht zu verkennen, und wie Friedrich so langsam seinem Hüter nachtrat, die Blide fest auf denselben gebietet, der ihn gerade durch das Selbstamt seiner Erscheinung ango, erinnerte er unwillkürlich an jemand, der in einem Hauberspiegel das Bild seiner Zukunft mit verführerischer Aufmerksamkeit betrachtete.

Jetzt nahen die beiden sich der Stelle des Teufelbuerger Waldes, wo das Brederholz den Abhang des Gebirges nieder-

liegt und einen sehr dunkeln Grund ausfüllt. Bis jetzt war wenig gesprochen worden. Simon schien nachdenkend, der Knabe zerstreut, und beide leuchteten unter ihren Säcken. Plötzlich fragte Simon: „Trinkst Du gern Brantwein?“ — Der Knabe antwortete nicht. „Ich frage, trinkst Du gern Brantwein? Wieh Dir die Mutter zuweisen weichen?“ — „Die Mutter hat sich keine“, sagte Friedrich. — „So, so, desto besser! — Kennst Du das Holz da vor uns?“ — „Das ist das Brederholz.“ — „Weißt Du auch, was darin vorgefallen ist?“ — Friedrich schweig. Indessen kamen sie der düsteren Schlucht immer näher.

„Bist die Mutter noch so viel?“ hob Simon wieder an. — „Ja, jeden Abend zwei Kofenkränze.“ — „Es? und Du bestest mit?“ — Der Knabe lachte halb belüger mit einem durchdringenden Seitenblick. — „Die Mutter betet in der Dämmerung vor dem Essen den einen Rosenkranz, dann bin ich noch nicht wieder da mit den Krühen, und den anderen im Bette, dann schlaf ich gewöhnlich ein.“ — „So, so, Geselle!“ — Tiefe letzten Worte wurden unter dem Schirme einer weiten Buche gesprochen, die den Eingang der Schlucht überwachte. Es war jetzt ganz finster; das erste Mondviertel stand am Himmel, aber seine schwachen Schimmer dienten nur dazu, den Gegenständen, die sie zuweilen durch eine Lücke der Zweige berührten, ein fremdartiges Ansehen zu geben. Friedrich hielt sich dicht hinter jenem Ohm; sein Odem ging schnell, und vor seine Züge hätte untercheiden können, würde den Ausdruck einer ungeheuren, doch mehr phantastischen als furchtsamen Spannung darin wahrgenommen haben. So schritten beide rüstig voran, Simon mit dem festen Schritt des angehörten Wanderers, Friedrich schwankend und wie im Traum. Es kam ihm vor, als ob alles sich bewegte und die Bäume in den einzelnen Mondstrahlen halb zusammen, halb von einander schwanken. Baumwurzeln und schlüpfrige Stellen, wo sich das Wasser gesammelt, machten seinen Schritt unsicher; er war einige Male nahe daran, zu fallen. Jetzt schien sich in einiger Entfernung das Dunkel zu brechen, und halb traten beide in eine ziemlich große Lichtung. Der Mond schien klar hinern und zeigte, daß hier noch vor kurzem die Art undgerneheit gewirkt hatte. Überall ragten Baumstümpfe hervor, manche mehrere Fuß hoch; der Erde, wie sie gerade in der Erde am bequemsten zu durchschneiden gewesen waren; die verpönte Arbeit mußte unversehens unterbrochen worden sein, denn eine Buche lag quer über dem Pfad, in vollem Laube, ihre Zweige hoch über sich streckend und im Nachtwinde mit den noch frischen Blättern zitternd. Simon blieb einen Augenblick stehen und betrachtete den gefällten Stamm mit Aufmerksamkeit. In der Mitte der Lichtung stand eine alte Eiche, mehr breit als hoch, ein blauer Strauch, der durch die Zweige auf ihren Stamm hin, zeigte, daß er wohl sei, was ihm wahrscheinlich vor der allgemeinen Bestimmung geschäft hatte. Hier erariff Simon die Hand des Knaben.

(Fortsetzung folgt.)

Die Sozialdemokratie wird vorwiegend an den Arbeiterklassen angeschlossen, sie wird vielmehr in großen Kreisen betrachtet und planmäßig dem Lehrenden entgegengebracht, welche diesen wachen und vergiftet. Das gilt in erster Linie und in besonderer Weise von dem Volksschul- und Selbstunterricht. Die Erziehung im Geiste der sozialistischen Weltanschauung erfolgt nicht dadurch, daß man die unwilligen Kinder zum Auswendiglernen programmatischer Formeln zwingt. Sie fordert aber, daß diese durch die zweckentsprechende Geistes- und Charakterpflege für das Verständnis der sozialistischen Theorien und die Betätigung sozialistischer Bestimmung vorbereitet werden. Dazu gehört, daß man die Kinder in die Welt des natürlichen und sozialen Lebens und seine Triebkräfte einführt, so daß sie den Menschen als ein Wesen in der unendlichen Kette aller natürlichen und sozialen Seins erfahren lernen; daß man sie zum Wollen und zum Gebrauch der Freiheit erzieht; daß man in ihnen die Weisheit der Brüderlichkeit, der Liebe zur Wahrheit, Freiheit, Gerechtigkeit und Schönheit erweckt und pflegt. Das lebendigste persönliche Beispiel der Erziehenden ist dabei ein Faktor von größter Wichtigkeit.

Damit die Parteigenossen ihre verantwortungsvollen Aufgaben erfüllen können, müssen sie mit Eifer auf ihre theoretisch-sozialistische Weiterbildung bedacht sein, sie müssen in strenger Selbsttätigkeit an ihrer Charakterbildung arbeiten.

Die Partei hat die erzieherische Aufgabe der Eltern dadurch zu fördern, daß sie in ihrer Presse dem Volksschullehrer wie den pädagogischen Problemen dauernd die gebührende Beachtung schenkt und eine geeignete sozialistische Kinderliteratur schafft.

Das Proletariat ist der Träger einer in sich geschlossenen Weltanschauung, die zwar die konsequente Fortentwicklung der höchsten wissenschaftlichen und künstlerischen Ideale unserer Zeit ist, aber in scharfem Gegensatz zu der bürgerlichen Weltanschauung und damit auch zu der bürgerlichen Wissenschaft und Kunst unserer Tage steht, die einen ausgeprägten Klassencharakter tragen. Im Hinblick auf seine geschichtliche Mission kann daher das Proletariat die bürgerliche Geisteskultur nicht einfach übernehmen, es muß sie vielmehr seiner eigenen Weltanschauung gemäß umwerten. In diesen Tatsachen ist der relative Wert begründet, den auch die wohlmeinendsten und an sich verdienstlichen Bestrebungen bürgerlicher Kreise zur Hebung der wissenschaftlichen und künstlerischen Volksbildung haben. Die Sozialdemokratie kann daher an solchen Bestrebungen keinen Anteil haben; angeichts der schreienden Bildungsbedürftigkeit der breitesten Massen steht sie ihnen jedoch sympathisch gegenüber, soweit sie nicht betruht zu Mitteln entwürdigt werden, das Klassenbewußtsein des Proletariats zu trüben und die Energie seines Kampfes abzuschwächen.

Sie selbst aber erachtet die Aufgabe, in steigendem Maße für die allseitige Weiterbildung ihrer Mitglieder zu sorgen, und zwar in erster Linie für deren theoretische Schulung durch planmäßige Einführung in die Grundzüge des wissenschaftlichen Sozialismus. Als Mittel kommen in Betracht: die Gründung beziehungsweise der Ausbau von Arbeiter-Bildungsschulen, die Veranstaltung von systematisch gegliederten Vortragskursen, die Veranstaltung von Les- und Diskussionsabenden, beziehungsweise die Ausgestaltung der Jahlabende zu solchen; die Verbreitung der Literatur des wissenschaftlichen Sozialismus; die Behandlung theoretischer Fragen in der Tagespresse.

Innerhalb der Partei ist der künstlerische Sinn zu erwecken und zu pflegen durch die Ausstattung der Festchriften und illustrierten Publikationen; durch die Herausgabe von Meisterbildern und künstlerisch wertvoller Unterhaltungsliteratur, durch die Veranstaltung von Konzerten, Vortragsabenden, gemeinschaftlichen Musikumfängen usw., durch einführende Vorträge und Artikel in der Tagespresse; durch eine zweckentsprechende Ausgestaltung der Feste.

Ein Bildungsausschuß von 25 Mitgliedern, bestehend aus Theoretikern und Praktikern, dient als Zentralstelle für die Bildungsbestrebungen. Er stellt organisch aufgebaute Programme für Vorträge und Vortragskurse und die dazu gehörigen literarischen Veranstaltungen, vermittelt rednerische und künstlerische Kräfte und sucht auf andere geeignete Weise seiner Aufgabe gerecht zu werden. Der Ausschuss wird auf Grund einer Vorschlagsliste der Landes- bzw. Bezirksorganisationen alljährlich vom Parteivorstand und Komitollkommission gewählt; der Parteivorstand ist in ihm durch zwei Delegierte vertreten. Eine ständige Geschäftsstelle des Bildungsausschusses vermittelt den Verkehr mit den Parteioorganisationen im Reich.

Die Sozialdemokratie erachtet es als eine ebenso dringliche wie bedeutsame Pflicht, die aus der Schule entlassene proletarische Jugend mit der Weltanschauung des Sozialismus zu erfüllen und für die aktive, zielbewusste Anteilnahme am proletarischen Emanzipationskampf vorzubereiten.

Zur Lösung dieser Aufgabe sind von den Parteigenossen geeignete Jugendorganisationen zu schaffen bzw. Vertrauenspersonen aufzustellen, die sich ihr widmen. Es sind Vorträge, Vortragskurse und Unterrichtskurse zu veranstalten; das Lesebüchlein ist zu wecken und zu fördern, geistliche Zusammenkünfte und die Feste der proletarischen Organisation sind dem ererbten Ziele nutzbar zu machen.

Die Bestrebungen zur sozialistischen Erziehung der jugendlichen Jugend erhalten einen festen geistigen Mittelpunkt durch ein eigenes periodisches Organ, das methodisch in die Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus einführt und neben der allgemeinen geistigen Entwicklung die Charakterbildung fördert.

Clara Zetkin, Heinrich Schulz.

Politische Ueberfahrt.

Die Regierung kann auch anders, wenn sie will. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung meldet: Als sich der Vertreter des deutschen Generalkonsulats in Warschau, Freiherr von Berchtesgaden, am 14. August vom Generalkonsulat nachmittags noch einem letzten Abschiedsbesuch begab, wurde er von einer Person angehalten, die russische Offiziersuniform trug. Derselbe kam Herrn von Berchtesgaden entgegen und ergriff, als sie sich an ihm vorbeizuging, sein rechtes Handgelenk. Mit der linken Hand verdeckte er ihm zwei Handschläge gegen die Schläge.

Donnerstag erkrankte sich der Angreifer ernst, jedoch ohne Besorgnis und fuhr davon. Freiherr von Berchtesgaden hatte, als der Fremde seine Hand ergriff, zunächst an eine Personenverletzung geglaubt und fand, durch die Faustschläge gänzlich überrascht, nicht Zeit, den flüchtenden Täter festzuhalten und zu stellen. Volle Obermittel war nicht in der Nähe, und die Straße war fast menschenleer; der Freiherr war nicht bewaffnet. Der Vertreter des Generalkonsulats teilte den Vorfall unmittelbar dem Generalgouverneur mit, der sofort zur Feststellung der Persönlichkeit des Angreifers die erforderlichen Verfügungen traf. In Petersburg wurde der Ueberfall auf die Welsung der deutschen Regierung als bald diplomatisch zur Sprache gebracht. Am nächsten Tage sandte die russische Regierung der deutschen Botschaft eine amtliche Note, in welcher dieselbe ihr lebhaftes Bedauern über den Angriff ausdrückte und mitteilte, daß dem Generalgouverneur von Warschau scheinbar die Welsung zugewandt sei, die energichsten Maßnahmen zur Aufklärung des Vorfalles zu ergreifen. Außerdem machte der Generalgouverneur von Warschau dem deutschen Generalkonsulatsvertreter aus Anlaß des Vorfalles einen Besuch.

Weil also einmal ein leidenschaftlicher deutscher Freibecker befragt worden, hört man bereits nach kaum 3 Mal 24 Stunden von Maßnahmen zum Schutze desselben davon ab, was die Regierung veranlaßt, daß in den letzten 7-8 Monaten über ein Dutzend Konsulatsverträge auf preussischem Gebiete, ja daß sogar 1400 Verträge vorgekommen sind, — davon verlaßt bis heute noch nichts! Freilich: Die von den Konsulen erschossenen Personen waren ja bis auf einen Beamten „nur“ Arbeiter und arme Teufel! Schweregen den Baren zu vermügen hält man unter seiner Würde.

Pobdielecki als Schwindelgenie

ist es, der die Berliner Presse in den letzten Tagen anlässlich seines Rücktritts am eifrigsten beschäftigt. Die „Voss. Zig.“ meint: Es ist möglich, darüber zu rechten, wie weit die Depeschen des Herrn v. Pobdielecki mit der Erklärung des halbamtlichen Blattes zeitlich und inhaltlich zu vereinbaren sind. Jedenfalls wird man heute zugeben müssen, daß die ersten Mitteilungen über die Kritik genau in dem Augenblicke erfolgten, wo die Kritik heranzog oder schon eingetreten war. Die Ueberzeugung, daß ein Verhaken, wie es dem Minister v. Pobdielecki erlaubt schien, den preussischen Ueberlieferungen und den Bedürfnissen der Regierung nicht entspricht, wird bis weit in die konservativen Parteien hinein geteilt. — Das „N. Z.“ schreibt: Da man der „Nord.“ wird unbedingten Glauben schenken müssen, so bleibt nur die Annahme übrig, daß die Ablehnung des Rücktrittsgeluches seitens des Ministers eine mehr oder weniger seltene Sache gewesen ist. — Die „Berl. Morgenpost“ meint, die Mitteilung sei ein Geschick Pilsows, der offenbar den Rücktritt Pobdieleckis wünscht, und einen Druck auf den Kaiser ausüben will. — Die „Germania“ bemerkt, der Witz des Reichskanzlers sei offenbar so deutlich gewesen, daß Pobdielecki nicht umhin konnte, um seine Entlassung zu bitten. Der Versuch, sich mit der Person des Kaisers zu bedien, hat ihm also nichts genützt. — Die „Täg. Rundschau“ meint: Ueberausend ist die Nachricht nur insofern, als Herr von Pobdielecki den „N.“ zu der Erklärung ermächtigt hatte, daß er nicht um seinen Abschied nachgesucht habe. Man muß also annehmen, daß der Bericht an den Reichskanzler erst gestern abgegangen ist. — Den „N. Z.“ kommt die Nachricht sehr überraschend, denn auch für sie war die Antwort, die aus Karlsruhe gekommen wurde, nach Form und Inhalt ein recht kategorisches Dementi. — Die „Staatsbürgerzeitung“ meint, der Minister hätte insonderheit seine Verteidigungsversuche lassen müssen, zudem er doch die Ähren der Untersuchung Fischers kaum kannte und es erstes politisches Interesse war, den Monarchen in jeder Weise aus der Affäre zu lassen. Weber Möller noch Pobdielecki hat die Verbindung mit dem „N.“, den der Kaiser ja liebt, gutgeheiß. — Die „Nat.-Zig.“ glaubt, daß nicht daran zu zweifeln sei, daß der König das Rücktrittsgeluch genehmigen werde. Die Form der offiziellen Notiz sei dagegen höchst verwerflich. Entweder wußte Herr von Pobdielecki am Donnerstag Abend nicht mehr, daß er dem in jener Stunde bereits auf der Fahrt nach Wilhelmshöhe befindlichen Reichskanzler tatsächlich schon nach Nordernberg seinen Rücktritt in aller Form angezeigt hatte, oder die Amiswürdigkeit ist erst nach der Konferenz des Kaisers mit dem Ministerpräsidenten am Freitag über Herrn v. Pobdielecki gekommen. Oder aber — dritte und letzte Möglichkeit — Herr v. Pobdielecki ist ein solcher Meister des offiziellen Stils, daß er zwischen der „Erklärung des Abschiedsgeluches“ und der Äußerung des „Wunsches nach Entlassung aus dem Staatsdienste“ eine haarsträubende Unterscheidung macht.

Der Schmol in der Falle.

Auf der deutschen bürgerlichen Presseplantage treibt allerlei merkwürdiges Volk sein Unwesen, das kürzlich von Wilhelm II., der sich schon mehrfach damit beschäftigt hat, dahin charakterisiert wurde, daß Leute die öffentliche Meinung machten, die nichts gelernt hatten. Wir werden uns ja hüten, Wilhelm II. zu widersprechen. Wir erlauben uns bloß die bescheidene Bemerkung, daß, wenn diese Leute auch nichts gelernt haben, — sie doch Eigenschaften auszeichnen, die man sonst wenig findet, — nämlich eine ungeheure Portion Dreistigkeit und Willkürigkeit. In den sogenannten unparteiischen, oder mehrfach parteiischen Blättern treiben Leute ihr Unwesen, das sie freilich als staatserkhaltende Politik bezeichnen, die sich in erster Linie als politische Clowns dem Publikum präsentieren.

Einer der hervorragendsten Vertreter dieser angenehmen Klasse ist der aus Polen stammende Germane und geistige Arbeiter der Leipziger „Neuesten Nachrichten“ — Paul Siman. In sechs Leitartikeln wöchentlich, muß er gegen allerdings sehr gutes Honorar das Publikum durch allerlei Späßchen über die Politik, von der Politik abhalten. Das geschieht dadurch, daß er einen Tag gegen Pilsows und Wilhelms Politik, und den anderen Tag dafür schreibt. Den dritten Tag ulkt er die Juden an, von denen er abstammt, den vierten Tag geht er auf die Engländer los und in den anderen Artikeln verrichtet er Schuppengerdienste für den Baren.

Herr Herrfurth, der Verleger der „Neuesten Nachrichten“, des Hauptorgans für Mitteldeutschland, das in keinem Café (wohlgemerkt auch in keinem Bordell?) fehlt, glaubte nun bisher, daß er für sein schweres Geld den politischen Späßmacher allein besäße. Nun kommt auf einmal die für ihn niederschmetternde Nachricht, daß sein Schmol oder sein „Geistes-Poller“ auch für die „Deutsche Tageszeitung“ des Runten-Verteils agrarische Politik macht; was ja zwar der Handelspolitik der „Neuesten Nachrichten“ ins Gesicht schlägt, aber immer noch nicht so schmerzhaft ist, wie die andere Nachricht, daß Schmol-Siman auch für ein — englisches Blatt — schreibt.

Wer hat nun diese vielseitige journalistische Tätigkeit Siman's aus Tageslicht gezogen? Etwas die bösen Sozialdemokraten? O nein! Die bürgerliche Presse selber

sucht Siman zu vernichten, nicht aus Neidlichkeitsgefühl, sondern — um der Herrfurth'schen Meinungsfabrik den Garaus zu machen. Und es wird ihr gelingen!

Die „Neuesten Nachrichten“ waren ganz und gar auf Siman's politische Grimspanartikel angewiesen; denn wenn die nicht mehr erscheinen, macht's dem Leipziger Gosenpfeifer keinen Spaß mehr, — der Zweck des „Leipziger Tageblattes“, die Vernichtung des Konkurrenzblattes ist erreicht.

Die journalistische Einrichtung Schmol-Siman's und die Ausmerzung der Organe vom Schläge der „Leipziger Neuesten Nachrichten“, die die Erziehung des Volkes zum politischen Stumpfsinn professionmäßig betreiben, liegt im Interesse der bürgerlichen Gesellschaft, weil sonst der politische Fäulnisprozess viel schneller fortschreitet. Insofern hat dieser Vorgang außerordentlich wichtige politische Bedeutung.

Er läßt sich nicht vor den Barch stoßen. Minister von Bobdielecki erklärt, daß er dem Reichskanzler gar nicht den Auftrag gegeben habe, seine Entlassung beim Kaiser zu befürworten. — Der Dickfellige merkt wohl immer noch nicht, daß er nicht geht, sondern gegangen wird?

Wie die Blätter melden, hat Wilhelm II. über Bob noch keine Entscheidung getroffen, sondern erklärt, dazu nicht (soll wohl heißen: noch nicht) in der Lage zu sein. Einstweilen ist also der Mann immer noch preussischer Minister! Wenn übrigens die „Dortmunder Zeitung“ recht hat, so bleibt allerdings dem Reichskanzler gar nichts anderes übrig, als Herrn v. Bobdielecki auch gegen dessen Willen aus dem Ministerhotel zu entfernen. Der gut unterrichtete Berichtserklärer des genannten Blattes meldete nämlich, noch ehe die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom Sonnabend Abend erschienen war, folgendes:

„Der springende Punkt in der Pobdielecki-Frage ist eine Auseinandersetzung mit dem Untersuchungsrichter gegenüber gemacht hat. Danach hat Herr v. Tappelskirch den Major zur Uebernahme eines der verschiedenen Darlehens mit der Motivierung überredet, die betreffende Summe käme von Erstellen von Pobdielecki. Major Fischer gibt nun an, er habe es für nötig gehalten, sich für diese Hilfe beim Minister zu bedanken. Diesen Dank soll der Herr Landwirtschaftsminister — obwohl er in Wirklichkeit gar nicht der Darlehensgeber war, in halb verlegener, halb sozialer Weise angenommen haben. Damit wäre denn wohl ein Zusammenhang zwischen dem Fischerschen Darlehen und Erstellen von Pobdielecki konstatiert und zu gleicher Zeit die Mitwisserschaft Pobdieleckis an den Tappelskirchschen Ungleichheiten nachgewiesen.“

Sind diese Angaben richtig, so würde daraus folgen, daß Herr von Pobdielecki bereits seit Jahr und Tag um die seltsamen Geldgeschäfte Tappelskirch mit Fischer gewußt hat und daß er ihnen nicht nur nicht entgegengetreten ist, sondern sie sogar indirekt gefördert hat, indem er dem Major Fischer gegenüber die ihm von Tappelskirch zugeteilte Rolle weiter spielte. Eine saubere Rolle!

Das ist ein Geschäft . . .

Wie schädigend die Monopol-Wirtschaft für das Reich ist, darüber gibt das „Berliner Tageblatt“ in Anknüpfung an eine Besprechung des Wörmann-Monopols für Deutsch-Südwest-Afrika folgende lehrreiche Gegenüberstellung:

Panzersplatten werden nach Amerika um 400 Mk. billiger geliefert als an uns:	
1893 kostete ein 15 Zentimeter-Geschos bei Krupp	45.00 Mk.
jetzt kostet	15 „ „ Ehrhardt 17.00 „
1900 kosteten Kanonenrohre	Krupp 3330.00 „
1900	„ Seelenrohre und Mantelblöde Ehrhardt 1950.00 „
1900 kosteten Vollrohrblöde	Ehrhardt 1800.00 „
1897 und 1898 kosteten Stahlkerne für 15 Zentimeter-Granaten	Krupp 85.00 „
	Ehrhardt 30.50 „
	Witten 34.40 „
	Bochum 32.25 „
	Höbner 28.00 „
1903 kosteten dieselben bei allen nicht mehr als	17.20 bis 20.00 „
1900 kosteten 15 Zentimeter-Granaten (selbst)	Krupp 40.50 „
	Ehrhardt 27.85 „
	Bochum 27.85 „
	Höbner 25.60 „
	staatlichen Betrieben 31.80 „
1900 kosteten 21 Zentimeter-Granaten	Krupp 102. — „
	bei allen anderen nur 89. — „
Inzwischen sind Ehrhardt und Witten für 21 Zentimeter-Granaten auf	68.60 „
heruntergegangen.	
Infolgedessen berechnet Krupp seit 1903	67.50 „
früher war er also 35 Mk. (über 50 Proz.) teurer.	
1901 kosteten 21 Zentimeter-Granaten	118. — „
	126. — „
	und 114. — „
1904 dagegen infolge der Veranlassung der Konkurrenz	98. — „

Wie man sieht, ist die „Reichsberücklichkeit“, die sich aus Uferlosigkeit, wahnwichtigen Rüstungen und Kolonialskandalen zusammensetzt, wenigstens für Krupp, dessen „Patriotismus“ selbstverständlich über jeden Zweifel erhaben war, so lange ein sehr einträgliches Geschäft gewesen, als er nicht über unläuterer Wettbewerb anderer Panzerplatten-, Kanonenrohre- und Granaten-Patenten zu klagen hatte. Man kann aber ganz sicher sein, daß auch die Wettbewerber noch ihr Schicksal ins Trockene bringen. Umsonst findet nicht jede Ankündigung neuer Rüstungspläne begeisterten Widerhall in den Kreisen der patentierten Patrioten, die direkt oder indirekt an jener einträglichsten Geschäftemacherei beteiligt sind.

Einen originellen Vorschlag.

dem eine gewisse Berechtigung nicht abzuspüren ist, macht das Stöcker'sche „Reich“. Die in letzter Zeit vor den Gerichten verhandelten Fälle, in denen es sich um durch Spiel, Suff und Weiber ruinierte Offiziere handelte, veranlassen das Blatt, für Erhöhung der Bezüge für Oberleutnants zu plädieren, „damit diese früher und schlicht heiraten können“, und einen „einfachen Wandel der Regimentskommandeure“ zu fordern. Dann heißt es weiter: „Und vielleicht wäre allgemach noch ein ganz anderes Mittel an der Zeit: Formation eines alkoholfreien Versuchsregiments.“ So ganz unbedeutend ist der in dem letzten Vorschlage liegende Vor-

wurf gegen die Träger des „vornehmen Rockes“ sicher nicht. Die Seilpulle hat nicht nur die Finanzen manch schneidigen Offiziers zerrüttet, sie gab auch nicht selten den Anlaß zu den noch immer zahlreich vorkommenden Soldatenmordhandlungen und Ausschreitungen anderer Art durch Offiziere. Wo versuche man es einmal mit alkoholischen Offizieren!

Von einer bevorstehenden Amnestie anlässlich der Taufe des Kronprinzensohnes fasseln wieder eine Anzahl Blätter, um Stoff für ihre Spalten und Gelegenheit zum Vertilgen und Wiberufen zu haben.

Sische unter sich.

Die Sisch-Dundersche „Mitteldeutsche Volkszeitung“ in Weissenfels a. d. S. liegt in Fehde mit dem Generalsekretär des Sisch-Dunderschen Fabrik- und Handarbeiter-Gewerkschafts in Burg, einem der ältesten — und rickständigen — Sisch-Dunderschen Führer. In ihrer Nummer 181 öbet das Sisch-Dundersche Blatt den Herrn Bahn folgendermaßen an:

Offener Brief
an unsern speziellen Freund, den
Generalsekretär Bahn in Burg
über:

Eine schauerliche Mordtat, begangen vom Generalsekretär Bahn in Burg an der „Mitteldeutschen Volkszeitung“, Bombastisch-phantastisch-fomische Betrachtung über eine Antiklerikale „Fabrik- und Handarbeiter“.

Nun haben Sie ja furchtbare Mache genommen. Das gemügelte Wort „Endlich steigt die Tugend“ mußte vor Ihrem Hochkonservativen und rickständig verfeuchten Geist, der in letzter Zeit in bedenklichen Formen bei Ihnen und Ihrer nächsten Umgebung spult, schmählich zerrieben wie ein Phantom. Keiner will mehr etwas von uns wissen. Alle Fabrik- und Handarbeiter freien ihren Bahn und weudern sich mit Abischen von uns ab. Wie der Held in einem Drama, so endet die „Mitteldeutsche“ und dies elagisch und allein, weil sie sich nicht beugen mochte unter das Joch einer altnordischen, zur Korruption neigenden partischen Strömung im Gewerkschaft der Fabrik- und Handarbeiter. An der vermaledeiten Tatsache, daß wir einmal falsch unterrichtet wurden, mußten wir uns die Zähne ausbeißen und elendiglich zu Grunde gehen. O Tag der grauenhaften Mache von Sadoma, hättest du nie das Licht der Welt erblickt. Siebenmal totgeschlagen und entseelt liegt die verhasste „Mitteldeutsche“ vor Ihren Füßen und nach Ihrer welfen Theorie ist sie nun ein — verschwindend kleiner Teil unserer Freunde, von denen man bislang nur ein Hofanna im stärksten Fort zu hören gewohnt war, im — leiftesten Pianissimo: ans Kreuz mit ihr! Ja, Sie haben eine maßlose furchterliche Mache genommen, das werden wir Ihnen nie vergessen, denn wir sind tot! tot! tot!

Obenauß sitzt er nun, der tapfere Drahtentzöler, wutschmend treibt er seinen streibaren Sporn in den zerren Leib der erdrosselten jungen Mitteldeutschen. Er redt seine Flügel, er blüffert die bunten Halsfedern und während sein Ramm mächtig schwillt, schreit er immerfort und siegesdrunten

Rickert!

Das ist eine sehr hübereiche und anschauliche Sprache, die bloß einmal ein Gewerkschaftsblatt einem andern gegenüber angeschlagen braucht, um sofort in einer der Sisch-Dunderschen Zeitungen verewigt zu werden, als Beispiel für die „Verwöhnung des Tones unter Genossen“. Man muß es dem Weisheitler Blatt aber lassen, es verneht das Schimpfen, und Herr Bahn wird seine Freude an den ihm gewordenen Liebendwürdigkeiten haben.

Kleine politische Nachrichten.

Eine Aufhebung der Fahrkartensteuer stellt eine Korrespondenz in Aussicht, die in mehreren Zeitungen Annahme gefunden hat. Danach soll die Wiedereinführung dieser Steuer nur eine Frage der Zeit sein. Allerdings müsse dann dafür durch eine Erhöhung der Tabaksteuer eine Kompensation gewährt werden. Die Zeitungen nehmen mit Recht diese Meldung fast sämtlich nicht ernst. Man hat es in Preußen-Deutschland nicht so elig mit dem Befestigen dessen, das nichts taugt. — Bei der Landtagserversammlung im 3. Berliner Wahlkreise beabsichtigen Konservativ und Antifemiten zusammen einen eigenen Kandidaten aufzustellen und sich am Wahlkampf energisch zu beteiligen. Das ist ein bereits mehrere Male. — In ihren Berichten aus Kronberg verweisen die englischen Korrespondenten auch nicht zu erwähnen, daß die führenden Berliner Schneider in Kronberg angekommen seien, um sich die neuesten Schritte des Königs von England ganz genau anzusehen. — Nach einer nahezu elfmonatigen Tagung ist die Session des bayerischen Landtages am Sonnabend geschlossen worden. Die letzte Sitzung der Abgeordnetenkammer war die zweiundertste in dieser Periode. — Sind da aber Diäten geschluckt worden! — Die Schleifung norwegischer Grenzfestungen als Folge der Votrennung von Schweden ist nun erledigt. Die Kommission zur Kontrollierung dieser im Feuilleter Übereinkommen festgelegten Maßnahmen hat am Montag der schwedischen und der norwegischen Regierung ihren Bericht erstattet. Danach sind sämtliche vereinbarte Maßregeln ausgeführt und somit die betreffenden Bestimmungen des Karlsöder Übereinkommens erfüllt worden. — Eine in Gilsch bei Troppau abgehaltene sächsische Versammlung verlief ruhig. Nachher zogen etwa 200 Teilnehmer in kleinen Gruppen in die Stadt. Hierbei kam es zu Zusammenstößen mit den Deutschen. Gendarmen schritt ein. Eine heilige, durch Werfen von Knallbomben erzeugte Detonation, rief Aufmerksamkeit hervor. Um die Ansammlungen zu zerstreuen, rickten zwei Kompanien Infanterie aus. Bald trat Ruhe ein. Nach dem Abbruch des Militärs durchzogen die deutschen Demonstranten neuerlich in Haufen die Stadt und warfen in dem Gebäude der Landesregierung und in einem Privatbause mehrere Fenster ein. Nunmehr wurde die Herrengasse durch Gendarmen abgesperrt. Nach Mitternacht trat völlige Ruhe ein. — Aus Marokko wird gemeldet: Der Agaherastamun hat an den Vertreter des Sultans Mohammed el Torres ein Schreiben gerichtet, in welchem er um Verzeihung wegen der Raubströmungen am 16. d. M. bittet und zugleich dem Gouverneur von Tanger unbedingte Gehorsam verspricht.

Ausland.

Gegen die Schwindkassen. Die englische Oberhaus-Kommission zur Prüfung der Frage der Verhaftung der fremden Versicherungsgesellschaften in England hat ihren Bericht abgeschlossen und empfiehlt, von diesen Gesellschaften zu verlangen, daß sie 20,000 Pfund Sterling so lange hinterlegen, wie gegenwärtige Policen in England laufen. Der Bericht empfiehlt ferner, von allen englischen sowohl wie fremden Gesellschaften zu verlangen, daß sie dem Handelsamt einen vollständigen Überblick über ihre Einnahmen und ihre Rechnungsabstufungen vorlegen.

Frankige Gasenfäße. Auf die Meldung, daß 2 Anarchisten Southampton aufgesucht hätten, wurden die Dads bei der Ankunft des spanischen Königs paares von Schaulenten bezeugt, die das Publikum von der Nacht „Giralba“ fern hielten. Als auf dem Verdeck die Messe gelesen wurde, standen zwei Mannschaften mit aufgezplantem Bajonett zu beiden Seiten des Altars.

Ein allerliebtes Bild!

Brasilianer gegen Frauosen. Die französischen Offiziere, die etwa vor einem Jahre von Brasilien beauftragt besserer Ausbildung von Offizieren, Unteroffizieren und Polizisten hernun waren, haben sich sämtlich wieder nach Frankreich eingeschifft. Einer dieser Herren war von einem brasilianischen Polizeikommissar, dem er getötet und bestrakt hatte, rickstufen worden. Die Untersuchung ergab, daß sich

eine wahre Verschönerung gegen die fremden Offiziere, denen das Leben in jeder Weise schwer gemacht werden sollte, gebildet hatte. Die französischen Offiziere verzichteten also auf die unbarbare Aufgabe, brasilianische Witschlinge und Banditen mit Gewalt klüger und besser zu machen, lösten durch Vermittlung des französischen Gesandten in Rio ihre Kontrakte und kehrten mit der Leiche eines ihrer Kameraden nach Frankreich zurück. Die Regierung Brasiliens wird jetzt wahrscheinlich noch amerikanische — die proklischen sind ihr zu große Parodiemersch- und Gleichschritts-Tonaliter — Offiziere als Lehrer und Instruktoren beufen.

Partei-Angelegenheiten.

Wachtendwerte Ausführungen über die Reorganisation des Parteivorstandes und über den politischen Massenstreik machte in einer Parteiverammlung des 16. sächsischen Reichstagswahlkreises dessen Vertreter, Reichstagsabgeordneter Genosse Sischler. Bei aller Anerkennung der bewährten Genossen im Parteivorstand hält Sischler eine Reorganisation des Parteivorstandes für notwendig, da mit dem Wachstum der Partei sich auch die Arbeit ungemain gehäuft habe. Einer Vermehrung der stimmführenden Sekretäre redete er aber nicht das Wort, da der Beratungskörper sonst zu groß werde. Der Parteivorstand solle sich nach seinem Vorschlag in bestimmte Ressorts teilen. Etwa: Kasse, Presse, Agitation, Organisation. Jeder Ressortchef solle einen, wenn nötig auch zwei Sekretäre zur Mitarbeit bekommen, dann würden auch die Klagen über Unterlassungsünden des Parteivorstandes verstummen. Es werde kaum die Miesarbeit bei den nächsten Wahlen zu bewältigen sein, wenn eine entsprechende Reorganisation des Parteivorstandes nicht vorher erfolge.

Ein tragisches Geschehen hat den Genossen Albert König, den früheren Vertrauensmann und Reichstagskandidaten der Sächsischen Sozialdemokraten, ereilt. König war vor etwa 14 Tagen in der Heide mit Anfahren von Tost beschäftigt. Hierbei ereilt er einen Unfall von Hirschschlag, den er aber zunächst nicht weiter beachtete. In den letzten Tagen hat sich sein Befinden so verschlechtert, daß eines Nachts mehrere Ärzte nach seiner Wohnung geholt werden mußten. Jetzt ist er vollkommen erblindet und die Ärzte haben keine Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten. Genosse König steht im kräftigsten Lebensalter und ist Vater von vier kleinen Kindern.

Wegen Verleumdung der Justizbürger Strafkammer wurde Genosse Hans Donath, Redakteur des „Volkswillen“ in Hannover, von der Verleumdungskammer I zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Es handelt sich um eine Kritik eines Urteils jener Strafkammer in der Nr. 131 des „Volkswillen“ vom 9. Juni.

Arbeiterbewegung.

Streik von Schauerleuten (Hafenarbeitern) in Hamburg. Sämtliche bei der Grimsbylinie beschäftigten Schauerleute legten die Arbeit nieder und verhängten die Sperre über die Dampfer der Linie, weil sie einen Kontrakt eingehen sollten, der sie der Gefahr aussetzt, bei plötzlicher Niederlegung der Arbeit wegen Kontraktbruch verhaftet zu werden.

Zum Lithographenstreik in Chemnitz. Unser dortiger Korrespondent meldet: Der Streik der Lithographen und Steinbruder ist nunmehr von den Gehilfen für beendet erklärt worden, nachdem die Unternehmer die Forderung gegeben haben, daß bei Neueinstellung Streikende zunächst berücksichtigt werden sollen. Am Montag wird die Arbeit, soweit es zurecht möglich ist, in allen Betrieben wieder voll aufgenommen.

Neueste Nachrichten.

Uchirn und Feldmann freigesprochen!

Aus Schweidnitz meldet ein Privat-Telegramm: Genosse Redakteur Feldmann-Langenbielau und Prediger Uchirn-Breslau wurden von der Anklage, durch einen Aufreiß Religionschmäherung begangen zu haben, kostenlos freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte einen Monogefängnis beantragt.

Aus Rußland.

Eine gelungene Aktion der P. P. S.

Man schreibt der Wiener „Arbeiterzeitung“ aus Wodja: Am 16. d. M., um 6 Uhr Abends, ging eine Kampfaktion, bestehend aus fünfzehn Mann, zum Angriff auf das dritte Polizeiamt über. Hier auf der Wache stehende Soldaten wurden durch Revolvergeschüsse, die auf die Füße gerichtet wurden, kampfunfähig gemacht. Ein Infanteriesoldat wurde getötet. Nun warf man vier Bomben in das Innere des Lokals und begann den Rückzug, der sich ganz ohne Opfer vollzog. Die ungeheure Explosion war für die acht Abteilungen zu je fünf Mann, die in der Stadt aufgestellt waren, das Signal, die Straßen von den Polizisten zu räumen. Das dauerte bis 8 Uhr.

Erst jetzt kamen die Behörden zum Bewußtsein. Es begann eine regel- und planlose Schießerei auf den Straßen, bei der auch Maschinengewehre verwendet wurden. Es litten dabei nur unschuldige, zufällige Straßengänger. Einige Häuser, darunter das evangelische Pfarrhaus, litten sehr darunter.

In der Nikolajewskajastraße wurden die Häuser von Militär besetzt und ungefähr 150 Personen arretiert. Die Schießerei dauerte bis 12 Uhr Nachts. Heute, den 16. d. M., sind keine Polizeiposten auf den Straßen.

Die Kampforganisation hatte weder an Gefallenen, noch an Verwundeten, noch an Verhafteten Opfer zu beklagen. Die Behörden griffen wieder einmal an.

Eine Mitteilung der Polnischen Sozialistischen Partei gibt heute dem Volke in polnischen und deutschen Flugzetteln Kunde. Der deutsche Flugzettel hat folgenden Wortlaut: Polnische Sozialistische Partei. Mitteilung.

Die Kampforganisation unserer Partei hat gestern der Polizei eine blutige Niederlage zugefügt.

Unser Kampf mit der zarischen Regierung nimmt immer härtere Formen an. Unsere praktische Tätigkeit besteht in der Desorganisation der Regierungsmaschinerie, die zwei Grundlagen hat: die Polizei und das Militär, die bewußten und gezwungenen Beschützer des Zartismus. Während wir die Soldaten unter das Banner der Revolution heranziehen, wird die Polizei von uns Retts verfolgt werden.

Ebensojache Niederlagen wurden der Polizei auch in anderen Städten Polens von unserer Kampforganisation bereitet.

Nieder mit dem Zartismus!

Es lebe die Revolution!

Das Lobger Arbeiterkomitee
der Polnischen Sozialistischen Partei

Wodja, 16. August 1906.

Diese Flugzettel wurden in Tausenden Exemplaren verteilt. Das Gefühl der Ohnmacht gegenüber einem unerschbaren Gegner bricht sich auf die in der vollen Waffentüchtigkeit freigeschickter Maßregeln höchste Warschauer Regierung.

Das Attentat auf den Generalgouverneur.

Der „Polakangeier“ meldet aus Warschau: Zu dem Attentat auf den Generalgouverneur Elalon wird weiter berichtet: Obwohl der Generalgouverneur unverletzt blieb, wurde er doch von den giftigen Gasen, welche den drei Bomben entströmten, betäubt. Die Bewohner der umliegenden Häuser waren kurze Zeit vor dem Attentat gewarnt und aufgefordert worden, die Häuser nicht zu verlassen. Die unmittelbare nach dem Attentat vorgenommene Revision der Umgebung des Lokales blieb erfolglos.

Massenflucht der Offiziere.

Petersburg, 21. August. Unter den russischen Marineoffizieren ist Mutilloigkeit eingetreten wegen der Unwahrscheinlichkeit, daß die Ordnung und Manneszucht unter den Matrosen bald wieder hergestellt sein wird, insobalden viele der Dienst quittieren. In Kronstadt allein kamen 37 Marineoffiziere um ihren Abschied ein, angeblich wegen großer Laubelt der Kriegsgesichte den Meutereen gegenüber, in Wirklichkeit aber ist der oben angegebene Grund die Ursache der Erscheinung.

Das Erdbeben in Südamerika.

Uns gingen noch die folgenden Telegramme zu: Newyork, 20. August. (Valparaiso ist ein Haufen Ruinen, Vina del Mar mit 1000 Einwohnern, Durihuac mit 2500, Umache mit 6500, Guilloter mit 10,000 Einwohnern und viele andere Orte ringsherum sind zerstört. Die Bewohner kampieren meistens in den Bergen. Die Nahrung ist rar. Der große Teil der Hotels in Valparaiso ist nicht beschädigt, ebenso ist die Marinekassette verschont geblieben. Eine Schwadron Kavallerie ist nach Valparaiso abgeritten mit der Weisung, auf dem Wege dorthin, alles Vieh zu requirieren und es nach der Stadt zu bringen. Es wird eine kommerzielle Krise befürchtet, Schritte zu ihrer Verhinderung sollen unternommen werden. Der Kriegsminister und der Minister des Innern sind mit Abteilungen Freiwilliger der Armee und der Feuerwehre ausgerückt, um die telegraphischen Verbindungen wieder herzustellen.

Sondon, 21. August. Es wird bestätigt, daß die Verluste an Menschenleben in Los Andes und Mellipilla sehr groß sind, in Valparaiso aber nach von Flüchtlingen eingegangenen Meldungen 5000 nicht überschreiten, doch ist der Verlust an Eigentum bedeutend. Die Regierung hat Schiffe angeordnet, Nahrungsmittel herbeizuschaffen. Ein Telegramm aus Lima besagt, daß Juan Fernandez (Robinson-Insel), welches 400 Meilen von der chilenischen Küste entfernt ist, vollständig vom Erdbeben vernichtet wurde. Auch auf Maratimique wurde das Erdbeben wahrgenommen, hat jedoch dort keinen Schaden angerichtet.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

Eine Mitstakeher-Versammlung des Maurerverbandes wird am Dienstag Abend im Gewerkschaftshause tagen. An derselben wird auch der Reichstagsabgeordnete Th. Bismelburg-Samborn, der Zentral-Vorsitzende des Maurer-Verbandes, teilnehmen.

Verband der Freiseurgehilfen. Das Verbandslokal befindet sich jetzt Messergasse 26, zur „Stadt Wien“. Erste Versammlung Mittwoch, den 22. August, Abends 9 1/2 Uhr. Um zahlreiches Erscheinen erucht.

Bauarbeiter. Donnerstag, Abends 8 Uhr, findet bei Elsner in Däwig eine Zusammenkunft statt.

Vergnügungen.

Scala, einziges überdachtes Sommer-Variete, Nikolajstr. 27. Einen Erfolg, wie ihn nur die erstklassigen Humoristen haben, hat allabendlich der Humorist Ernst Kleinert zu verzeichnen, er hat stets das Publikum auf seiner Seite. Auch die anderen 11 Spezialitäten erfreuen sich einer guten Aufnahme und ist der Garten nun allabendlich gefüllt, wie ihn nur die Stanzzeiten des Establishments zu verzeichnen hatten.

Notierungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission.

Breslau, 20. August.

	Pro 100 Kilogramm			
	ante	niedr.	mittlere	geringere Sort.
Weizen, weißer	58 1/2	17.90	17.50	17.00
Weizen, gelber	58 1/2	17.80	17.40	17.00
Woggen	58 1/2	14.50	13.90	13.80
Woggenste	58 1/2	16.50	16.10	16.00
Brotte	58 1/2	13.50	13.10	13.00
Safer, alter	58 1/2	17.80	17.20	16.80
Safer, neuer	58 1/2	14.60	14.20	14.10
Victoria-Erbsen	58 1/2	20.00	19.00	18.00
Erbsen	58 1/2	18.00	17.50	16.30

Sen pro 50 Kilogramm 2.10—2.40 Mt.
Stroh, pro Schock 24.00—26.00 Mt.
Winterweizen 26.80—28.80 Mt.

Breslauer Weizenmarkt. Wehl ruhig, per 100 Kilogr. inkl. Ead brutto, Weizen meh 100 fester, 24.75—25.25 Mt. Woggen meh 100 matt, 20.75—21.25 Mt. Woggen-Hausbuden matt, 20.25—20.75 Mt. Woggen-Futtermehl fest, 10.50 bis 10.75 Mt. Weizenkleie fest, 10.25—10.50 Mt.

Meteorologische Beobachtungen der Königl. Universitäts-Sternwarte.

20. und 21. August.	Nachm.-2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morgens 7 Uhr.
Luftwärme (C.)	+ 16.2	+ 18.6	+ 19.7
Luftdruck bei 0° (mm)	758.1	758.0	750.6
Thaumdruck (mm)	5.8	8.2	7.5
Thaumfälligkeit (pct.)	43	71	69
Wind (0-12)	SW 3	W 3	S 2
Wetter	bewölkt	bewölkt	bewölkt

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Dienstag, den 21. August.

	Seite früh 7 Uhr	Temp.-Grit.	Wetter			
	Temp.	Wind	Nichtl.			
Kosenthal Br.	14	S 3	0	17	6	halbbed.
Breslau D.S.	10	SW 1	0	15	6	heiter
Schlesien Br.	10	S 1	0	16	5	wolkig
Sachsenbr.	5	SW 3	0	5	2	heiter
Wrocław	13	S 3	0	17	10	wolkig
Ostrowo	13	SW 3	0	18	8	bedekt

Im Parteisekretariat.

Neue Gruppenstraße 6, Vorderhaus 2. Etage, Telefon-Nr. 2141, werden jederzeit Renasnahmen von Mitgliedern eingezogen und sind Renasnahmeformulare sowie Parteiposten an die Parteisekretariate zu haben.

Rechtsanwaltskanzlei können im Parteisekretariat nicht erstattet werden.

Ständesamtliche Nachrichten.

Todesfälle. III. Antonie Radig, ohne Beruf, 25 J. — Konbitorwittwe Kathilke Weiß, geb. Stenael, 67 J. — Schuhmacher Karl Krause, 66 J. — Charlotte, E. des Schneiders Josef Heinrich, 4 Mon. — Anna, E. des Schlossers Hermann Lanfer, 7 J. — Rentier Rudolf Wörbs, 60 J. — Fleischer Karl Später, 38 J. — Student Ernst Jaitner, 29 J. — Max, E. des Viehhändlers Paul Rieger, 4 Mon. — Karl, E. des Peigers Robert Richter, 7 J. — Schriftführer Clara Jung, geb. Siefert, 39 J. — Frick, E. des Rechnermeisters Paul Göbel, 3 Mon. — Paul, Postmeister Junoceng Kahlert, 66 J. — Rudolf, Sohn des Haushalters Reinhold Funke, 11 Mon. — Antrecher Richard Eichelmann, 84 J. — Robert, E. des Tischlers Johann Koder, 3 W. — Veronika Wagner, 36 J. — Martha, E. der Pauline Waleke, 1 J. — Heinrich, E. des Rufflers Ernst Seher, 5 Mon. — Johann, E. des Arbeiters Karl Schladat, 2 Mon. — Elfrida, E. des Rufflers Paul Lindner, 6 Mon. — Clara, E. des Haushalters Hermann Schneider, 10 W. — Rentier Albert Reibtau 86 J. — Haushälter Gust. Weder, 60 J. — Clara, E. des Tischlers P. Kühnel, 3 W. — Margarete Peterrecht, 28 J. — Frick, E. des Telegraphenarbeiters Wilhelm Wilsch, 2 J. — Karl, E. des Tischlers Karl Göbber, 2 Mon. — Plagemeisterfrau Martha Köhner, geb. Schödel, 7 Mon. — Georg, E. des Arbeiters Max Flechter, 2 Mon. — Frick, E. des Schlossers Richard Weisble, 3 J. — Elisabeth Schmeigel, 17 J. — Margarete, E. des Arbeiters Franz Geltrich, 1 Mon. — Gertrud, E. des Hölzlers Heinrich Trobner, 10 Mon. — Rufflersfrau Caroline Feingelmann, geb. Kleinert, 24 J. — Ernst, E. des Arbeiters Gottlieb Kreidemer, 3 Mon. — Marie, E. des Restaurateurs Rudolf Werner, 7 J. — Magdalene, E. des Schneiders Karl Wiehle, 9 J. — Weisbacherin Marie Nicker, 25 J. — Gertrud, E. des Lehrers Robert Unger, 1 J. — Dienstmädchen Emma Tichentlicher, 17 J. — Clara, E. des Arbeiters Hermann Penkert, 6 Mon. — Steingutdreher Johann Manel, 44 J. — Schuhmachermeisterfrau Christiane Marciniowski, geb. Mach, 46 J. — Ute, E. des Arbeiters Emil Piesch, 2 Jahre. Todesfälle. IV. Tischler Hugo Heinrich, 58 Jahre. — Richard, E. des Rufflers Reinhold Scholz, 1 J. — Paul, E. des Schuhmachers Johann Hähnisch, 7 Monate. — Kommissionsrätin Friederike Sittenfeld, geb. Piller, 61 Jahre. — Glasarbeiterin Mar Anders, 16 Jahre. — Helene, E. des Gelbwebers Josef Kubit, 8 Mon. — Gelangenen-Auffebersfrau Veriba Köhner, geb. Scholz, 84 J. — Porzellanbinderin Baud, geb. Klona, 74 J. — Martha, E. des Schneiders Michael Grunsa, 3 Mon. — Charlotte, E. des Rufflersmeisters Georg Richter, 2 Jahre. — Schuhmacher Oskar Wüller, 56 J. — Willi, E. des Bauarbeiters Wils. Rindner, 2 J. — Handelsmannswittwe Theresie Nimisch, geb. Chartien, 85 J. — Georg, E. des Postboten Fritz Gontschord, 8 Mon.

Leitung.

Für die streifenden Lithographen und Stein-drucker gingen ein: Von den Gemeindeführern 2. 115 2.65 Mk., 2. 119 3.55 Mk., 2. 124 5.50 Mk., 2. 117 2.30 Mk., 2. 116 6.05 Mk. Von den Dolmetschern 2. 53 6.50 Mk., 2. 71 1.10 Mk., 2. 74 6.70 Mk., 2. 69 1.10 Mk., 2. 223 6.80 Mk., 2. 222 5.55 Mk. Von den Dolmetschern der „Archimedea“ 2. 307 19.75 Mk. Güttschel 2. 297 6.00 Mk., 2. 303 7.60 Mk., 2. 224 3.60 Mk., 2. 280 15.45 Mk., 2. 227 15.15 Mk., 2. 302 1.85 Mk., 2. 317 8.65 Mk.

2. 314 3.65 Mk., 2. 318 6.70 Mk. Von den Mühlensarbeitern 10.00 Mk. Von den Schlammhänden beim Kleinen Ruder 2.00 Mk. Kranz 2. 81 5.45 Mk., 2. 168.45 Mk., bereits quittiert 1668.54 Mk. Sa. 1729.99 Mk. Für die ausgeführten Nachbinder gingen ein: Bereits quittiert 877.59 Mk., von den Holzarbeitern 200 Mk., Penkert 2. 177 4.15 Mk., Peter 2. 202 6.70 Mk., Gogisch 2. 87 2.80 Mk., Verband der Bäcker 2. 6 1.70 Mk., Verband der Bäcker 2. 5 2.50 Mk., Fille 2. 167 11.10 Mk., Ulrich 2. 165 5.80 Mk., Tiedler 2. 227 5.80 Mk., Knock 2. 56 1.25 Mk., Schmitz 2. 57 3.75 Mk., Kranz 2. 31 3.15 Mk. Summa 626.29 Mk.

Verleihen.

B. Donnerau. Nach dem Kommentar zum Strafgesetzbuch von Raborst ist unter „Behörde“ nicht bloß die zur Verfolgung der Strafbaren Handlung usw. zu nennende, sondern jede Behörde und jeder Beamte zu verstehen, welchen obliegt, die Anzeige an die zuständige Behörde weiter zu befördern. Namentlich genügt es, wenn die Anzeige an einen Unterbeamten der zuständigen Behörde, z. B. Gendarmen, Postbeamten, gemacht ist. Der Tatbestand des § 164 R.-Str.-G.-B. (wissentlich falsche Anschuldigung) liegt aber nicht vor, so lange nicht der Gendarm oder Schutzmann die Anzeige an die kompetente Behörde erstattet hat.

Vereins-Kalender.
Breslau.

Gewerkschaftsbund. Dienstag, den 21. August: **Mantelverband.** Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung. **Mittwoch, den 22. August:** **Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau“.** Jeden Mittwoch: Vereinsabend. **Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:** **Distrikt 1 (Gabig).** Mittwoch, den 22. August, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend. **Distrikt 3 (Gräbischer Vorstadt).** **Bezirke 16, 17 u. 18.** Dienstag, den 21. August, Abends 8 Uhr: Zahlabend. **Distrikt 5 (Pöpelwitz).** **Bezirke 4 u. 5.** Dienstag, den 21. August: Zusammenkunft und Zahlabend. Lokal: Pöpelwitzstraße 13. **Distrikt 6 (Nikolaitor).** **Bezirke 4 u. 15** (umfassend Anderjessenstraße 1-31 u. 2-30). **Mittwoch, den 22. August, Abends 8 Uhr:** Zusammenkunft und Zahlabend. **Distrikt 7 (Nikolaitor).** **Bezirke 1-3.** Donnerstag, den 23. d. Mts.: Zusammenkunft und Zahlabend. Einer wichtigen Angelegenheit wegen bitten alle zu erscheinen. Die Bezirksführer.

Distrikt 7 (Nikolaitor). **Bezirke 8, 12 u. 15.** Dienstag, den 21. August, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend. **Distrikt 8 (Obertor).** **Sonnabend, den 25. August, Abends 8 1/2 Uhr:** Abrechnung der Bezirksführer. **Distrikt 9 (Obertor).** **Sonntag, den 26. August, Vormittags 10 Uhr:** Abrechnung der Bezirksführer. Es ist Pflicht, daß jeder Bezirksführer erscheint. Der Distriktsführer. **Distrikt 10 (Sandtor).** **Bezirke 1-10.** Dienstag, den 21. August, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend der Bezirksführer im Distriktslokal. Wichtigere Besprechungen wegen muß jeder Bezirksführer erscheinen. Kontrollkarten mitbringen. Bestellungen auf die Bilder vom Ausflug werden im Distriktslokal entgegengenommen. Probeführer liegen daselbst aus. **Distrikt 14 (Obertor).** **Donnerstag, den 23. August:** Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder im Distriktslokal, Vorwerkstraße 61. Wahl von Bezirksführern. **Sand-Distrikt 7.** **Bezirk 1.** Jeden Mittwoch nach dem 1. u. 15.: Zusammenkunft im bekannten Lokale. **Bezirk 2.** Jeden Dienstag nach dem 1. u. 15.: Zusammenkunft im bekannten Lokale. **Bezirk 3.** Jeden zweiten Mittwoch nach dem 1. u. 15.: Zusammenkunft im bekannten Lokale. **Freiburg. Wahlverein.** **Sonnabend, den 25. den August, Abends 8 Uhr,** Mitglieder-Versammlung in der „Germania“. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Penschner. 2. Stellungnahme zum deutschen Parteitag. 3. Beschlussfassung über eine Beitragserhöhung. 4. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder. Zahlreiches Erscheinen ist in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung Pflicht eines jeden Genossen. **Altwaasser. Sozialdemokratischer Verein des Kreises Waldburg.** **Sonntag, den 26. August, Nachmittags 3 Uhr,** im Gasthof „zum Stern“, Kol. Sandberg, Versammlung. Tagesordnung: 1. Die Kolonialkassende. 2. Erl. lunanahme zum Parteitag. 3. Anträge und Verschiedenes. **Meiße. Wahlverein.** **Donnerstag, den 23. August, Abends 8 Uhr:** Generalversammlung des Kasino-Vereins. Tagesordnung: Wie stellen wir uns zu der Vierzehner-Erhöhung? Zahlreiches Erscheinen erwünscht. **Kattowitz. Frauenbildungsverein.** Eine Mitglieder-Versammlung findet **Mittwoch, den 22. August, Abends 8 Uhr,** im Gewerkschaftshaus statt. Tagesordnung: Vorstandswahl. Die Mitglieder werden ersucht, vollständig zu erscheinen. Verantwortlicher Redakteur: Theodor Müller. — Redaktion und Expedition: Neue Grauenstr. 5/6. — Verlag von Oskar Schütz. — Druck von Th. Schatzky & Co. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Hierzu 2 Beilagen.

Sozialdemokratischer Verein
Sonntag, den 2. Sept.

Rawitsch.
Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr:
Übungsstunden
des Gesangsvereins Liedertanz.
Aufnahme neuer Mitglieder im Vereinslokal bei Herrn Elsner, Posenerstraße. 3609
Meine Restauration befindet sich jetzt **Adlerstrasse No. 5**
Carl Gerblisch.
Bitte um einen Zuhörer. Vereinszimmer zur Verfügung. 3606

Seelig's kandiierter Korn-Kaffee
nur in Original-Paketen.
Vollkommenster Kaffee-Ersatz, weit schmackhafter als Malzkaffee.
Gratiprodukt & Niederlagen-Verzeichnis durch Emil Seelig A.-G. Heilbronn 4/N.

Kinderwagen
zu verkaufen
Gertrudenstr. 6, 3 St. links.
Heringe! 4 Stück 10 Pfg. Mandel 35 Pfg. empfohlen
Kaiser & Kainer
Friedrich-Wilhelmstraße 59
Gräblichenerstraße 12 [3400]
Vortorstr. 75, Wauritzstraße 11.

Grosses Sommer-Fest.

Breslauer Sommer-Theater
(Lieders-Etabl.) Dir. Erich Ziegel
Freitag, den 21. August:
Herr Grottkopf eines engl. Deklins.
Remise in 3 Akten von Franz von Schönbach
Sonnabend 8 Uhr.
Im Garten: Reideck.

Frauen [3612]
zum Führenfragen und Alkennentemamanten, bei jedem Leben, jeden geschick. Globig. Buchhandlung, N. Zaldenstr. 21.

Achtung Holzarbeiter!
Donnerstag, den 23. August cr., abends 8 Uhr
im grossen Saale des Kronprinzen
Kurze Gasse 50/52:
Ausserordentliche Mitgliederversammlung.
Tages-Ordnung: 1. Abstimmung der Stimmzettel darüber, ob dem Kassierer, 2. Fragen Punkt (Einkauf) für Verwaltung der Stimmzettel, anlässlich der letzten Abstimmung werden soll. 2. Abstimmung der Stimmzettel darüber, ob dem Kassierer die Verwaltung seiner laufenden Ausgaben, die ihm durch Abstimmung der Stimmzettel übergeben, eine Geschäftsbuch von 30 Mark pro Quartal geleihrt werden soll. 3. Abstimmung darüber, ob eine Neuwahl der Stimmzettelverwaltung stattfinden soll. 4. Eventuelle Neuwahl der Verwaltung.
Zu Einberufung der Vertrauensleute und Lokal-Verwaltung **Der Gauvorstand.**
I. A. Carl Dietrich.
Mitteilung der Lokalverwaltung. Wir machen noch bekannt, daß am 27. August Rückfragen an die Mitglieder ausgestellt werden, behufs Abstimmung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserer Stadt. Es ist durchaus Pflicht eines jeden Kollegen, die Fragen mit der größten Gewissenhaftigkeit zu beantworten.

Arbeiter-Gesundheitsbibliothek.
Bisher erschienen:
Heft 1. Die erste Hilfe bei Unglücksfällen.
" 2. Das erste Lebensjahr, von Dr. Silberstein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
" 3. Gesundheitspflege des Nervensystems. Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.
" 4. Der Achtstundentag, von Dr. Jadel. Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.
" 5. Alkoholfrage und Arbeiterklasse, von Dr. Fröblich. Eine empfehlende Agitations-broschüre.
" 6. Das Schulkind, von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck dieses Büchleins.
" 7. Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten, von Dr. Gebert. Belehren über diese, für jeden Menschen wichtige Frage.
" 8. Nahrung und Ernährung, von Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.
" 9. Wie sollen wir uns kleiden? von Dr. Paul Bernstein.
" 10. Der Arbeiterschutz mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatthygiene von Dr. M. Epstein-München.
Jedes Heft 20 Pfg.
Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen. Zu haben in der Expedition der Volkswacht und durch unsere Holzportiere.

Victoria-Theater
(Simmenauer Garten).
Gastspiel
Folies Caprice
mit
Berlin.
Anfang Freitag 8 Uhr.

Achtung!
Süsswein
per Liter 50 u. 60 Pfg.
Himbeersaft und Zitronensaft
per Liter 95 Pfg.
3400
Max Beiner, Destillation
Schmiedestraße 50.

Wüstewaltersdorf und Umgegend!
Sonntag, den 26. August, nachmittags 3 Uhr,
findet in dem von der Arbeiter gemieteten Wehrausschuss Saale in Grund bei Wüstewaltersdorf
eine öffentliche Textilarbeiterversammlung
für Männer und Frauen statt.
Redner: Max Müller-Sangerhausen. — Thema: „Der Kampf um das Eisen“. Zur Leitung der Versammlung wird ein Komitee abgeleitet. Männer zahlen 10 und Frauen 5 Pfg. — Recht zahlreiches Erscheinen wünscht Der Einberufer.

Einzig, überd. Sommer-Variété
SCALA
Nikolaistrasse 27.
Abendliche:
Künstler-Spezialitäten.

Rechte u. Pflichten des Mieters
nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch
Kommentar gegen Miethsrecht
von Rich. Lipinski.
Preis pro Exempl. 20 Pfennige.
Die Broschüre ist jachhandig auf Grund der Motive und der Denkschrift zum Bürgerlichen Gesetzbuch bearbeitet und ist ein sicherer Führer durch das Miethsrecht.
Durch unsere Expedition zu beziehen.

1 Posten Fahrräder
erprobte diejährige Modelle mit voller einjähriger Garantie stellen wir zum
Ausverkauf.
Es bietet sich dadurch jedem Radfahrer eine
selten günstige Gelegenheit
ein gutes Fahrrad zu einem Spottpreis zu erwerben.
3415
Befichtigung
ohne
Saufzwang
gen. gefahrlos
Laufdecken
d. Mk. 2,50 an
Schläuche
d. Mk. 2,00 an
Alle Ersatz- und Zubehörteile Spottbillig.
Täglich Katalog gratis mit portofrei.

Dominikaner.
Tägliche:
Kautz-Remberti-Ensemble.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Entrée 10 Pf. — Refrakt. 20 Pf.

Soeben ist wieder neu erschienen:
Führer durch das Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz
Preis 25 Pf., Porto 3 Pf.
Ein notwendiges und praktisches Büchlein für alle Versicherten, denen es Leichter und Führer durch das Gesetz ist. Es legt die Pflichten und Rechte aus dem Gesetz dar und zeigt, wie und wo der Versicherte sein Recht suchen muß.
Buchhandlung „Volkswacht“.

Thorwarth & Fleischer, Nikolaitor, No. 69.
Soeben erschienen:
Kinder-Elend
Proletarische Gegenwartsbilder von Otto Rühle.
Preis: 75 Pf.
Zu haben in der Expedition der Volkswacht.

Zurückgekehrt 3528
Dr. Nathan Cohn.
im
Gewerkschafts-Hause
Anfang 4 Uhr

Die Volkszählung wie sie ist
von Otto Rühle
Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition und Kasperle.

Buchhandlung Volkswacht.
Das hungernde Rußland von Lehmann und Parous, 16 Seite à 0.20
Sozialdemokratisches Liederbuch
von Max Kogel.
Preis 40 Pfg.
Entree 30 Pf.
Tanzschleife 30 Pf.

Lokalverkehr und Wohnungsfrage.

Der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten, ein Mann namens Breitenbach, hat, wie wir seiner Zeit mehrmals, Vertreter von Vorortgemeinden empfangen, die ihm eine Ermächtigung der Vororttarife und Einrichtung von Vorortverkehr auf den Staatsbahnen empfehlen wollten. Nach der offiziellen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ führte der Minister in der Audienz aus:

Er müsse aus allgemeinen und im besonderen aus wirtschaftlichen Gründen das Gesuch der Gemeinden zurückweisen. Aus allgemeinen Gründen, weil der Vorortverkehr, wenn er seinen Zweck erreichen sollte, nur mit besonderen Vorkehrungen betrieben werden könne. Es sei aber kein Grund ersichtlich, die Allgemeinheit mit derartig kostspieligen Anlagen zu belasten. Aus wirtschaftlichen Gründen sei der Antrag für ihn nicht diskutierbar, weil der Vorortverkehr für die Eisenbahn denkbar unrentabel sei. Auch Berlin mache hiervon keine Ausnahme. Bei dem Berliner Vorortverkehr lege die Verwaltung reichlich Geld zu. Gewiß wäre es in sozialer Beziehung wünschenswert, wenn die Großstädte in den Vororten bessere Wohnungsverhältnisse fänden. Er vertrete daher nicht den sozialen Gesichtspunkt des Antrages, sei aber außer Stande, irgend welchen Hoffnungsstimmen zu erwidern. Wüsse denn der Staat alles leisten? Wo bleibe der private Unternehmungsgeist? Möge dieser durch die Anlage von Straßenbahnen und sonstigen Kleinbahnen die gewünschten Verkehrsbedingungen herbeiführen. Das einzige, was er, der Minister, versprechen könne, sei die gelegentliche Einlage dieses oder jenes Eisenbahnzuges bei eintretendem Bedürfnis. Jede Tarifherabsetzung im Vorortverkehr lehne er jedoch zur Zeit ab.

Mitglieder des Ausschusses machten hiernach ihre Einwendungen, auf die der Minister erwiderte. In den entscheidenden Punkten beharrte er bei seiner ablehnenden Haltung gegen die allgemeine Einrichtung des Vorortverkehrs in den preussischen Vororten. Der „Vossischen Zeitung“ geht über die Audienz nachstehender ausführlicher Bericht zu:

Die Audienz, der auch der Ministerialdirektor Wilhelm Gehme Oberregierungsrat Steiger beiwohnte, dauerte etwa eine Stunde. Der Minister erklärte, daß es ihn freue, den Standpunkt der Vorortkommunen in mündlicher Verhandlung kennen zu lernen. Für die Vertreter der Vorortgemeinden betonte Dr. Dieckhoffe, es wäre ihnen in erster Linie auf einen billigeren Tarif im Vorortverkehr, in zweiter Linie erst, je nach dem vorhandenen Bedürfnis, auf Vermehrung der Züge an. Es sei keinesfalls Wunsch der Vorortgemeinden, schematisch den Berliner Vorortbetrieb auf den Vorortverkehr aller Großstädte zu übertragen. Die Vororte seien, wenn auch kommunalpolitisch selbständig, wirtschaftlich Glieder der Großstadt. Ihre Aufgabe sei es, der Großstadt zu dienen, indem sie den weniger bemittelten Leuten, die in der Großstadt ihr Arbeitsfeld hätten, billigere und gesündere Wohnungen böten. Das sei nur möglich, wenn ein geregelter Vorortverkehr bestehe mit billigen Tarifen. Der Minister erwiderte, daß man im Berliner Vorortverkehr schlechte Erfahrungen gemacht, da die enormen Ausgaben nicht genügend verzinste würden. Wenn auch der Eisenbahnzins sich keineswegs auf einen ansehnlichen, rein fiskalischen Standpunkt stellen wolle, und daher etwa nur Zinsen biete, die sich gut verzinsen, so müsse doch die Einrichtung von Vorortverkehr mit ermäßigten Tarifen prinzipiell abgelehnt werden, da hier die Ausgaben zu hoch seien. Wollten die Vorortgemeinden ihrer Aufgabe gerecht werden, wirtschaftliche Mitglieder der Großstadt zu werden, und daher einen guten Verkehr schaffen, so müßten sie dieses Ziel aus eigenen Mitteln, durch Einrichtung von elektrischen Vorortbahnen, zu erreichen suchen. Was die Staatsbahnverwaltung anging, sei lediglich im Bedarfsfalle für Vernehmung der Züge sorgen. Derartige Anträge werden auf dem Ministerium im einzelnen mit Wohlwollen geprüft und tunlichst berücksichtigt. Der Minister schloß mit der Erklärung, er hoffe, daß er wenigstens, wenn er auch im Prinzip die Wünsche der Vorortgemeinden ablehnen müsse, im Einzelfalle ihren Wünschen durch Einlegung einzelner Züge näher kommen könne. Bei Prüfung derartiger Anträge werde er stets wohlwollend und nicht angherzig verfahren.

Im „Berliner Lokalanzeiger“ fanden wir einen Bericht, in dem der Hinweis auf die Erbauung von elektrischen Vorortbahnen durch die Vororte selbst fehlte, dafür aber das hohe Lied des privaten Kapitals gesungen wurde. Da sich der Minister Breitenbach bis jetzt nicht gegen diesen Bericht be-

offiziellen Plattes gewendet hat, so dürfen wir annehmen, daß er der Wahrheit entspricht, also die Darstellung der „Vossischen Zeitung“ in einem wichtigen, charakteristischen Punkte ergänzt.

Der Standpunkt des preussischen Verkehrsministers muß von allen Kommunalpolitikern entschieden beklagt werden. Herr Breitenbach übersteht, wie wir mit der „Komm. Praxis“ konstatieren, offenkundig, welche außerordentliche Bedeutung die Entwicklung des Lokalverkehrs für die Dezentralisation unserer Großstädte hat. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß gerade der Staatsbahn dabei eine große Aufgabe zufällt, siehe die Erfahrungen in Belgien! In Preußen hat es die Staatsbahnverwaltung bisher freilich an einer systematischen Ausbildung des Lokalverkehrs in bestmöglicher Weise fehlen lassen. Hier wurden bei Erbauung des Eisenbahnnetzes zuerst die großen Hauptlinien des Fernverkehrs angelegt. Noch bis zum Ende der sechziger Jahre waren zum Beispiel die ersten Stationen von Berlin überall mindestens 2 bis 3 Meilen entfernt; es fehlte also ein eigenartiger Vorortverkehr noch vollständig. Die Verwaltungen der Vororte, der Götter, der Schlesienschen Bahn haben sich nur ganz allmählich und gegen Entrichtung besonderer Vergünstigungen bereitfinden lassen, neue Stationen, die dem Vorortverkehr dienen konnten zu errichten. Viel besser ist es seither auch noch nicht geworden, wie sich ja aus der ablehnenden Haltung des Verkehrsministers ergibt.

Schon im Mai des Jahres 1903 hat der Bund der Industriellen in Berlin eine Resolution gefaßt, in der die Ausdehnung des Lokalverkehrs entschieden gefordert wurde, und gerade im Hinblick auf die Wohnungsfrage muß man sich dieser Forderung rückhaltlos anschließen. Es geht nicht an, daß man aus rein fiskalischen Interessen die Vertikalisierung des Verkehrs zwischen Arbeitsstätte und Wohnstätte noch länger hinausschiebt, weil die Wohnungsverhältnisse in den Proletarier-Vierteln der Großstädte jauchend unerblickbar werden. Anstatt sich jeder Ausdehnung des Lokalverkehrs durch den ganz verkehrten Hinweis auf die Kosten zu entziehen, müßte im Gegenteil die Staatsbahn bestrebt sein, die vor den Toren der Stadt liegenden Ländereien dem Verkehr zu erschließen. Wäre dann ein reichliches Angebot befehlensfähiger Terrains den Preis des Baubandes niederhalten und damit die Möglichkeit gewähren, billige und gesunde Wohnungen herzustellen. Bei den jetzigen Verhältnissen ist es aber den Arbeitern in der Großstadt schlechter unmöglich, billige und gesunde Wohnungen in einem Vororte zu suchen, selbst dann, wenn der Mietpreis einschließlich der Eisenbahnfahrt sich niedriger stellen sollte, als der Mietpreis der schlechten Stadtmwohnungen, denn die Eisenbahn legt dem Arbeiter ein unerträgliches Zeitopfer auf.

Am 1. August dieses Jahres ist der Vorortverkehr durch die Einführung der Billetposten erheblich verbessert worden. Ganz im Geiste dieser beifriedlichen, verberühmten Maßregel sind die Worte des Ministers gesprochen. Sein Hinweis auf das Privatkapital, das ja die Vorortbahnen bauen würde, muß die Einführung jedes ernsthaften Sozialpolitikers hervorgerufen. Es scheint, als ob mit dieser Hand jetzt die reaktionärsten Männer in Preußen auf die Ministerposten berufen worden. Denn die Anschauungen des Ministers Breitenbach finden ihr Gegenstück in der Gesinnung des Herrn, Studt, der die Bewegungskraft der Verkehrspolitik dadurch zu hindern sucht, daß er ihr Einkommen niedrig hält. In der Schule die Verfassung, in der Verfassung die Verankerung, im Verkehrsweisen der Stillstand — so kann's nicht fehlen, daß „Preußen in Deutschland voran“ geht!

Die russischen Wirren.

Abelige Bestien.

Aus Petersburg wird vom 15. August der „Russischen Korrespondenz“ geschrieben: Am letzten Freitag ritt ein Leutnant der Chevalergarde, eines der vornehmsten Regimenter, Vormittags 11 Uhr durch die Scharjagawaja. Die Trompeten schmetterten und eine vorübergehende Dame bemerkte: „Sehen Sie, wie lustig sie dahereiten, als hätten Sie Port Arthur erobert.“ Die Umstehenden lachen, ein Offizier des Regiments hört es. Die Abteilung sprengt zurück. Die Passanten fliehen. Die Dame, welche das Scherzwort gesagt, holt man ein und sie wird unter Sträuben in eine Drochke geckt und unter Bedeckung zum Offizierskasino des Chevalierregiments gebracht. Man stellt dort fest, daß es ein Fräulein Anna Spiridonowna Smirnow ist. Zehn Offiziere treten aus dem Kasino, und das Ende von Liebe ist, daß die Dame auf den Hof geführt wird und daß dort sieben Soldaten den Auftrag erhalten Fräulein Smirnow 25 Peitschenhiebe aufzugeben. Das geschieht. Darauf gibt einer der Offiziere des „vornehmsten“ Petersburger Regiments den Soldaten die nicht mißz vergebende Anweisung: „Zut mit dem Stück, was Ihr sollt!“ Die Ge-

stimmung der Soldaten verbot ihnen, die Wessung ihrer „abligen“ Vorarbeiten zu besorgen und so kam die Geschlagene zwar mit furchtbaren Verletzungen auf dem Rücken, aber ohne daß der Wut des Offiziers Befehl worden wäre, davon. Ihr Bruder teilt den Sachverhalt jetzt öffentlich in den Zeitungen mit und die Empörung der Gesellschaft ist eine furchtbare; sie wird gesteigert, da der Rücken der Smirnow für die Gerichte photographiert worden ist und diese Photographien zeigt man empört herum. Man sieht deutlich, wie der Rücken der Frau zerstückt ist.

Man denke sich die Sachlage. Am helllichten Tage in einer Straße, die etwa un'ter Schweibnitzerstraße entspricht, lassen Offiziere eine Dame für ein leichtfertiges Wort ergreifen. Sie schleppen sie in die Kaserne und sie erhält 25 Peitschenhiebe, daß sie zusammenbricht und dann krank darniederliegt, und sie wird vor dem schweißlichsten Altenteil nur gerettet, weil die „gemeinen“ Soldaten menschlicheres Empfinden haben, als die „vornehmen“ Offiziere des vornehmsten Regiments, dessen Kommandeur der Fürst Jusupow und dessen Ehrenchef niemand anderes als die Kaiserin-Mutter ist.

Natürlich ist nichts geschehen, um eine Sühne für diese schenckliche Vergewaltigung herbeizuführen, und man hat keine Hoffnung, daß etwas geschehen wird. Einem so „vornehmen“ Regiment, wie der Chevalier-Garde müßten solche keine Gewalttaten gegen eine wehrlose Frau erlaubt sein.

Wer die Wahrheit sagt.

Wisa, 20. August. Der Professore des hiesigen Appellationshofes wurde Straßmeise nach Saratow veretzt, weil er über die Vorgänge in Belostoff in einer der Regierung nicht genehmigen Weise die Untersuchung führte und die Schuld der dortigen Behörde feststellte. An seiner Stelle führt jetzt der Untersuchungsrichter von Belostoff die Untersuchung. Da wird was Schönes herauskommen!

Das ist nun nichts spezifisch Russisches, denn Ähnliches soll in Preußen auch schon wiederholt vorgekommen sein.

Bei der Arbeit.

Die „Frankf. Sta.“ meldet aus Petersburg: Die Polizei ist sehr tätig, Waffen, Sprengstoff-Fabriken und Niederlagen der Revolutionäre ausfindig zu machen. Es vergeht kein Tag, ohne daß von mehr oder weniger bedeutenden Funden berichtet wird, daß jedoch alle diese entdeckten revolutionären Munitionslager nicht allzuviel bedeuten, davon sprechen die alljährlich in den alltäglichen Erscheinungen gebrühen Bombenworte, Attentate usw., denn es ist klar, daß die Revolutionäre sich nach Möglichkeit vor der Aufmerksamkeit der Polizei zu wahren wissen, die meist nur durch Zufall auf interessante Spuren stößt. In Moskau ist die Polizei neulich auf eine Granatmophon-Berkschalt aufmerksam gemacht worden, in der sich Revolutionäre aufhalten sollten. Bei der Hausdurchsuchung fiel der Polizei ein mit Linoleum ausgelegtes Zimmer auf. Als sie das Linoleum entfernte, wurde eine Falltür entdeckt, die in einen ziemlich großen Kellerraum führte. Hier wurde eine ganz bedeutende Werkstätte für Bombenherstellung entdeckt, die später zur Füllung mit Sprengstoffen an revolutionäre Labortoren weiter verandt wurden. In der Erde vergraben wurde ein Kasten mit etwa 20 Kilo Dynamit gefunden. Außerdem fanden sich noch viele Waffen, 2000 Patronen und große Haufen Proklamationen. Bei der Hausdurchsuchung wurden mehrere anwesende Personen verhaftet. Die Konspirationswohnung war mit guten Vorrichtungen ausgestattet, Telefon usw. angebracht. — In einer Moskauer Tischerei entdeckte die Polizei eine hölzerne Kanone, das naturgetreue Modell einer Militärkanone, an der die revolutionäre Artillerie ihre Übungen macht. Solcher Holzmodelle von Kanonen sollen nach Ermittlungen der Polizei mehrere für Kampforganisationen angefertigt sein.

Gegen Wehrlose tapfer!

Jusowka, 20. August. Gestern hat ein von tausenden von Arbeitern der Wialkower Gruben besuchtes Meeting stattgefunden. Zwei Schwadronen Dragoner begannen die Menge auseinanderzutreiben. Aus einem Hinterhalt fielen Schüsse. Darauf gaben die Dragoner 5 Salven ab, wodurch viele Arbeiter getötet und verwundet wurden. 18 Rädelstürmer wurden verhaftet. Es herrscht große Erregung. — Gegen die Japaner richtete der „Mut“ dieser Jarenhorben nichts aus, gegen die eigenen unbewaffneten Brüder sind sie „tapfer“.

Neueste Telegramme.

Wisa, 20. August. Während des Gottesdienstes in der Kirche von Dresden wurde der vor der Kirche postierte Schutzmann durch drei Revolvergeschosse getötet. Der Täter nahm sodann die Waffe des Polizisten an sich und entkam.

Odesa, 20. August. Auf den Redakteur einer hiesigen reaktionären Zeitung, Graf Komownygn, wurde ein Attentat verübt, das selbe mißlang jedoch.

Aus aller Welt.

Zum Erdbeben in Chile.

Die seit Donnerstag wütende Feuersbrunst beginnt zu erlöschen, da in vielen Teilen der Stadt Brennbares nicht mehr übrig. Es besteht nur geringe Furcht, daß eine Hungersnot eintreten könne, da sich viele Tausend Tonnen Mehl, Reis und Weizen auf Lager bezw. an Bord von Schiffen befinden. Die Zahl der Toten überschreitet wahrscheinlich Tausende. Nach Meldung des „Newport Herald“ sind in Valparaiso 60,000 Menschen obdachlos. — Der Daily Telegraph meldet aus New-York: Das Gebiet von Quillota ist vollständig zerstört worden. Ebenso eine große Anzahl argentinischer Städte am Fuße des Andengebirges. Santiago ist von dem telegraphischen Wege abgetrennt. In der Stadt sind alle Brücken eingestürzt. Die Erde hat sich bis zur Tiefe von 60 Fuß aufgetan und es sind Risse im Umfange von 200 Fuß entstanden. In aller Eile werden leichte Holzbrücken auf den Gäßeln, die rings um Valparaiso sich erheben, hergerichtet. Das Erdbeben hat sich schon vor mehreren Tagen am Seismographen bemerkbar gemacht. In der Nacht von Dienstag zu Mittwoch waren über 32 Erdstöße angezeigt worden. Seitdem folgten in kurzen Abständen noch über hundert Stöße.

In dem Gefängnis von Valparaiso führte ein Teil der Gebäude ein, wodurch 140 Gefangene umkamen. In der Umgegend von Ceremoto sind viele Dörfer zerstört und zwar Popodo, Zapalla Digno etc. In Talca sind ebenfalls viele Gebäude zerstört, 50 Personen getötet und 150 schwer verletzt worden. Der Gesamtschaden wird amtlicherseits auf ungefähr 100 Millionen Pfster geschätzt.

Über 300 einzelne Erderstöße sind seit Donnerstag in Chile verübt worden. 100,000 Personen etwa sind obdachlos und ohne Nahrung. Der Schaden wird nach den zuletzt eingetroffenen Depeschen auf etwa 250 Millionen Dollar geschätzt. Die große Not hat natürlich menschliche Hyänen in Massen auf das vom Erdbeben heimgesuchte Gebiet gelockt, die gläubigen, gute Leute machen zu Vömmen. Eine Menge dieses Gesindel ist von den Regierungstruppen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung herangezogen werden, erschossen worden. — Los Andes ist

fast ganz zerstört. Die Städte Quillota, Mabel, Volaran und San Felipe sind teilweise zerstört. Eisenbahnbrücken und Lummeln eingestürzt. Das Gland spaltet jeder Beschreibung. Jeden Tag spielen sich grauenhafte Szenen auf den Straßen und in den brennenden Stadtteilen ab.

St. Bureoukratinus. Aus Kaiserslautern (Pfalz) wird berichtet: Ein hiesiger Einwohner erhielt ein Strafmandat über 4.50 Mark, weil er kein Kind, das schon im vorigen Jahre gestorben ist, in diesem Jahre nicht im Pfsten ließ. Auf die entsprechende Aufforderung durch die Polizei gab er friedlich kund und zu wissen, daß das Kind bereits im August vorigen Jahres gestorben sei. Der über Tod und Leben wachenden Polizei war jedoch dieser Grund nicht triftig, es erging von ihr an den Impfstünder nochmals eine kategorische Aufforderung, triftigere Gründe anzugeben, warum er die Impfung unterlassen habe. Doch auch jetzt vermochte er noch keinen anderen Grund anzugeben, als daß das Kind bereits gestorben sei. Wegen Unterlassung der Impfung und wegen Verweigerung der Angabe trotz Aufforderung wurde der „Unverbesserliche“ in die erwähnte Strafe genommen. In einem anderen „Impfstoll“ erhielt ein hiesiger Bürger, der nach einer anderen Strafe verzogen war, zwei Aufforderungen, für jede Wohnung eine. Da er nur einer nachkommen konnte, um das arme Kind nach dem Impfgeld doch nicht die Pimphe mit dem Ausdruck des Straßennamens und der Hausnummer erhält, brauchte er auch nur einer Aufforderung zu entsprechen, was auch geschah, trotzdem machte auch über ihn das Auge des Gesetzes und er erhielt dasselbe Strafmandat. Gegen diese Mißhandlungen des heiligen Bureoukratinismus wurde natürlich Berufung eingelegt.

Was kümmert einen Automobilproben ein armer Handwerksbursche! Vor etwa einer Woche ist ein Handwerksbursche in der Nähe von Niederheimbach von einem Automobil überfahren worden. Das Automobil ist damals weitergefahren. Der arme Handwerksbursche blieb schwerverletzt auf der Landstraße liegen und wurde später gefunden. Jetzt ist er seinen Verletzungen erlegen. Die polizeiliche Untersuchung soll ergeben haben, daß die Belegschaft des Automobils aus Mainz stammt.

Frauen gegen den sparsamen Postkass. Eine offene Briefe an den bayerischen Verkehrsminister richtete vier Wütenden unglücklicher Post- bzw. Bahnbediensteten in Augsburg die Wütenden anlässlich einer Ausrüstung des betreffenden Ministers im bayerischen Landtage. Er lautet: „Protest gegen die Ausrüstung seiner Erzgebirgs-Minister von Fremden vorer anlässlich der Beratung des Postgesetzes. Unterzeichnete Frauen geben hiermit öffentlich bekannt, daß ihre lieben Männer nicht Alkoholiker waren, welche Krak, Schmar, Roganz usw. in Mengen tranken, sondern sehr sparsam, nüchtern und als

charaktervolle Männer gelebt haben; infolgedessen könnten wir unser Männer noch 30 Jahre als Genährer und Familienvorstand befehlen. Nach Aussage der Ärzte waren die Ueberanstrengungen in den Diensten die Ursachen der schlimmen Krankheiten und Unfälle.“ Ferner fragen wir alle Herren, welche mit unseren Männern Dienst gemacht haben, ob eben Gebrauchsartikel bestattet worden ist? Anna Bode, Babette Dorfmeis, Kunigunde Rothelber, Josefina Karl.“ — Die bürgerliche Presse, die sich über diese heilige Angelegenheit gegen das Sparkassen lustig macht, hat für den erschütternden Ernst, der in diesen Zeilen steht, kein Verständnis.

Ein Pfaffe als Grabschänder. Ein Teil der Wütenden und Maßlosigkeit eines katholischen Geistlichen in Oberschwaben verlegt gegenwärtig auch kirchlich lokale Gemüter im geliebten Lande des Jentums in Aufregung. Der Pfarrer Schmid in Aulendorf erließ kürzlich von der Kanzel die Aufforderung an die Einwohner, sie möchten die vom ankommenden Unwetter geloderten und schiefgewordenen Grabsteine wieder aufrichten. Da sich gleich darauf gutes Wetter einstellte, hatten die Landleute alle Hände voll zu tun, wie dieser es gewünscht hatte. Kurz Horn hierher begab sich nun der Geistliche auf den Friedhof und fürzte unter Zuhilfenahme des Totengräbers alle nicht ordnungsmäßige Grabsteine um. Der Anblick, den die geschädigte Grabsätte bot, soll ein schauerlicher gewesen sein. Rund 40 Steine waren umgeworfen und teilweise zerbrochen. Kraxlitz lagen gerstört daneben. Um sich von der Anstrengung zu erholen, hat sich der geistliche Herr in ein Bad begeben. Die Entstellung in der Gemeinde und in ganz Oberschwaben ist eine allgemeine und wird noch verstärkt durch den beschriebenen Umstand, daß keiner der oberschwäbischen, unter Kuratel des Jentums stehenden Pfarrer den Mut gefunden hat, die Handlungsweise des Pfarrers zu tadeln; aber wie gerieten dieselben Pfarrer in „moralische“ Unterstützung, als ein Arbeiter in der Trunkenheit ein altes Kreuz an der Straße bei Rotham umstürzte.

Ein Rentier als Bettler. Was der Welt nicht alles im Besitze haben kann, beweist folgender eigenartiger Vorfall. Dem Rentier wurde im westlichen Stadteil Erfaris ein Polsterbettchen darauf aufmerksam gemacht, daß ein ziemlich anständig gekleideter Mann von Haus zu Haus geht und bettelt. In der Laube wurde dieser bald darauf beim Betteln ertappt und nach dem nächsten Polizeirevier transportiert. Er entpuppte sich als ein Rentier, der in der Habachtstraße ein Häufchen Haus besitzt. Die sind weniger zu erfahren, welche Ursache diesen „Bettler“ trieb, daß auf so gemeine Art die Mühseligkeit des Wirtensches durchschlechte, was bedeutet, wie schwer ein armer Rentier betteln muß, der aus Hunger betteln geht. Das Bettelhaus ist in vielen Fällen ein

Die außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins

zunächst die Mitteilung entgegen, daß der Fall des Genossen Albert...

Es tut mir leid, daß Sie dem Genossen Kother die Verhandlung...

Auf nunmehrige Anfrage des Vorstehenden erklärte sich die Versammlung einstimmig für befriedigt.

Darauf ging die Versammlung zur Besprechung der Tagesordnung des Mannheimer Parteitages über.

Eingegangen waren folgende Anträge:

- 1. Die Versammlung beschließt: an den Partitag in Mannheim folgenden Antrag zu stellen: Bei den Punkten...

Einstimmig im Zentrumsdorf. Vor der Strafkammer...

Kleine Chronik. Aus Mitleid wird berichtet, daß am Sonnabend mehrere leichte Erbschieße...

Genosse Schlegel sympathisierte mit dem Antrage Sabad, er polemisierte weiter gegen Albert...

Paris auf dem deutschen Parteitage in Mannheim...

1. Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages ist die Alkoholfrage zu setzen.

Ebenso sollen auch die örtlichen Parteiorganisationen durch Vollversammlungen mit entsprechenden Themen...

Darauf begann die Diskussion.

Genosse Albert besprach die Ergebnisse der Konferenz der Zentral-Vorstände mit der Generalkommission...

Auch in Breslau sei wiederholt in Mitglieder-Versammlungen des Sozialdemokratischen Vereins Klage darüber geführt...

Zum Schluß erwähnt Albert die sich mehrenden Klagen über die Reichstagsfraktion (Dorffuß-Affäre, Wahlrechtsbewegung...

Genosse Sabad polemisierte gegen Alberts Auffassung über Partei und Gewerkschaften.

Genosse Schlegel sympathisierte mit dem Antrage Sabad, er polemisierte weiter gegen Albert...

Genosse Ehrlich kritisierte die schwache Vertretung unserer Reichstagsfraktion bei einzelnen Abstimmungen.

Genosse Darf. Die Mißstimmung in der Arbeiterklasse ist geringe. Würde heute noch einmal die Frage der Verlegung der Parteifunktion...

Genosse Schütz erklärte, daß bereits Flugblätter über diese Frage vom Parteivorstand herausgegeben sind.

Genosse Widera unterstützt den Antrag zur Frage des Massenstreiks eines Korreferenten zu ernennen.

Genosse Kother empfahl seinen Antrag, betreffend den Eintritt aus der Landesliste.

Genosse Sternitzky empfahl den Antrag, die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.

pflichtet werden solle, wie in diesem Jahre auch in späteren Jahren Flugblätter zur antimilitaristischen Propaganda herauszugeben.

Selbst des Vorstands wurde vorgeschlagen zwei Delegierte zum Parteitage aus Breslau zu entsenden.

Der letzte Punkt der Tagesordnung „Vereinsangelegenheiten“ brachte noch einige Mitteilungen interner Art.

Ein Vertreter der P. P. S. dankte noch der Versammlung, daß sie dem Antrage der polnischen Genossen...

Der Vorsitzende Schütz schloß sodann die außerordentlich stark besuchte Versammlung mit dem Wunsche an die Mitglieder, sie möchten stets so zahlreich zu den Versammlungen erscheinen wie diesmal.

Der rote Sonntag

hatte gestern für Genossen Klühs als früheren verantwortlichen Redakteur unseres Blattes noch ein Nachspiel vor der Breslauer Ferienstrafkammer.

Dem Vorsitzenden gefällt zunächst die Ueberschrift: „Vorussische Polizei-Praxis“ nicht.

Der Angeklagte gab hierüber an, nicht an Rußland habe er gedacht, als er die Ueberschrift wählte.

Es erfolgte hierauf die Verlesung des Protokolls über die Aussagen der kommissarisch vernommenen Zeugen.

In dem Artikel wurde erzählt, daß das Wahlrechtsflugblatt am 20. Januar erfolgt war, nachdem die Polizei bereits mehrere Tage vergeblich danach gehaust hatte.

Weiter war gesagt, daß die vier Flugblattverteiler am nächsten Tage um 11 1/2 Uhr vom Polizeigefängnis zum Untersuchungsgefängnis abgeführt worden waren.

Zuletzt wird gesagt: Der Akt vollzog sich gerade zu der Zeit, zu der die Versammlungsbefehle zu hunderten der anberaumten Protokollversammlungen zuwielten.

Der Polizei-Inspektor ist der Meinung gewesen, die Verhafteten seien angemessen behandelt worden.

Nach nach den Aussagen der übrigen Polizeibeamten trifft diese nicht der mindeste Vorwurf. Davon, daß die gefesselte Frau von Krämpfen geredet habe, mit denen sie behaftet sei und weshalb sie nicht allein in der Zelle bleiben wollte, haben sie alle mit einer einzigen Ausnahme nichts gehört. Die Frau hat gelächelt, ist auf Ermahnungen hin nicht ruhig gewesen und deshalb hat man sie gefesselt und zwar mit den Händen auf dem Rücken so an die Wand, daß sie nur ruhig sitzen, nicht aber hin- und hergehen konnte. Am Deine will man sie nicht gefesselt haben. Am Sonntag hat man die Frauen mit den Armen zusammengebunden und die Männer hinterdrein von je einem Polizeigeranten begleitet, an den Händen gefesselt zum Gerichtsgefängnis geführt. Auch damit hat es ganz seine Ordnung. Beschimpft will man die Verhafteten ebenfalls nicht haben.

Wesentlich anders lauten die Aussagen von Polizeipersonen, vor allen Dingen die der verhafteten Frauen selbst. Demnach haben sich die Polizeibeamten gegenüber den Frauen Ausdrücke wie Sau, Frauenmensch, Schlorre, Lauspack etc. bedient. Ein unbeteiligter Gefangener, mit dem einer der Verhafteten in ein und derselben Zelle untergebracht war, sagte zu diesem, als das laute Gemurmel der mit Krämpfen behafteten und der Räum von den Beamten bis zu ihnen in die Zelle drang: „Da kriegt gerade wieder eine Pore ihre Drecke!“ Von der Fesselung sind der Frau die Hände wie auch das eine Bein berast geschwollen und haben sich später blau verfärbt, daß die Frau 14 Tage nicht arbeiten konnte. Die Männer sind Landesverräter und Staatsverbrecher tituliert worden.

Der Zweite Bürgermeister von Bromberg hat in Vertretung des Ersten gegen alle unsere Parteiblätter, die eine Schilderung jener Vorgänge brachten, Strafantrag gestellt. In fünf Fällen ist dieser Strafantrag wieder zurückgenommen worden. In Halle dagegen ist eine Verurteilung erfolgt.

Der Staatsanwalt beantragte 300 Mark Geldstrafe.

Schon aus der Ueberschrift des Artikels gehe die Absicht der Beleidigung hervor. Die Vorkommnisse sollten damit als russische Beleidigung werden. Es waren keine ehrbaren Arbeiterfrauen, um die es sich hier handelte, ihr Vorleben war nicht makellos. Die Verhaftung sei auch zu Recht erfolgt, denn es handelte sich darum, die weitere Verbreitung des Flugblattes zu verhindern, das bereits an mehreren Orten konfisziert worden war. Hätte man die Verhafteten halb wieder freigelassen, so würden sie sich sicher bald wieder eine Anzahl neuer Flugblätter beschafft und mit der Verbreitung fortgefahren haben.

Der Verteidiger, Justizrat Hein, plädierte für Freisprechung. Die Aussagen der Polizeibeamten lassen sich nicht vereinbaren mit denen der übrigen Zeugen, die Nicht-Existenz der Verhafteten werde aber durch unparteiische Augen im vollsten Maße bestätigt. Es sei auch nicht die rechte Art gewesen, dem Flugblatt nachzuforschen und dessen Verbreitung zu verhindern. Dieses ist sicher von anderer Seite weiter verbreitet worden, während diejenigen, denen man die Blätter weggenommen, die gar keine mehr verbreiten konnten, festgehalten wurden. Das Verhalten der Polizeibeamten sei mindestens ungebührlich gewesen. Ob es die richtige Art war, die Frau zu fesseln, um sie zu „beruhigen“, muß sehr bezweifelt werden. Durch Verurteilung eines Mannes, auch nur des Gefängnisstrafes, hätten alle Zweifel behoben werden können, ob die Frau wirklich unter Krämpfen litt oder nicht. Die Verhafteten Landesverräter, Staatsverbrecher, Schlohe und Schlampe zu titulieren, war nicht Aufgabe der Beamten. Annahmen, daß diese Ausdrücke nicht gefallen seien, hieße die Augen verschließen vor Dingen, wie sie in Polizei-Gefängnissen vorkommen. Auf die Ueberschrift kommt es nicht an, denn nicht die verurteilten Polizei, sondern nur die betreffenden Beamten seien eventuell beleidigt. Dem Angeklagten steht der Schutz des § 193, Wahrung berechtigter Interessen, zur Seite. Er hatte einen besonderen Auftrag, den Artikel zu veröffentlichen; er ist selbst Sozialdemokrat und hat als solcher auch ein persönliches Interesse daran, daß solche Vorkommnisse sich nicht wiederholen, da ihm im gegebenen Falle selbst das Gleiche passieren kann.

Genosse Klöh schlägt sich dem Antrage auf Freisprechung an. Die Verhafteten haben mit der Verbreitung des Flugblattes ein gesetzliches Recht ausgeübt und wegen der Ausübung dieses ihres Rechts wurden sie verhaftet und festgehalten. Der Inhalt des Flugblattes kommt aber nicht auf das Konto der Verhafteten, sondern nur die Verbreitung. Uebrigens hat das Flugblatt wieder freigegeben werden müssen, da in demselben nichts Strafbares vorhanden war. Der Verfasser, der unter Anklage gestanden, wurde freigesprochen.

Das Urteil wurde gefehlt nicht gefällt. Nach 1/4stündiger Beratung des Gerichts verkündete der Vorsitzende, daß die Publikation des Urteils am 27. August in einem besonderen Termin erfolgen wird.

Der Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel.

Während des Streiks der Bädergefallen in Kiel im März 1904 forderte die Streikleitung in Flugblättern und zahlreichen Inseraten die Bevölkerung von Kiel und Umgegend auf, Waren nur aus solchen Bädereien zu kaufen, welche die Forderungen der Bädergefallen bewilligt hätten, wozu es wurde eine Liste derjenigen Bädermeister und Brauereien, welche dies getan, bekannt gegeben. Das Gewerkschaftsorgan in Kiel bedauert, den Streit zu unterstützen und wies in einem Artikel in der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ darauf hin, daß es die Pflicht der organisierten Arbeiter sei, sich streng an den Boykottbefehl zu halten, und ferner, daß die Gewerkschaften sich verpflichtet hätten, alle Mitglieder bei vorkommenden Verstößen zur Rechenschaft zu ziehen.

Einige der hochholten Bädermeister erhoben darauf Klage gegen den Leiter des Streiks, gegen die Inhaber der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ und gegen das Gewerkschaftsorgan in Kiel mit dem Antrage,

die Klagen unter Strafandrohung zu betrachten, zu unterstützen, Boykottgebühren zu veröffentlichen oder zu verbreiten und einen Schadenersatz von insgesamt 8139 Mark zu zahlen.

Der sechste Zivilsenat des Reichsgerichts hat durch Urteil vom 12. Juli 1906 die Klage endgültig abgewiesen. Die leitenden Grundsätze dieser Entscheidung sind die folgenden:

1. Boykott oder Streik im Lohnkampf sind nicht rechtswidrig. Die Unternehmer können Erfolge der Verluste, welche sie infolge derselben erlitten haben, nicht verlangen.
2. Darin, daß ein Verein von Arbeitnehmern, der in einem Lohnkampf zur Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen eingetreten ist, in Gemäßheit seiner Satzungen denjenigen seiner Mitglieder, die sich am Kampfe nicht beteiligen würden, lediglich den Verlust ihrer Mitgliedschaft in Aussicht stellt, ist eine „Drohung“ im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung nicht zu finden.
3. Es ist keine durch § 153 der Gewerbeordnung verbotene Drohung, wenn die Partei, welche durch ein solches Kampfmittel günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen strebt, den Gegnern die bevorstehende Anwendung dieser Kampfmittel ankündigt und dadurch auf deren Entscheidung über die Streitfragen einzuwirken.
4. Es verliert nicht gegen die guten Sitten, wenn Arbeitnehmer zur Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen und zur Beseitigung von Unständen und Einrichtungen, durch welche sie sich beschwert fühlen, die Mitwirkung weiterer Kreise des Publikums durch die Presse oder durch Flugblätter anrufen.

Diese Rechtsgrundsätze sind von weittragender Bedeutung. Sie werden auch im Strafrecht Anwendung finden müssen, weil sie die bisher sämtlich verneint hat.

Zunächst geben sie den Gewerkschaften die Möglichkeit, den Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel mit größter Freiheit als bisher zu handhaben. Dann aber werden sie die gegen die Gewerkschaften bisher geübte Verfolgungsbildung vollständig über den Haufen. Das Urteil und seine Begründung sind deshalb auch für den gewerkschaftlichen Kampf von größter Bedeutung.

Staatliche Musterbanten.

Unter dieser Spitzmarke berichteten wir dieser Tage über eine ganze Reihe von Unfällen, die vom Zentralrat der Maurer auf den Neubanten der Technischen Hochschule festgestellt worden sind. Hierzu schreibt uns nun Herr Richter und Maurermeister Paul Bruns so folgendes:

„In diesem Bericht ist mit Bezug auf die drei ausführenden Maurermeister gesagt, daß „Prussig, Jung und Broch“ nicht die nötige finanzielle Unterlage zur Ausführung solcher Arbeiten zu besitzen scheinen.“

Wenn die Redaktion solche Artikel vom Stapel läßt, rate ich aber, sich zunächst genauer über die ganze Sache zu informieren. Bei mir ist es noch nicht vorgekommen, daß die Leute ihr Lohn am Sonnabend nicht erhalten hätten, vielmehr verfüge ich bereits Freitag jeden Woche hierüber und bestimme ich die Lohnung Sonnabend bereits gegen 4 Uhr Nachmittags auf dem Bau. — Derartige Vorkälle von Armut in der Art, muß ich daher auf das Entschiedenste von der Hand weisen. Eher bin ich in Stand gesetzt, anderwärts auszuweichen, als „die Arbeiter als Objekte zum Geldborgern zu benutzen.“

Des weiteren ist in dem Artikel gesagt, die Bauverwaltung müsse verlangen, daß eine abgemessene Kalkulation aufgestellt wird. Nicht wir haben die Stangenrechnung ohne weiteres erteilt, sondern die Bauverwaltung verlangt in ihren Vertragsbedingungen eine Stangenrechnung und dürfte uns eine abgemessene Kalkulation nur willkommener gewesen sein.

Was das Kalkulation selbst bei mir anbelangt, so hat der Verfasser des Artikels sich nicht selbst überzeugt, denn sonst hätte ich mich doch an meinem Bau die noch verfügbaren Brettklappen auffallen müssen. Daß man zum Bau nach Fortschritt des selben entsprechend Kalkulation material ordnet, wird wohl einem jeden einleuchtend sein. — Im übrigen kann von einer eingehenden Kasse nicht die Rede sein, denn nach Fertigstellung einer jeden Etage und Trägerverlegung sind alsbald die Maßstäben eingebracht worden, sobald sich immer eine abgedeckte Etage darunter befindet.

Ich stelle daher der Redaktion anheim, um entsprechende Vertretung dieses Artikels bezüglich meiner Person, da dies als eine Schädigung meines Ansehens und Credits gelten muß, andererseits ich mich genötigt sehen würde, die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft zu übergeben.“

Es hielt die Verbandsleitung der Maurer hat auf dieses Schreiben folgendes zu antworten:

Herr Prussig hat wirklich keinen Anlaß zu schweigen, denn in dem fraglichen Bericht ist seine Person am allerwenigsten hervorgehoben und wenn gewünscht wird, wir sollen uns erst gegen ihn informieren, so ist das wohl leicht gesagt, aber bei den Verhältnissen, verworrenen Verhältnissen, die gerade bei der „Technischen Hochschule“ herrschen, — schwer getan. So wird unter anderem mit Bestimmtheit behauptet und beschuldigt, daß die Firma Prussig die Maurerarbeiten in ganz neu übernommen und hierauf erst wieder einen Teil dieser Arbeiten an zwei andere Unternehmer abgegeben habe, also das Amt eines sogenannten Schlichtmeisters ausgeübt hat. Und wenn Prussig sagt: „er könne eher anderwärts ausweichen“, so wollen wir auch diese Behauptung einmal unter die Lupe nehmen. Es wird nämlich wiederum mit Bestimmtheit in Kollegenkreisen behauptet, daß sämtliche Gelder, die von der Bauleitung für Maurerarbeiten in Raten gezahlt werden, erst durch die Hände von Prussig gehen. Daß darnach von dieser Firma immer der Lohn gezahlt werden konnte, ist leicht erklärlich, wenn eben zuerst kommt, mahlt zuerst. Oder sollte wirklich die Firma Pr. aus purer Nächstenliebe, vielleicht auch aus „Solidaritätsgefühl“, hin und wieder „anderwärts ausweichen“. Sollte wirklich infolge edlen Charakters und Mitgefühls für die Arbeiter sich an einem Sonnabend Abend Prussig aufs Rad gekickt haben und für die Leute von den anderen Parteien Selbst besorgt haben? Wahrscheinlich großer Edelmut!

Und weiter: An der Bericht-Act trägt also die Bauleitung die Schuld! Diese Angabe ist kostbar und Herr Prussig kann versichert sein, davon wird bei Gelegenheit ausgiebig Gebrauch gemacht werden. Was die verfügbaren „Brettklappen“ anbelangt, so mögen wohl solche im § 153 vorhanden sein, auf der Baustelle des Herrn Prussig jedoch sicherlich nicht! Und ferner will es uns durchaus nicht „einleuchtend“ sein, daß bei der angeblichen Kasse von Kalkulation für den Prussig-Bau von der Baustelle des Herrn Jung (wo — das sei anerkannt — die Gerüste noch am besten sind) Kalkulation geholt wurden. Oder will man auch das bestreiten? Im übrigen kann sehr wohl von einer gähnenden Kasse die Rede sein, denn überall sind nicht Maßstäben und werden dieselben auch nicht zu gleicher Zeit hergestellt. Wir haben nur den ausdrücklichen Wunsch, daß Herr Prussig bei seiner häufigen Anwesenheit auf der Baustelle nicht selbst einmal Schaden erleiden und durch die Erfassung von der teilweise gähnenden Kasse überzeugt werden möge!

Achtung, Gewerkschaftsvorstände und Kartellbelegierte! Am Mittwoch den 29. August findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine erweiterte Kartell-sitzung statt. Die Gewerkschaftsvorstände werden schon jetzt ersucht, sich darauf einzurichten. Die Sitzung soll sich mit den Differenzen zwischen Parteivorstand und Generalkommission beschäftigen.

Wahnsinn der Bauaufschläger Breslau und Umgegend! Eine am Montag im Gewerkschaftshaus abgehaltene Arbeitnehmer-Versammlung beschloß, im Laufe des Dienstags noch einmal zu versuchen, eine Einigung herbeizuführen, falls jedoch keine möglich sein sollte, so möge bei diesen Unternehmern am Mittwoch die Arbeit niedergelegt werden.

Vorsicht im Straßenverkehr! Der Polizei-Präsident von Breslau erläßt folgende Bekanntmachung: „Erfahrungsgemäß ereignen sich auf den hiesigen Straßen häufig Unfälle dadurch, daß das Publikum beim Passieren der Fahrdämme und Straßeneinengungen nicht die nötige Vorsicht beobachtet. Es ist hierbei zu berücksichtigen, daß für den Fußgängerverkehr die Fahrdämme, für den Fuhrwerkverkehr die Fahrdämme bestimmt sind. Wenn der Bürger freigeht und auf den Fahrdamm tritt, hat darauf zu sehen, daß er sich nicht selbst der Gefahr des Ueberfahrens oder Zusammenstoßes mit Fuhrwerken aussetzt, daß er aber auch die auf dem Fahrdamm verkehrenden Fuhrwerke nicht nötigt, plötzlich anzuhalten, zu bremsen, oder unvermutet auszuweichen, da hierdurch sehr leicht, besonders in verkehrsreichen Straßen, Zusammenstoß dieser Fuhrwerke mit anderen Fuhrwerken und Personen, Hin- und Wegschleudern der Pferde und dergl. entstehen können.“

Es ist unter allen Umständen zu vermeiden, kurz vor heranziehenden oder unmittelbar hinter vorübergehenden Wagen den Fahrdamm zu kreuzen. Besonders bei Straßeneinengungen mit starkem Wagenverkehr darf ein Ueberfahren der Fahrdämme nur dann erfolgen, wenn man durch einen Blick nach beiden Seiten sich überzeugt hat, daß der gegenüberliegende Bürgerstreifen erreicht werden kann, ohne Fuhrwerke heranzukommen. Für Kinder und ältere Personen wird es sich sehr empfehlen, lieber einen kleinen Umweg zu machen, als einen unvorsichtigen Fußgänger zu sein, der bei den nächsten Verkehrshindernissen zu stehen, zu erliegen, zu verunglücken, immer zu werden, und, bitte, insbesondere auch eine Drohung mit Brillanten.

Eltern, ihre Kinder von der frühesten Jugend an, an die nötige Vorsicht zu gewöhnen.“

Sundtagsschik und Wasserverbrauch. Trotdem in der letzten Jahreshälfte ein sehr großer Teil unserer Bevölkerung in den Ferien weilte, hat doch die diesjährige ungewöhnliche Sommerhitze an die Leistungsfähigkeit der Breslauer städtischen Wasserwerke ganz enorme Anforderungen gestellt, denen aber die Werke entsprechend konnten. Das neue städtische Wasserwerk liefert gegenwärtig im Jahre weit über drei Millionen Kubikmeter Wasser. Der gesamte Durchschnittsverbrauch, das unentgeltlich für öffentliche Zwecke gelieferte Wasser eingerechnet, beträgt täglich etwa 87 Liter auf den Kopf der Bevölkerung, davon werden etwa 66 Liter also etwa zwei Drittel, gegen Zahlung an Privatabnehmer geliefert, der Rest, gegen 27 Liter, wird zu öffentlichen Zwecken für städtische Gebäude, Springbrunnen, Kanalisierungen, Straßenbrunnungen etc. verwendet. Es ist jetzt war es nicht erforderlich, mit Wasser für öffentliche Zwecke zu sparen und es wurden Straßenbrunnungen durch Springbrunnen wie gewöhnlich ausgetauscht, so daß Staub und feine Dünste gedämpft werden. Der höchste Wasserverbrauch betrug in diesem Jahre am 3. August 54,600 Kubikmeter. In den Tagen des höchsten Verbrauches steigt die Wassermenge pro Kopf und Tag auf 115 Liter, der niedrigste Verbrauch war bisher 58 Liter. Absperren der Leitungen ist nicht zu fürchten.

Der Tages Schnellzug Berlin—Breslau, der in Berlin 8 Uhr 24 Minuten abgeht und 8 Uhr 20 Minuten von Breslau den Rückweg nimmt, wird im Winter in einen D-Zug umgewandelt werden.

Ueber die Verwendung gesundheitschädlicher Konservierungsmittel klagt die chemische Untersuchungsstation der Stadt Leipzig; die Fleischer suchten, unterläßt durch gewissenlose Händler, die billigen Chemikalien an fremden Preisen an sie zu verkaufen, die gesetzlichen Bestimmungen des Nahrungsmittelgesetzes vielfach zu umgehen. Die Erfindungsgabe dieser Händler sei kaum zu übersehen, und es sei geradezu unglücklich, was dem Menschen und seinem Magen alles zugemutet werde. Wechselt er seinen Fleischlieferanten in einer Woche etwa dreimal, so könne es ihm passieren, daß er in seiner Mahlzeit keine Benzoesäure, morgen Natriumformiat und übermorgen Weinsäure oder sonst welche Chemikalien als ungewünschte Zugabe annehmen müsse. Nicht unerheblich sei die Zahl der Fleischer, die wegen Verwendung gesundheitschädlicher Konservierungsmittel drei- und viermal bestraft seien.

Breslauer Sommertheater. Heute Dienstag findet die 12., morgen Mittwoch die 13. Aufführung des „Falsches“ die 1. Erlebnisse eines englischen Detektivs“ statt. Die Vorbereitung befindet sich Franz Wehrlinds Schauspiel „Sibylla“ mit dem Dichter als Gast in der Hauptrolle.

Der jüngste Jalousiemörder. In den letzten Tagen hat sich ein Mann in mehreren Wohnungen auf der Telearapenstraße Eintritt verschafft unter dem Vorgeben, daß er im Auftrag einer hiesigen Jalousiefabrik die Jalousien nachsehen müsse. Bei dieser Gelegenheit stahl er eine goldene Damenuhr, eine Taschenuhr und einen grauen Gehörstock und ein goldenes Pincenez. Der Mann ist etwa 30 Jahre alt, hat dunklen Schnurrbart, baares Gesicht und trägt einen graubraunen Anzug.

Die Sonntagstraße der Feuerwehr. Am Sonntag wurde die Feuerwehr viermal alarmiert. Infolge unvorsichtiger Handhabung eines Spiritusbehälters gerieten gegen Mittag in einer Wohnung Graben 6 Lampen und Papier in Brand. Vor Anbruch der Feuerwehr war das Feuer bereits gelöscht. — Aus den Feuerstätten des als Lagerraum vermieteten Zelles der ewangel. luther. Katharinenkirche auf der Katharinenstraße 17 drang am 19. d. M., Nachmittags, Rauch hervor. Die Feuerwehr löschte die eingangstür gequalmten und fand, daß ein Korb mit Spähnen brannte. — Bald darauf erfolgte ein Alarm nach Michaelstraße 19, weil sich in einer Mäntelkammer starker Rauch entwickelt hatte. Da der Alarm von einer Großfeuerstation in der Fabrik an der Weinstraße ausgegangen war, trafen außer den Fahrzeugen der Hauptwache noch mehrere Totwasser ein. — Wegen Mitternacht wurde die Feuerwehr nach Königgräberstraße 28 gerufen, wo in einer im Parkette gelegenen Wohnung ein Schrank, ein Garderobenschrank und Kleidungskäufe in Brand geraten waren.

Vom Erstickungsstode gerettet. In der Nacht vom 19. zum 20. d. M., gegen 12 Uhr, bemerkte ein patronisierender Schuhmann aus einem Parkettzimmer des Hauses Königgräberstraße Nr. 28 starken Rauchqualm hervorbrechen und rief sofort zwei vorbereite junge Leute, nachdem er wiederholtes starkes Klopfen sich in der Wohnung nicht rührte, das Fenster einzubringen und in die vollständig von Rauch angefüllte Wohnung (eine einzelne Stube) einzutreten, welche den schlafenden einzigen Bewohner derselben, den Schlosser Kloss, aus der Erstickungsgefahr befreiten. Bei Eintreffen der Feuerwehr war von anderen Hausbewohnern auch die Feuergefahr beseitigt. Einige Möbel- und Kleidungskäufe sind verbrannt. Anzeichen ist das Feuer durch arglose Wegwerfen eines glimmenden Streichholzes entstanden.

Unfall bei der Luftschaukel. Am 18. d. M., Abends, stürzte ein Wehrling aus der Gondel einer Luftschaukel an der Ohlauer Chaussee und fiel in meltem Bogen auf den Erdboden. Außer äußeren Verletzungen dürfte er auch einen Schädelbruch erlitten haben. Der Verunglückte wurde im Wenzel Handlichen Krankenhaus untergebracht.

Beitrag. Am 6. d. M. ließ sich in einem hiesigen Fahrradgeschäft ein junger Bursche im Alter von etwa 16 Jahren ein Fahrrad Marke „Tourist“. Er nannte sich Schlenker und gab an, am Schießwerberplatz zu wohnen. Er hat das Rad nicht zurückgebracht, auch sind Nachforschungen nach ihm ohne Erfolg geblieben. Anzeichen hat er das Rad veräußert.

Ueberfahren. Am 18. d. M., Abends, wurde ein betrunkenener Mann auf der Klosterstraße durch einen Bierwagen überfahren und schwer am Kopfe verletzt. Der Mann wurde in das Krankenhaus der Darmstädter Brüder geschafft. — Der 5 Jahre alte Fritz Fedel, Sohn eines Kleinschneiders, wohnend in der Straße beim Heisenreihen unter einem Bierwagen und wurde überfahren. Infolge Bruches der Halswirbelsäule trat der Tod auf der Stelle ein.

Abgestürzt. Der 33 Jahre alte Postkaffner Heinrich Wittner, der in der Nacht zum 18. d. M. in dem Hause Bobruenerstraße 570 aus dem 2. Stock gestürzt war und einen Schädelbruch, sowie eine Gehirnblutung erlitten hatte, ist im Wenzel Handlichen Krankenhaus gestorben.

Aus dem Leben geschieden. Am 18. d. M., Abends, hat sich ein 52 Jahre alter Arbeiter in seiner Wohnung, Brandenburgerstraße 9, an der Erklinte erhängt. — Am 19. d. M., Morgens wurde bei der Wehrermühle die Leiche des jungen Währens aus der Obergeogen, welches am Donnerstag Abend von der Unversickel-Bühne in den Strom gesprungen war. Nach einem bei der Leiche vorgefundenen Abschiedsbriefe handelt es sich um ein Mädchen von der Altenstraße.

Verarmt werden: Seit dem 13. d. M. der taubstumme Dachbinderlehrling Oskar Bochank, Scheitingerstraße 45. — Seit dem 6. d. M. das 16 Jahre alte Dienstmädchen Marie Schuber, Bräderstraße 50.

Verarmt werden: 3 Arbeiter, die aus einem Brauereigrundstück wertvolle Metallstücke gestohlen und an einen Produktenhändler verkauft hatten.

Der Missethäter. Am 21. d. M. Morgens wurde ein 24 Jahre alter Arbeiter im Hofe des Hauses M. Scheitingerstraße 46 in einer Buntkappe legend gefunden. Der Mann dürfte in betrunkenem Zustand aus einem Fenster gestürzt sein und hat sich schwere Kopfverletzungen sowie innere Verletzungen zugezogen. Der Verunglückte wurde in die Pol. Klinik gebracht.

In das Gefängnis gesteckt wurden am 18. und 19. d. M. 58 Personen eingeliefert:

Geändert wurden: Ein goldenes Pincenez, ein goldenes Medaillon, eine Feilsche und eine Nadelnagel.

Abgehoben wurden: Eine goldene Kette mit einem kleinen Herz, eine silberne Kettenschlüssel, ein Kettenschlüssel mit 25 Rzt. und eine Drohne mit Brillanten.

Verfahren wurden: einem Instrumentenbauer auf der Poststraße ein Fahrrad „Beil“, einem auf einer Bank am Universitätsplatz eingeschlafenen Zimmermann eine silberne Anferne Nr. 171.776.

Versammlungen und Vereine.

Eine öffentliche Volkerversammlung fand am Sonntag in Allenhal im Landkreise Breslau statt. Es hatten sich etwa 150 Genossen und Genossinnen aus Allenhal selbst und aus den umliegenden Dörfern eingefunden. Genosse Dars aus Breslau sprach über das Thema: Warum muß der Arbeiter auch politisch organisiert sein? und entwarf für seine Ausführungen lebhaften Beifall. Gegner meldeten sich in der Diskussion nicht zum Wort, dagegen wurden allerlei Mißstände in der Schule in Rosenhal zur Sprache gebracht. Die Behandlung der Kinder durch einen dortigen Lehrer ist nach den Ausführungen einiger Redner oft eine groß ungehörige. Genosse Wexler aus Dömitz rief, sich besser um die Gemeindevorwahlen zu kümmern, das wäre das beste Mittel, den Mißständen im Schulwesen auf dem Lande zu begegnen. Eine Resolution, durch die sich die Anwesenden verpflichteten, fleißig für die Verbreitung der Parteipresse und für den Ausbau der politischen Organisation zu wirken, wurde einstimmig angenommen. Eine größere Anzahl von Genossen traten dem Sozialdemokratischen Verein sofort bei.

Die Schiffzimmerer hielten am Sonnabend in der Erholung in Bödelwitz eine sehr gut besuchte Versammlung ab, in welcher Genosse Albert einen Vortrag über die idealen Aufgaben der Organisationen namentlich über die Bildungs- und Erziehungsbefreiungen derselben hielt. Ferner beschloß er, 10 Mk. für die kämpfenden Arbeiter in Russland abzugeben. Mit einem begeisterten Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Aus den Gerichtssälen.

Es werde Licht!

Nach unter dem Polizeihelm soll jetzt das Wissen unserer Jahrgangsklassen eine glänzende Rolle spielen. Im Oktober vorigen Jahres ist in Wottbus eine Polizeischule ins Leben gerufen worden, auf die der damalige Regierungspräsident die Magistrate und Gemeindevorstände seines Bezirkes durch folgendes Schreiben aufmerksam macht:

Nach einem mir vorliegenden Berichte ist die Polizeischule in Wottbus in einer erfreulichen Entwicklung begriffen. Es ist dies in erster Linie dem Umstande zu danken, daß es gelungen ist, in der Person des Polizeikommissars Wittner einen ausgezeichneten Schüler zu gewinnen, der sich seiner Aufgabe mit größter Hingabe und bemerkenswertem Geschick unterzieht. Indem er den Unterricht abwechselnd theoretisch und anregend zu gestalten weiß, weckt er es, das Interesse und den Eifer der Schüler zu wecken und regt zu helfen. Besonders verdient hervorgehoben zu werden, daß er das Ziel der Ausbildung für den unmittelbaren praktischen Dienst niemals aus dem Auge läßt und auch bei dem theoretischen Unterricht durch Erörterung und Fragestellung stets an praktische Fälle anknüpft. Als besonders erhellend ist ferner festgestellt worden, daß die Schüler, die sich von vornherein keineswegs immer der Notwendigkeit einer weiteren Ausbildung bewußt sind, sich binnen kurzem vom Gegenteil überzeugen. Während sie anfänglich die geistige Arbeit und auch die meist ungewohnten körperlichen Übungen vielfach als lästig empfinden, pflegen sie bald an beiden Gefallen zu finden und die durch die geistige und körperliche Ausbildung gewonnene Sicherheit und Gewandtheit im Auftreten schätzen zu lernen. Mehr noch wie bei den im wesentlichen mit den praktischen Anforderungen des Erhaltungsdienstes noch unbekanntem jungen Probisten ist dies gerade bei den älteren, bereits angestellten Beamten beobachtet und von ihnen mehrfach auch ausdrücklich dankbar anerkannt worden. Daß gerade auch für bereits angestellte Beamte eine bessere Ausbildung in vielen Fällen notwendig ist und daß besonders bei jüngeren, noch bildungsunfähigen Elementen eine Ergänzung der Vorbildung durch den nachträglichen Besuch einer Polizeischule erreicht werden kann, dürfte nicht in Zweifel zu ziehen sein; es wird dies auch durch die in Wottbus gemachten Erfahrungen bestätigt. Und zwar gilt dies ebenso gut für Beamte der größeren Polizeiverwaltungen, bei denen mit schwierigeren Verhältnissen zu rechnen ist, wie für die ganz auf sich selbst angewiesenen Einzelbeamten der kleineren Städte, die oft bis an ihr Lebensende in ihren Stellungen zu verbleiben pflegen. Bei der großen Bedeutung, die den Polizeischulen für eine sachgemäße Handhabung des polizeilichen Erhaltungsdienstes zukommt, ist es dringend erwünscht, daß von den Polizeibeamten allgemein der Besuch einer Polizeischule gefordert wird. Ich ersuche daher, in Zukunft von den neu anstellenden Polizeibeamten möglichst den Nachweis des erfolgreichen Besuches einer Polizeischule zu verlangen und behalte mir vor, bei der Ausübung des Befähigungsrechtes bezüglich der Polizeibeamten und bei der hierbei vorzunehmenden Prüfung der Qualifikation der Bewerber in geeigneten Fällen die Befähigung von dem Nachweis des Schulbesuches abhängig zu machen. Ich bitte geeignete Maßnahmen im Sinne des Vorstehenden zu treffen und mir über das Veranlaßte bis 1. April 1907 zu berichten.

Leider erreicht man aus diesem Schreiben nicht so recht, was aus der Schule gelehrt wird. Welche Theorien mögen es wohl sein, deren Erörterung an praktische Fälle anknüpft. Wir glauben übrigens nicht, daß den Schülern auf dieser Schule eine sachgemäße Handhabung des polizeilichen Erhaltungsdienstes beigebracht werden kann; denn lebendige Menschen werden nicht Luft haben, freiwillig alle Eventualitäten an ihrem Körper erproben zu lassen. Vielleicht aber könnten die auf der Schule geübten Theorien dadurch praktisch erprobt werden, daß man alljährlich in einigen Großstädten Manöver für Polizisten veranstaltet und die betreffenden Schüler zur Teilnahme kommandierte. In Breslau zum Beispiel würden sie Gelegenheit finden, ihre praktischen Fähigkeiten in der mannigfaltigsten Weise zu erproben.

Aus Schlesien und Posen.

Gemeindevorwahlen-Konferenz

für die sieben niederschlesischen Wahlkreise. Sonntag, den 26. August, Vormittags 11 Uhr, im Saale „Zu den drei Krönen“ in Bunzlau.

Tages-Ordnung:

1. Die Pflichten und Aufgaben der sozialistischen Gemeindevorwahlen. Referent Stadtvorwahr Müller-Görlig.
 2. Diskussion.
 3. Anträge.
- Sämtliche sozialistischen Stadtvorwahlen und Gemeindevorwahlen der sieben Wahlkreise werden ersucht, vollständig zu erscheinen. Zutritt willkommen.

Zur Abhaltung der von auswärts kommenden Delegierten werden zwei Genossen, freiwillig durch weiße Armbänder, an Bahnhöfen sein.

Das Komitee.

Sozialdemokratischer Verein Sagan-Spottan.

Auf Beschluß des Vorstandes des Kreisvereins berufen wir die diesjährige Generalversammlung auf Sonntag, den 26. August, Vormittags 10 Uhr, nach Prießnitz in Fischbachholz ein.

Tages-Ordnung:

1. Die wirtschaftliche und politische Lage. Referent: Reichstagskandidat Genosse Friedrich Schlegel-Breslau.
2. Bericht des Kreisvorstandes sowie der Ortsvereine.
3. Stellungnahme zum deutschen Parteitag.
4. Agitation und Organisation.
5. Presse.
6. Wahl des Kreisvorstandes sowie der Ortsvereine.
7. Verschiedenes.

Der Vorstand des Kreisvereins.

Ostau, 20. August. Eine gutbesuchte Volkerversammlung tagte am Sonntag im Saale der „Stadt Delk“. Genosse Albert-Breslau referierte über das Thema: „Die Bedeutung der Politik für die Arbeiter.“ Die Versammlung erhielt durch die Anwesenheit von ca. 200 Breslauer und Saganer Genossen und Genossinnen ein eigenartiges Gepräge. Ein feierlich geschmückter Dampfer brachte die Teilnehmer um 7 Uhr Abends wieder mit Musik in die Heimat zurück. Bei dem Spaziergange, der unter Vorantritt der Musikkapelle vom Lokal bis zur Ober erfolgte, wurden den Ausflüglern von der Polizei keinerlei Schwierigkeiten in den Weg gelegt.

Sirchberg, 21. August. Ledebours Beispiel hat gewirkt. Reichstagsabgeordneter Dr. Ablass ist Montag Nachmittag in der Kolonialaffäre vor dem Untersuchungsrichter des Landgerichts Sirchberg kommissarisch vernommen worden. Es handelte sich zunächst um den Fall Puttkamer. Es wurde dem Abgeordneten Dr. Ablass zugemutet, seine Gewährsmänner zu nennen und über die Art der Herkunft seines Materials Auskunft zu geben. Dieses Aufsuchen lehnte Dr. Ablass ab und begründete sein Verhalten damit, daß er es als einen Vertrauensbruch ansehen müsse, wenn er jemanden nennen wolle, der ihm im Vertrauen zu seiner Stellung als Parlamentarier diskrete Mitteilungen gemacht habe. Dr. Ablass wurde vom vernehmenden Richter darauf aufmerksam gemacht, daß der Strafprozeß das Recht eines Abgeordneten, seine Aussagen zu verweigern, nicht kenne. Dr. Ablass blieb trotzdem bei seiner Weigerung. Dieser Vernehmung schloß sich eine weitere Vernehmung des Dr. Ablass in der Untersuchung gegen die Beamten der Kolonialabteilung G. v. Schneider und Genossen an. Hier stellte sich Dr. Ablass auf den Standpunkt, daß er zunächst von dem Zeugnisverweigerungsrecht des Verteidigers eines Angeklagten Gebrauch mache, betonte aber, daß er auch hier das Material, welches er nicht als Verteidiger, sondern als Reichstagsabgeordneter erhalten habe, nicht preisgebe. Hierauf wurde Dr. Ablass die gerichtliche Beschlagnahme seiner Akten in Aussicht gestellt. Die Vernehmung des Dr. Ablass war eine eidliche. Dr. Ablass versicherte, daß er diese Angelegenheit im Reichstage mit Nachdruck zur Sprache bringen werde.

Sirchberg, 21. August. Gewerkschaftskartell. Eine Kartellung fand am 16. d. M. in der Andreaschule zu Summersdorf statt. Genosse Gottwald gab zuerst die Abrechnung vom Gewerkschaftsfest bekannt. Die Einnahme belief sich auf 149.05 Mark und die Ausgabe auf 341.66 Mark, so daß ein Ueberschuß von 107.39 Mark verblieb. Von diesem Ueberschuß wurden dem Arbeiterabfahrtsverein „Frisch auf“ zu Sirchberg für sein stichtliches Bemühen bei dem Feste 6 Mark überwiesen. Gleichzeitig wurden auch der Witwe des verstorbenen Genossen Hauptknecht von dem Ueberschuß nochmals 20 Mark und dem Gewerkschaftshausfonds 80 Mark zugewiesen.

Alsdann kam nochmals der Saalkampf zur Sprache. Der Vorsitzende verlas ein Schreiben vom Saalbestreiterverein, aus welchem hervorging, daß man von Seiten des Saalbestreitervereins beim Kriegsminister wegen dieses Saalbottens vorstellig geworden sei und man daher eine abwartende Stellung einnehme. Auf Seiten des Kartells machte dieses Schreiben gar keinen Eindruck, vielmehr wurde beschlossen, 2000 Flugblätter zu verteilen. Weiter wurde beschlossen, die folgenden Lokale zu mieten:

1. Berliner Hof, 2. Schwarzes Rob, 3. „Ganges Haus“, 4. Gasthof „Zu den Kronprinzinnen“ und 5. Gasthof „Zum Deutschen Kaiser“ in Summersdorf.

Als um fünf Lokale wird vor der Hand der Kampf entbrennen und andere werden folgen. Es ist somit den Sirchberger Genossen reichlich Gelegenheit gegeben, sich am Kampfe zu beteiligen. Alle müssen wir daran helfen, dann wird das Ziel bald erreicht sein.

Unter „Verschiedenes“ wurden dem Sirchberger Arbeiter-Turnverein 10 Mark als Beihilfe zur Anschaffung von Geräten bewilligt. Der Vorsitzende ermahnte, die ausgefertigten Lithographien und Steindrucker durch weitere Geldbeiträge zu unterstützen. Nach Erledigung einiger unbedeutender Angelegenheiten wurde dann die Sitzung geschlossen.

Bunzlau, 21. August. Hurra! Hurra! Hurra! Unsere Patrioten schlagen Puzelbäume und eine ungeheure Aufregung hat sich der Spießer bemächtigt, denn am 13. September wird Wilhelm II. im Automobil unsere Stadt passieren, um sich nach Kliffshof zur Sommerfrische des Fürsten Solms zu begeben. Bis jetzt hat der Kaiser, wenn er nach Kliffshof fuhr, was ja öfters vorkommt, immer die Bahn benutzt und die guten Bum-Lauter besaßen nichts zu sehen, nur aber wird man Gelegenheit haben, sich in den Straßen die Reine in den Leib zu stecken und zu warten, wenn die kaiserlichen Automobile die Straßen durchfahren werden. In stöcherlicher Verlegenheit wird aber unser Magistrat sein, denn erheben findet kein Empfang und infolge dessen auch keine Anprobe hat und zweitens dürfte unter Straßenspüßer bei Hofe keinen guten Eindruck hinterlassen. Den Tischen so manchen Automobils erging es nicht am besten, als sie in schnellem Tempo die „Aue“ erreichten, „schönste“ und am „besten“ gepflasterte Straße hinarunterfahren. Es fehlte nicht viel, so wären die Automobile zum Wagen herausgepurzelt. Diese Straße werden die kaiserlichen Automobile auch passieren; man wird es wohl deshalb an der nötigen Risikoprüfung nicht fehlen lassen. Damit das liebe Publikum aber nicht die Wagen verwechselt und nicht etwa zu früh oder post festum Hurra schreit, bringen die hiesigen Zeitungen eine genaue Beschreibung, wie die kaiserlichen Wagen aussehen und wie die Kratzer (hier muß es wohl heißen Scheuffer) und Laternen aussehen, wenn der Kaiser oder Prinzgen die Straßen fahret. Da werden die hiesigen Spießer gehörig aufpassen müssen und die Spitzer treten sich schon im Voraus auf den zu erwartenden Abgang an Willen. Doch der Wagen wird wahrscheinlich ihren Wägen entschwinden sein, ehe sie ihn richtig zu Gesicht bekommen. Am bedauerlichsten wird es aber für gewisse Kreise sein, daß kein Orbenregen ergießen dürfte, nach dem so manche leben. Die Damen; wer hätte nicht Mühe mit ihnen?

Bunzlau, 18. August. Kartellbildung. Die Abrechnung vom Gewerkschaftsfest ergab eine Einnahme von 384.13 Mk. und eine Ausgabe von 167.50 Mk., es bleibt also ein Ueberschuß von 216.63 Mk. Ferner wurde vom Kassierer die Abrechnung der Kartellkasse gegeben, da derselbe den Posten niedersetzte. Da alles in besser Ordnung war, wurde denselben Entlassung erteilt. Die Wahl des neuen Kassierers fiel auf den Genossen Rüdiger, der diese auch annahm. Die Regisationsvorlesung findet schon im September statt. Das Komitee will die Steininger und Tapperters hierher organisieren. Der Vorsitzende möchte den Ver-

schlag, von dem Ueberschuß vom Gewerkschaftsfest einen Fonds zu gründen zum Bau eines Gewerkschaftshauses. Doch soll in der nächsten Sitzung erst darüber abgeklärt werden. Einstimmig angenommen wurde der Antrag, 80 Mk. den hiesigen streikenden Zimmerleuten zu überweisen. Befehlt hat in der Sitzung Tappert, der Delegierte der Manere.

Waldburg, 21. August. Vom Gewerkschaftsfest. Von welcher Bewegung die Arbeiterschaft des Kreises durchflutet wird, zeigte recht deutlich das Gewerkschaftsfest, welches am Sonntag im „Salm“ in Sorgau abgehalten wurde. Trotz des frühen unfruchtlichen Wetters waren tausende von Männern und Frauen herbeigeströmt, um auf ein paar Stunden unter Gleichgesinnten die Leiden und Kummer der des Lebens zu vergessen. Der gebotene Unterhaltungskunst war aber auch diesmal besonders reichhaltig. Außer dem stichtlichen Instrumentalkonzert und den Gesangsvorträgen der „Freien Sänger“ fand das Schachturnen des Freiluftarbeitervereins viel Anerkennung. Den Schlußstücken war Gelegenheit geboten, sich zum Andenken einen hübschen Preis im Vorkampfbereich zu erringen und auf einem Teile des weiten Festplatzes amfichterten sich Hunderte von Kindern unter Leitung einiger Mitarbeiter des Festkomitees. Als noch Jungtät des Tages galt der Wehrzahl der Teilnehmer die Festrede des Genossen Sasse, die den autoritativen Wert solcher Arbeiterfeste illustrierte. Die Vieher, die im Vorbeigehen neugierig durch den Raum des Festplatzes lugten, konnten bemerken, daß sich hier den kenden Arbeiter vergnügten, die selbst im Festhübel ihre Würde nicht vergessen.

Alt-Bässa, 21. August. Eine öffentliche Vergarbeiter-Versammlung fand am 19. August im Gasthof zur Brauerei statt. Hermann Sasse sprach über die Gründung und Entwicklung der christlichen Gewerkschaften, über ihre Stellungnahme bei Streiks und ihr Verhältnis zu den freien Verbänden. Insbesondere geisterte er die zerstückelnde Tätigkeit der hiesigen Leiter von den katholischen Fraktionen und des Sekretärs der Reichstreuen. Bei Punkt „Verschiedenes“ wurden die hiesigen Wohnungsverhältnisse einer Kritik unterzogen. In seinem Schlusswort sagte Sasse: Da man in der Stadt Gottesberg unserm Sekretär Bergmann schon ein paar mal das Lokal abgetrieben hat, habe er auch keinen Grund, die Arbeiter an Auswandern zu lassen. Er erwähnte die Anwesenden, dem Verbände treu zu bleiben und neue Anhänger zu werben. Nachdem er noch angefordert hatte, die uns wohlgefinnten Gastwirte und die genossenschaftlichen Kameraden nicht zu vergessen, hatte die gutbesuchte Versammlung ihren Schluß erreicht.

Reife, 21. August. Wegen Vanendiebstahls fanden gestern die Gesangsarbeiten der Grapke, Schrubel, Scholz, Weiß und der Fischer Scholz vor der Strafkammer in Reife. Sie waren beschuldigt, gemeinschaftlich Verfasser mit Inhalt aus verschiedenen Gastwirtschaften, besonders aus dem Arbeiter-Kasino, gestohlen zu haben. Die Angeklagten, meist noch jüngere Leute, benahmen sich während der Verhandlung sehr rohd. Sie beschuldigten sich gegenseitig und drohten einander auf der Kullaaebau Brüggen, weshalb der Vorsitzende ihnen sofortige Verhaftung androhte. Es konnte ihnen jedoch nur ein Fall, und zwar beim Gastwirt Marr, nachgewiesen werden, in den anderen Fällen waren sie nicht ergriffen worden, weshalb sie auch nicht bestritten. Das Gericht nahm nur einfachen Diebstahl an und verurteilte den Tischler Scholz, welcher das Bier aus dem Haus für entwendet, zu einem Monat Gefängnis, Grapke in Unterstadt seiner Vorkraft wegen Hehlerei zu drei Monaten, Schrubel, Scholz zu je zwei Wochen und Weiß zu drei Wochen Gefängnis.

Bromberg, 21. August. Die Führer des Marthe- und Reg-Distrikts, welche im Hafenarbeiter-Verbande organisiert sind, haben, da der im Herbst 1903 mit der Schlepplift-Mittengesellschaft abgeschlossene Tarifvertrag jetzt abläuft, derselben einen neuen Tarifvertrag unterbreitet. Verhandlungen zwischen den Organisations-Vertretern und der Gesellschaft über die gestellten Forderungen sollen noch in dieser Woche stattfinden. Das kleine hiesige Führer der Schlepplift-Gesellschaft, welches dem Polesischen Provinzial-Verbande evangelischer Arbeitervereine angehört, hat der Gesellschaft ebenfalls Forderungen auf Erhöhung des Lohnes unterbreitet.

Ostrowo, 21. August. Ein für sozialistischer Ungeheuer. Die Arbeiter der Maschinenfabrik Kraszkewski klagen seit längerer Zeit über verschiedene Mißstände, die in der Fabrik vorherrschen und die im Interesse der Gesundheit der Arbeiter abgeändert werden müssen. Der Hinweis beim Werkführer hatte jedoch keine Abweidungen zur Folge. Eine Beschwerde bei der Gewerbeinspektion hatte zwar die Beschäftigung der Fabrikräume im Gefolge, aber Abänderungen in Bezug auf die besagten Mißstände wurden nicht bemerkt. Dafür ist seitens der Firma ein Lokal mit folgender Aufschrift in den Fabrikräumen ausgehängt worden:

Alle meine Mitarbeiter eruche ich, bevor sie eine Demonstration an die königliche Gewerbeinspektion nach Prokoscin einreichen, vorerst alle Beschwerden an mich zu richten zu wollen.

Marian von Kraszkewski.

Eine recht nett: Mahnung an die „Mitarbeiter“. Sie wäre als gut gemeint nur dann anzunehmen, wenn Herr von Kraszkewski zur Beseitigung der besagten Mißstände wirklich bereit wäre. Trotz Beschwerde selbst bei der Gewerbeinspektion war es bisher noch nicht möglich, Abhilfe zu schaffen, und solange der Werkführer etwaige Beschwerden, die bei ihm vorgebracht werden, mit Androhung der Entlassung aus der Arbeit beantwortet, wird der Mut, Beschwerden vor den Chef zu bringen, bei den Arbeitern nicht fehlen.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Beim Schachmacher Madel in Diegnitz wollten sich die kleinen Kinder in Abwesenheit der Eltern auf dem Petroleum-Kocher etwas tochen, wobei letzterer explodiert. Auf die Hilfeleistung des Wädchens kamen andere Bewohner des Hauses herbei und verhielten ein Weitergehen des Feuers. In Mallwitz zog sich der Wobellistischer Nachwilt durch einen Falschhitzer, der in einen Finger drang, eine Blutvergiftung zu. Er beachtete anfänglich die Wunde nicht. Bald jedoch schwellen die Hand und der Arm derartig an, daß eine Operation vorgenommen werden mußte. In inzwischend gefordert. Bei den gegenwärtigen Kreise Wohlau abgehaltenen umfangreichen Regiments-Übungen des Dragoner-Regiments Kaiser Friedrich führte ein Unteroffizier so unglücklich mit dem Pferd, daß er schwere Verletzungen erlitt und sofort nach dem Krankenhaus „Bethesda“ transportiert werden mußte. Der in der H. Schneiderischen Defonomie in Neustadt O.S. beschäftigte Arbeiter Franz Gollische öffnete das Tor einer Scheuer, als sich ein Torflügel aus den Angeln hob und mit voller Wucht auf Gollische fiel. Obgleich bald aus seiner unglücklichen Lage befreit, hatte derselbe eine schwere Erschütterung und Quetschung des Rückenmarks sowie teilweise Lähmung der Gliedmaßen erlitten. Einen schweren Unfall erlitt in Königsbrunn kürzlich ein Motorradfahrer. Der Verunglückte bog in starkem Tempo um die Ecke und kam zu Fall. Der Motor arbeitete jedoch trotz der liegenden Stellung ununterbrochen weiter und der Fahrer, der sich nicht losmachen konnte, wurde vom Ringe über 200 Meter weit bis an den großen Gütentisch geschleift. Der Fahrer erlitt mehrere schwere Kopfwunden. In Bromberg schlug der Wilt zwei Mal in Wagen der Straßenbahn; dadurch wurden zwei Motorwagen, der eine am Bahnhofs, der andere am Forummarkt, beschädigt; bei der vorzüglichen Sicherung der Leitung waren die Passagiere nicht gefährdet. Auch einige Zeitungen im Drisnetz der hiesigen Fernsprechanlage wurden zerstört. Ein Stillschleppattentat unternahm Sonnabend Nachmittag in Posen ein besser gekleideter Mann in dem Treppenflur des Hauses Pringelstraße 12 auf ein achtjähriges Mädchen, wurde aber durch das Schreien des Kindes verfrachtet. Der Attentäter ist ent-

Partei und Gewerkschaften.

(Schluß.)

Bömelburg (Maurer): Den Ausdruck: Sozialdemokratie und Gewerkschaft sind eins! hätte ich allerdings in eine andere Form bringen müssen. Die Verhandlung über den Massenstreik habe er auf den Wiener Kongress gebracht, damit es nicht ginge wie 1889 in Paris: der Massenstreik habe es doch in manchen Punkten in eine sehr unangenehme Lage gebracht, wir können ruhig sagen, daß uns das, was dort im Moment höchster Begeisterung beschlossen ist, in Zukunft keine große Freude bereiten wird. (Sehr richtig!) Allen Gewerkschaften lag die Pflicht ob, dafür zu sorgen, daß in Bezug auf den Massenstreik nicht ähnliches geschehe, daß nicht ein einseitiger Beschluß gefaßt werde. Beher habe ihm in Leipzig gesagt, „der Beschluß von Wien sei überholt durch den von Wien und infolgedessen sei der Wiener Beschluß maßgebend.“ (Hört! hört!) Also wir haben uns in der Gewerkschaftsbewegung einfach ungenügend, andere bestimmen und wir haben zu gehorcht! Entstand der ganze Streik deshalb, weil wir über den politischen Massenstreik redeten, weil ich angeblich ein schlechtes Beispiel gehalten haben sollte? Nein, der juchzende Wurm entstand deshalb, weil wir uns angetan hatten, in Fragen zu entscheiden, über die nach Ansicht leitender Personen in der politischen Partei einzeln und allein die Partei zu entscheiden hätte. Aus diesem Gedanken ergibt sich die ganze Sache und aus diesem Gedanken heraus sollen wir die Dinge beurteilen. Bringmann hat recht, wenn er auf das Verhältnis von früher und jetzt hinweist, und sagte, daß zwischen der Zeit von vor 10 und 15 Jahren die gewaltige Entwicklung der Gewerkschaften liegt. Ich habe es vorausgesehen, daß es nicht ruhig abgehen wird. Die Auseinandersetzungen zwischen der Arbeiterbewegung aber auch keineswegs geschäftlich werden: das Lebendliche bei der Sache muß nicht nur die traurigen Begleiterscheinungen, die Auswüchse in der Diskussion.

Wer heute herkommt und will das, was in der Parteipresse und in Parteiverhandlungen gesagt ist, paralytischen durch irgend welche Ausprüche der Gewerkschaftspresse, der verkennt die Dinge, der hat wahrlich nicht genau beobachtet, was eigentlich vorgeht. Lieber den Protest in Wien gegen den Wiener Kongress habe er gesagt. „Wir wären doch dumme Kette, wenn wir nicht in der Lage wären, in Verhandlungen einen uns richtig erscheinenden Beschluß herbeizuführen. Das müssen wir ja jeden Tag machen.“ Bebel hat nach dem Bericht der Generalkommission gesagt, wir können den politischen Massenstreik nicht anwenden. Ganz meine Meinung. Diese Meinung wird Bebel behalten müssen, davon bin ich überzeugt. Die Verhältnisse bringen ihn dazu. Ich habe auch an sich nichts dagegen, wenn bei Anwendung des politischen Massenstreiks die politische Partei die Führung im Kampfe hat. Aber heute hier endgültig bestimmen, wie es mit der Führung werden soll, ferner wie es mit der Unterstützung gehalten werden soll, ich meine, wir haben gar keine Veranlassung, uns in diesem Punkte in irgend einer Weise festzulegen. (Sehr richtig!) Kommt Zeit, kommt Rat! Sollten wir einmal vor einem Moment stehen, wo wir dem politischen Massenstreik nicht aus dem Wege gehen können, dann werden wir sehr schnell in der Lage sein, uns früh genug über die Taktik zu einigen. Es kann Momente geben, wo die politische Partei die Führung haben muß, aber wenn wir es wieder mit einer Jugendhausvorlage zu tun hätten, kann man das Koalitionsrecht verschlechtern wollen, würden wir dann die ganze Führung der Bewegung in die Hand der politischen Partei legen? Nein, das würden wir nicht tun, wir würden uns in diesem Kampfe mit an die Spitze stellen. (Sehr richtig.) Wir sind es der Erstling der Gewerkschaften schuldig, dann an erster Stelle zu stehen. Es kann sogar aus rein zweckmäßigen Gründen notwendig sein, daß die Partei auf die Führung des Kampfes verzichtet, und wir übernehmen sie, während in anderen Fällen, z. B. in der Wahlrechtsfrage die Partei zweckmäßig die Führung erhält. Also ich halte es für gefährlich, uns heute festzulegen. Sonst könnten wir sehr leicht in die Lage kommen, daß wir später die festgelegten Grundsätze wieder umstoßen müßten.

Ich bin — das habe ich immer betont — dafür, daß Partei und Gewerkschaften möglichst in Frieden leben. Aber eine Nichtschwärze wird nie erreicht werden, das heißt ein Trauer. Das eine sage ich mir jedoch heute: Bei allem Respekt vor unserer Parteileitung, bei aller Achtung vor der Partei selbst, bei allem Streben, die ganze Bewegung in möglichstster Einheit zu erhalten, stehe ich doch auf dem Standpunkte, daß

es für uns nichts Schlimmeres geben könnte, als daß wir schweigen da, wo unter allen Umständen gesprochen werden muß. Das kann es nicht geben. Ich halte es für notwendig, daß die Generalkommission sich in wichtigen Fragen auch mit der Leitung der Partei verständigt. Aber der Parteivorstand ist doch nicht die Partei, er hat doch keinen Einfluß auf die Personen, die in den einzelnen Teilen die öffentliche Meinung machen, und wenn ähnliche Dinge vorkommen wie jetzt, ist es unsere Pflicht, den Leuten ordentlich auf die Finger zu klopfen. Wenn wir diese Taktik beobachten, kommen wir zu den Zuständen, die wir im Interesse der Arbeiterbewegung haben müssen. (Beifall.)

Hue (Bergarbeiter): „Daß Gewerkschaft und Partei sich in einer Linie befinden, wissen wir alle, aber nur wenige haben den Mut zu sagen, was ist. Es muß gesagt werden hier in unserem Kreise, daß wir nicht zu scheuen tragen, was wir sind. Unsere organisatorische Kraft entspricht nicht unseren öffentlichen Äußerungen. Und weil wir das wissen, befinden wir uns in einem fortgesetzten inneren Konflikt mit uns selbst. Wer wird denn von uns in Saarabien und Oberschlesien auftreten, wie es uns Überarbeitete zumuten? Aber auch in anderen Regionen sind wir noch viel zu schwach, um den von gewisser Seite beliebten Kraftworten den nötigen Nachdruck verleihen zu können. Das gesteht man nur nicht ein; es klafft deshalb ein Widerspruch zwischen Schein und Wirklichkeit. Wer aber aus der Wirklichkeit die Konsequenz zieht, läuft Gefahr, in der gefährlichsten Weise angegriffen zu werden. Das hält unsere Genossen ab, ihre durch reichliches Nachdenken genommene Ueberzeugung von der Unfruchtbarkeit der jetzigen Situation auszusprechen. Die geistige Entwicklung wird dadurch gehemmt, wir leiden unter Intoleranz und inneren geistigen Konflikten. Noch sind wir undenkbarer wie die katholische Kirche. Das Gefühl ist weitherrschend in der Gewerkschaft und der Partei. Unsere Taktik beim großen Bergarbeiterstreik hatte die Mitgift der Parteileitung, der Fraktion und der Generalkommission. Wir haben dies die Ueberarbeiteten wissen lassen; sie mußten, daß wir den Streik wegen mangelnder Kraft abbrechen mußten. Trotzdem brach nach dem Streikabbruch, als es um Sein oder Nichtsein der Organisation ging, eine beispiellose Hebe gegen die Verbandsleiter los, ignoriert von Häuptling und vor allen Dingen von Dittell. Was uns angetan worden ist, steht ohne Beispiel da in der Arbeiterbewegung. Man propagierte sogar die Gründung eines Gegenverbandes: Sachse, Hue usw. mußten gestürzt werden. Obwohl wir nun im Einverständnis mit der Parteileitung handelten, hat die Parteileitung dennoch gerade den Mann, der uns den größten Schaden zufügte, Dittell, als Redakteur an das Zentralorgan berufen.“

„Bömelburgs Wort: „Partei und Gewerkschaften sind eins“, kann nur als eine Betonung der idealen Einheit verstanden werden. Diese Einheit ist ungewiss, ich betone sie stets, zuletzt noch vor Gericht in einem Prozeß gegen ein Zentralorgan. Auch Reichardt anerkennt in seiner Bepfehlung des Wiener Parteitag: „Die Gewerkschaftsbewegung stiftet Konsequenz zum Sozialismus.“ Mit einem Munde, der solchen Grundgedanken offen anspricht, sollte doch eine Verständigung möglich sein. Aber hier spielen leider die so oft erörterten Leipziger Verhältnisse eine unheimliche Rolle.“ „Im Reichstage müssen wir uns bemühen, die pseudoradikalen Uebenen der Unverantwortlichen vor den 21. Januar möglichst harmlos erscheinen zu lassen, tatsächlich befinden wir uns dabei in einer kläglichen Lage. Wenn wir uns alle eingelassen wollten, wie weit unsere Kraft reicht, dann gerieten wir nicht mehr in innere Konflikte. Partei und Gewerkschaften lassen ihre Taktik den konkreten Verhältnissen an; uns könnten dann keine Stöber und Komorten trasse Widersprüche vorkommen. Beide Gruppen der modernen Arbeiterbewegung sind aufeinander angewiesen, Konflikte zwischen uns sind kein natürliches Ergebnis, sondern nur Folgen des Umstandes, daß wir Willen und Können nicht in Einklang bringen. Wendt sich das, dann bleiben wir von beide Teile schädigenden Erörterungen verschont.“

Die weitere Debatte bringt nichts Wesentliches. In persönlicher Bemerkung erklärt Bringmann, die Abstimmung, die seinen Ausführungen über Klassenkampf w. w. gegeben wurden, sei nicht richtig.

In der Abstimmung werden die bekannten 6 Theorien, von denen Bebel sagt, These 1 sei nicht richtig wiedergegeben, ausgegeben, mit Ausnahme von These 6; hierüber wird die Abstimmung ausgelegt.

Internationaler Arbeiter-Kongress.

Frankfurt a. M., den 16. August 1906.

Dritter Verhandlungstag.

In der Nachmittags Sitzung wird die Beratung der Anträge fortgesetzt. Oesterreich hat nachträglich noch den Antrag gestellt: Bei größeren Abwehrstreiks oder Auspöcherungen, von denen mindestens 25 Prozent der Mitglieder einer Bundesorganisation betroffen sind, hat das internationale Bureau (Sekretariat und Kommission) alle bundesangehörigen Nationen sofort davon zu verständigen und zur Hilfeleistung aufzufordern. In ganz besonderen Fällen, in denen es sich nachweisbar um Sein oder Nichtsein der Organisation handelt, kann das internationale Bureau unter detaillierter Begründung des Beschlusses einen obligatorischen, pro Mitglied und Woche zu berechnenden Beitrag ausprechen. Verbände, die selbst Streiks zu unterstützen haben, sind in solchen Fällen von der Verpflichtung zur Beitragsleistung befreit.

Sekernjal-Wien meint, der Streik drehe sich noch mehr um die Frage, ob die Streikunterstützung obligatorisch oder fakultativ eingeführt werden solle. Er halte die obligatorische Einführung zur Zeit nicht für durchführbar. Wir können den kleinen Verbänden nur die sichere Hilfe bei Streiks in Aussicht stellen, und das geschieht durch unseren Antrag. Er bitte, alle anderen Anträge abzulehnen und den oesterreichischen anzunehmen. Borbet-Lyon erklärt, sich dem italienischen Antrag anzuschließen zu wollen. Am liebsten würden sie noch weiter gehen und einen internationalen Streikfonds schaffen. Es kommt nun zur Abstimmung über die Anträge. Borbrahski erklärt namens der Oesterreicher, daß sie ihren Antrag zu Gunsten des italienischen zurückziehen.

Zum Antrag der Italiener legt noch ein Amendement der Franzosen und Belgier vor: den Prozentsatz von 15 nach dem Beschluß in Brüssel aufrecht zu erhalten. Der Antrag Retna lautet:

Unter Bezugnahme auf die in Brüssel gefaßten Beschlüsse ist Streikunterstützung dann zu gewähren, wenn ein nationaler Verband vom Unternehmertum zu einem Streik provoziert wird oder wenn mindestens 25 Prozent der Verbandmitglieder ausgesperrt sind. In diesem Falle hat der Verband das Recht, sich um Hilfe an das internationale Sekretariat zu wenden. Das Sekretariat erhebt in diesem Falle nach der Mitgliederzahl pro Mitglied und Woche 5 Centimes. Das Geld ist direkt an die kämpfende Organisation zu schicken. Die internationale Kommission ist verpflichtet, vor Ausschreiben solcher Beiträge die Unterlagen zu dem Streik zu prüfen. Die Streikunterstützung ist auf die Dauer von vier Wochen zu gewähren, aber erst nach 14 tägiger Streikdauer. Längere Streikunterstützung bedarf der Zustimmung der internationalen Kommission und der nationalen Bundesverbände.

In namentlicher nationaler Abstimmung wird zunächst das Amendement der Franzosen und Belgier mit 5 gegen 4 Stimmen bei einer Stimmeneinhaltung (Rumänien) angenommen. Darauf wird der Antrag der Italiener mit 7 gegen 2 Stimmen bei einer Stimmeneinhaltung (Rumänien) angenommen. Damit ist der Antrag der Deutschen abgelehnt.

Es kommen nun einige Anträge betreffend die Retenaunterstützung zur Beratung. Mallescu erklärt hierzu, daß die Einführung einer obligatorischen Streikunterstützung nicht inhumanisch gegenüber sei, weil sich dieselbe in England nicht bewährt habe. Wenn aber ein fremder Gutmoder nach England komme und sich in Not befinde, werde er jederzeit unterstützt werden.

Retena-Monza erklärt, daß auch sie der Sache keine Bedeutung beilegen. Sie seien auch nicht zur Schaffung einer obligatorischen Streikunterstützung, wie die Franzosen; nur sollte beschlossen werden, daß nur die Mitglieder des internationalen Verbandes Streikunterstützung bekommen.

Borbet-Lyon begründet die Notwendigkeit einer obligatorischen Streikunterstützung, allerdings unter der Bedingung, daß nur Mitglieder des internationalen Verbandes die Unterstützung bekommen.

Kongress-Bürokrat hält die Debatte darüber für überflüssig, da doch schon der internationale Kongress in Brüssel einen dahingehenden Beschluß gefaßt habe.

Meißner-Wienburg östet, doch kurzer Hand den Voranschlag Retenas anzunehmen. Das genüge, da sich schon zweimal internationale Kongresse mit der Sache befaßt hätten. Schließlich

Von ehelichen Pflichten.

Von Dorothea Goebeler.

Sie war eine städtische Lehrerin und unterrichtete die Kinder einer Berliner Gemeindschule. Sie unterrichtete sie zehn Jahre lang, dann ging sie hin und verheiratete sich. Darin liegt nichts Besonderes. Hunderte schon haben dasselbe getan, und es steht kein Zahn danach, es hätte auch nach ihr keiner geklagt, wäre die Geschichte nicht so seltsam zu Ende gegangen. Kaum ein Jahr in Symens Fesseln, wurde sie geschieden, geschieden aus Gründen, die der Berliner Presse seit vier Wochen Stoff zum Spaltenfüllen geben und an Vier- und Fasseitigen in allen Tonarten erörtert und besprochen werden. Frauenlein (oder soll man sie Frau nennen?) hatte angeblich eine zu ideale Auffassung von der Ehe. Sie verteidigte ihrem Gatten die „ehelichen Pflichten“. Es ist über diese „ideale Auffassung“ und über die Befähigung der Mitbewältigung ihrer Vertreterin zu im weiteren Lehrberuf viel Tinte verschrieben und viel Druckerhewerze bedruckt worden, dabei liegt das Erörterungswerte des Falles eigentlich auf einer ganz anderen Seite. Es ist ganz gewiß unbillig und zeugt zum mindesten von einer sehr geringen Welt- und Menschenkenntnis, eine Ehe einzugehen unter der Bedingung, daß sie keine sein soll. Das andere kleine Lehrerin das getan, sei es aus welchen Gründen immer, so hat sie erwiefen, daß sie für den hohen, verantwortungsvollen Beruf der Jugendbildnerin nicht reif ist. Die Lehrerin hat am Ende doch noch mehr zu tun, als einfach Schreiben und Lesen zu lehren, sie soll auch erziehen und ist bei dieser Erziehung oft genug gezwungen, ob mit oder ohne Willen, das sexuelle Gebiet zu streifen. Es ist daher nicht gleichgültig, welcher Lebensanschauung der oder die Lehrende gerade in diesem Punkte huldigt.

Aber lassen wir, wie gesagt, diese Frage ganz außer Acht und wenden wir uns der anderen Seite der Sache zu, der, die unsere gesamte Frauenwelt betrifft. Der Fall schneidet die Frage der ehelichen Pflichten an. Das Verweigern der „ehelichen Pflicht“ ist einer der wichtigsten Eheverletzungsgründe, die unser Gesetz noch anerkennt. Die Frau, die sich ihrer schuldig macht, wird recht und machlos, ja nur zu oft auch erziehungslos aus dem Hause des Gatten hinausgeschoben. Die Männer, die diese Gesetze machten, waren nicht die ersten Menschen und stützten ernste Zwecke verfolgten sie, ob sie diese aber auch erreicht haben? Ich möchte mir erlauben, das hier zu bezweifeln, es möchte sogar noch weiter gehen und behaupten: dieses Gebot entspricht nicht nur nicht den Forderungen, die höheres Sittlichkeitsgefühl an die Ehe stellt; es widerspricht ihnen, mehr als das, es ist eine Barbarei, würdig mitleidiger Väter und Zeiten, die das Weib verkaufen oder doch ohne seine persönliche Einwilligung an den Mann vergeren

ben. Es läuft dem Wesen der wahren Ehe direkt entgegen. Wohl hält auch die moderne Welt in neunundzwanzig unter hundert Fällen die Ehe nur für ein Schachergeschäft, bei dem man Geld, Stellung, Titel und Versorgung mit oder ohne einander verhandelt. — Demgegenüber aber steht das feine Sittlichkeitsgefühl der Einn, besser der Hunderten, die in der wahren Ehe denn doch noch etwas anderes sehen als ein Kompagniegeschäft auf gegenseitige Vorteile, und ihr Empfinden hat recht und ist das ausschlaggebende.

Ja, die wahre fittliche Ehe ist etwas anderes, sie beruht auf dem feinen Zusammenfließen zweier Seelen, die für einander geschaffen waren von Anfang an, und nicht ohne einander sein können bis ans Ende. Liebe ist und soll ihr Grundmotiv sein. Liebe, die jubelnd gibt und nimmt, was Liebe allein nur geben dürfte.

Kann man in einer solchen Ehe denn aber noch von Pflichten reden? Kann man überhaupt als Pflicht bezeichnen und verlangen, was herauszuwachsen muß aus dem Grunde der Seele mit ständiger Naturgewalt, wenn anders es nicht herabfallen soll in den Staub und schmutziger werden, als der schmutzigste Kot der Gasse?

Es ist unfruchtbar und wider natürlich, eine Ehe einzugehen, die keine sein soll, es ist aber auch ebenso unfruchtbar und wider natürlich, zu sprechen von „ehelichen Pflichten“.

Die Natur hat dem Menschen seine Triebe gegeben, roh empfing er sie aus ihrer Hand. In seiner Macht liegt es, sie zu formen und heben; kann er daraus gestalten: heiligste Heiligheit und tiefste Gemeinheit.

Wie ihr sie schafft, so elend und so reich, so sternendurchschleiert und so dumpf an Ster, ist eure Welt — die Schöpfermacht seid ihr — rief der verstorbene Heinrich Hart einst bei Gründung der „Neuen Gemeinschaft“ seinen Jüngern zu. Das Wort paßt für das Leben, es paßt für die Ehe speziell. Glauben die, die das Gebot der ehelichen Pflicht erließen, wirklich, daß eine Ehe, in der dieses Gebot als Gebot regiert, noch sternendurchschleiert, noch heilig und reich an heiligem Gewinn sein kann? Ich glaube es nicht. Für wen ist dieses Gebot erlassen? Menschen, die in wahrer glücklicher Liebesehe leben, brauchen es nicht; also für die anderen, für die, bei denen die Liebe aus irgend welchen Gründen schiffbrüchig ist oder nie vorhanden war, was sie freiwillig sich nicht geben wollen, sie sollen es geben aus Pflicht. — Was hoch und heilig dahinstehen sollte, das Fest des Lebens, das in der vollen Harmonie zweier Seelen in höchster Heiligkeit feiern kann, es wird erniedrigt zur Befriedigung tierischer Lust, „dumpler Gier“ — ist das Sittlichkeit? Unsere moderne Ehe ist an und für sich schon verlogen genug, das Gebot der ehelichen Pflicht macht sie noch verlogener. Und wen trifft es am meisten? Die Frauen! — Die normale Frau ist, das liegt nun einmal in ihrer Natur,

nicht so stark sinnlich veranlagt, wie der Mann. Die Hingabe bedeutet ihr, soern sie eben, wie gesagt, normal und weder eine Dirne noch vom erotischen Wahnsinn gezeigter moderner Weiberweiber angefaßt ist, — wirklich etwas hohes, etwas, in das sie ihr ganzes Selbst, ihr innerstes Empfinden legt; — anders der Mann, der ja bekanntlich „leben“ will, ohne daß seine Seele mitzuspüren braucht. Beide gehen in die Ehe, zwei diametrale Gegenläufer schleichen die Gemeinshaft für das Leben. Wird der geistige oder der sinnliche Teil die Oberhand gewinnen?

Der vornehmere stützende Mann wird ganz bestimmt in jedem Falle die Empfindungen des Weibes respektieren und niemals fordern oder gar mit Gewalt erzwingen wollen. Was nicht freiwillig gegeben wird. Neben dem vornehmen Mann aber stehen die Hunderttausende, die Millionen der anderen, denen die Lust nichts ist als Luft, und die ihr Weib fordern für die Lust, und fordern können nach inneren Gesetzen: von Reichs wegen —

Wir verlassen den Lustmörder und trafen den Elenden, der einem fremden Weibe Gewalt antut, das Eheweib aber übergeben wir der Gewalt des Mannes schrankenlos. Ist dieser Mann sensibel und zart oder roh und gemein, läßt er ihr ihr heiligstes Menschenrecht, sich zu geben, wenn es ihr gefällt, oder zwängt er sie als brutaler Willkür, erniedrigt er sie zu seiner Dirne, zu einem Objekt einfacher, sinnlicher Lust, ruiniert er ihren Körper durch endlose Wochenverden, macht er sie sich, alt und elend vor der Zeit, er nimmt nur sein Recht, und sie hat sich zu fügen, das ist ihre — eheliche Pflicht, oder sie legt Kopf und Erziehung auf das Spiel.

O der vielen, der unendlich vielen Frauen, die da schon heimlich die Hände ballen und noch hallen in ohnmächtigen Zorn, ob all der Schmach und Schande, die ihnen angetan in gesetzlich geregelter, in christlicher Ehe — Würden sie einmal laut sagen, was sie gelitten, würden sie einmal dem Mund aufstehen, sie, die da sitzen in den Wartezimmern und Sprechzimmern unserer Frauenärzte, und die anderen, die da hinkommen im Ehejoch, gebeugt, zertreten, alt, noch bevor sie richtig jung waren, ein Schrei der Empörung würde hingehen über die ganze Welt. Aber sie schweigen, die Scham schließt ihre Lippen, und es ist vielleicht ganz gut so.

Denn wenn sie reden wollten, wenn der Schleier fielen von so mancher „anständigen“ Familie, es würde sich vielleicht ein Wagnis entrollen, tiefer, unheilvoller noch als der, der die Prostitution, die öffentliche Unsitte, die öffentliche Unkeuschheit verurteilt. Denn schließlich braucht auch die unbillige Dirne sich nur zu geben, wenn es ihr gefällt, die fittliche Ehefrau muß — wenn ihr „Gott“ will. Wir aber, die wir alle dem zusehen, wir nennen uns ein sittliches Volk, wir schämen uns, die fittliche Ehe und rufen Wehe über den Sünder, der sie unfruchtbar, der die freie Liebe prebigen will. Als ob die Liebe sein könnte ohne Freiheit, als ob die Sittlichkeit der Ehe nicht überhaupt da erst anfängt, wo sie zu sich selbst — freie Liebe ist.

Es konnte es so immer darauf an, wie dieser Beschluß ausgeführt werde.

Der Vorschlag Reinas wird hierauf mit einem Amendement der Delegierten per Abstimmung einstimmig angenommen.

Es entsteht nunmehr eine längere Debatte über die Bestimmung des Sitzes des internationalen Sekretariats.

Manu der französische Verband keine genügenden Garantien bieten für die Ausführung der (früheren) Kongreßbeschlüsse, so ist der Sitz des internationalen Sekretariats nach einem anderen Lande zu verlegen.

Reytschle sagt, die schimmern Erfahrungen, die man nicht nur noch Brüssel, sondern schon seit 1898 mit dem internationalen Sekretariat gemacht, hätten sie zur Stellung dieses Antrages veranlaßt.

Worder-Von erklärt, daß man in Frankreich beschließen habe, den Uebelständen dadurch abzuwehren, daß man das nationale mit dem internationalen Bureau vereinigen und den nationalen Sekretäre mit zur Leitung der Arbeiten heranziehen wolle.

Reina-Wonza bedauert, nicht den Ausführungen der Franzosen zustimmen zu können.

Podrahsli-Wien sagt, nicht bloß die Nichtausführung der Beschlüsse, sondern auch die Differenzen, die in Frankreich herrschen und die lähmend auf die Tätigkeit des internationalen Sekretariats wirken, veranlassen sie, für den Antrag der Deutschen zu stimmen.

Podrahsli-Wien wendet sich nochmals gegen die Verlegung des Sekretariats.

Der Kongreß beschließt hierauf, prinzipiell alle 6 Jahre das internationale Sekretariat zu verlegen.

Der Antrag der Deutschen, das Sekretariat nach Wien zu verlegen, wird in namentlicher nationaler Abstimmung mit allen gegen die Stimmen der Franzosen angenommen.

Der Antrag der Deutschen, das Sekretariat nach Wien zu verlegen, wird in namentlicher nationaler Abstimmung mit allen gegen die Stimmen der Franzosen angenommen.

Der Antrag der Deutschen, das Sekretariat nach Wien zu verlegen, wird in namentlicher nationaler Abstimmung mit allen gegen die Stimmen der Franzosen angenommen.

Der Antrag der Deutschen, das Sekretariat nach Wien zu verlegen, wird in namentlicher nationaler Abstimmung mit allen gegen die Stimmen der Franzosen angenommen.

Der Antrag der Deutschen, das Sekretariat nach Wien zu verlegen, wird in namentlicher nationaler Abstimmung mit allen gegen die Stimmen der Franzosen angenommen.

Der Antrag der Deutschen, das Sekretariat nach Wien zu verlegen, wird in namentlicher nationaler Abstimmung mit allen gegen die Stimmen der Franzosen angenommen.

Der Antrag der Deutschen, das Sekretariat nach Wien zu verlegen, wird in namentlicher nationaler Abstimmung mit allen gegen die Stimmen der Franzosen angenommen.

Der Antrag der Deutschen, das Sekretariat nach Wien zu verlegen, wird in namentlicher nationaler Abstimmung mit allen gegen die Stimmen der Franzosen angenommen.

Der Antrag der Deutschen, das Sekretariat nach Wien zu verlegen, wird in namentlicher nationaler Abstimmung mit allen gegen die Stimmen der Franzosen angenommen.

Der Antrag der Deutschen, das Sekretariat nach Wien zu verlegen, wird in namentlicher nationaler Abstimmung mit allen gegen die Stimmen der Franzosen angenommen.

Der Antrag der Deutschen, das Sekretariat nach Wien zu verlegen, wird in namentlicher nationaler Abstimmung mit allen gegen die Stimmen der Franzosen angenommen.

Der Antrag der Deutschen, das Sekretariat nach Wien zu verlegen, wird in namentlicher nationaler Abstimmung mit allen gegen die Stimmen der Franzosen angenommen.

Der Antrag der Deutschen, das Sekretariat nach Wien zu verlegen, wird in namentlicher nationaler Abstimmung mit allen gegen die Stimmen der Franzosen angenommen.

Der Antrag der Deutschen, das Sekretariat nach Wien zu verlegen, wird in namentlicher nationaler Abstimmung mit allen gegen die Stimmen der Franzosen angenommen.

Der Antrag der Deutschen, das Sekretariat nach Wien zu verlegen, wird in namentlicher nationaler Abstimmung mit allen gegen die Stimmen der Franzosen angenommen.

Der Antrag der Deutschen, das Sekretariat nach Wien zu verlegen, wird in namentlicher nationaler Abstimmung mit allen gegen die Stimmen der Franzosen angenommen.

Der Antrag der Deutschen, das Sekretariat nach Wien zu verlegen, wird in namentlicher nationaler Abstimmung mit allen gegen die Stimmen der Franzosen angenommen.

Der Antrag der Deutschen, das Sekretariat nach Wien zu verlegen, wird in namentlicher nationaler Abstimmung mit allen gegen die Stimmen der Franzosen angenommen.

Der Antrag der Deutschen, das Sekretariat nach Wien zu verlegen, wird in namentlicher nationaler Abstimmung mit allen gegen die Stimmen der Franzosen angenommen.

Der Antrag der Deutschen, das Sekretariat nach Wien zu verlegen, wird in namentlicher nationaler Abstimmung mit allen gegen die Stimmen der Franzosen angenommen.

Der Antrag der Deutschen, das Sekretariat nach Wien zu verlegen, wird in namentlicher nationaler Abstimmung mit allen gegen die Stimmen der Franzosen angenommen.

Der Antrag der Deutschen, das Sekretariat nach Wien zu verlegen, wird in namentlicher nationaler Abstimmung mit allen gegen die Stimmen der Franzosen angenommen.

Der Antrag der Deutschen, das Sekretariat nach Wien zu verlegen, wird in namentlicher nationaler Abstimmung mit allen gegen die Stimmen der Franzosen angenommen.

Verhandlungen, die mit ihrer Vollziehung an das internationale Sekretariat über ein Jahr im nächsten sind um trotz Mahnung ihren Pflichten nicht nachkommen, haben auf dem Kongresse nur beratende Stimmen.

Ein Antrag Boret-Hon, dem Sekretäre sofort ein Mandat mehr zu übertragen, wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Damit sind die Anträge erledigt. Als Tagungsort für den nächsten internationalen Kongreß 1909 wird Wien bestimmt. Hierauf wird der Kongreß geschlossen.

D. ordentlicher Verbandstag der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufsgruppen Deutschlands.

R. Berlin, den 18. August 1906.

Sechster Verhandlungstag.

Ueber die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in der Damenkleiderei referiert Knoop.

Die Debatte endet mit Annahme folgender Resolution: In Erwägung, daß sich nach eingehenden Untersuchungen die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Damenkleiderei in den letzten Jahren immer mehr verschlechtert hat, wies in erster Linie auf die widerwärtige Produktionsform, welche die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Branche einem rückwärtigen Zwischenunternehmertum ausliefern, zurückzuführen ist;

In weiterer Erwägung, daß die bisher erlassenen Verwaltungs-Verordnungen teils durch die Ausführungsbestimmungen der Landes-Zentralbehörden, teils durch die unzureichende Kontrolle vollständig wirkungslos geblieben sind, hält der Verbandstag die unverzügliche Schaffung eines durchgreifenden Seimarbeiterschutzes für dringend notwendig.

Der Verbandstag ist sich aber auch darüber klar, daß erst dann an eine wirkliche Verbesserung der Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Konfektions-Industrie gedacht werden kann, wenn das parasitäre Zwischenmeisterthum beseitigt und die Einwirkung gesunder Betriebsverhältnisse durch die unmittelbaren Unternehmer erfolgt ist. Deshalb fordert der Verbandstag nachdrücklich folgendes:

- 1. Einführung und Unterhaltung von Betriebs-Verhältnissen, dergestalt, daß die beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in unmittelbarem Arbeitsverhältnis zu dem wirklichen Unternehmer stehen.

- 2. Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf 9 Stunden.

- 3. Einführung von Wochen- resp. Feiertagen.

- 4. Ueberstunden und Sonntagsarbeit sollen nur in ganz dringenden Fällen zulässig sein und müssen dann mit entsprechendem Zuschlag bezahlt werden.

- 5. Sämtliche Arbeitsgeräte und Konsumtoren sind vom Arbeitgeber zu liefern.

Zur Einhaltung dieser Forderungen sind örtliche Kommissionen zur Ueberwachung einzusetzen. Zur Regelung des Arbeitsverhältnisses ist ein einheitlicher Arbeitsvertrag einzuführen.

Um dieses zu erreichen, ist es Pflicht aller Arbeiter und Arbeiterinnen in der Damenkonfektion, sich dem Verbands-Anschließen und tatkräftig an der Durchführung dieser Forderungen mitzuwirken, denn nur aus eigener Kraft kann erst eine menschenwürdige Existenz erzwungen werden.

Weiter wird beschlossen, daß der Vorstand, um die Agitation unter den Arbeiterinnen aller Zweige unseres Berufes erfolgreicher betreiben zu können, die Mitgliedschaften anzuweisen hat, ihm geeignete Kolleginnen in Vorschlag zu bringen, die zu Agitatoren für den Verband herangezogen werden können.

Zum gesetzlichen Heimarbeiterschutz macht Räumlich erklärende Ausführungen zu den Bestimmungen, die zum Schutz der Frauen- und Kinderarbeit von der Regierung erlassen sind.

Rebner führt an der Hand zahlreicher Beispiele den Nachweis, daß diese Bestimmungen des öfteren laut Bericht der Gewerbeinspektion durchgehenden und daß die größte Ausbeutung der jugendlichen Kräfte noch und gibt ist.

Kinder von vier Jahren arbeiten bereits stundenlang, während der Saison in der Konfektion und in allen anderen Berufen, wo Heimarbeit in Frage kommt. Uebertretungen des Kinderbeschutzes sind im letzten Jahre mit 3 bis 30 Mark bestraft worden, eine Strafe, die in keinem Verhältnisse zu der Schwere des Verbrechens steht, wodurch die Ausnutzung das junge Menschenkind in der Entwicklung gehemmt wird.

Von einer Debatte wird abgesehen und nachstehende Resolution angenommen:

„Angesichts der elenden Zustände, die sich in der Hausindustrie herausgebildet haben, wie sie namentlich durch den Konfektionsarbeiterstreik im Jahre 1896, durch den Seimarbeiterschutzkongreß vom 7. bis 9. März 1904 in Berlin und die Seimarbeiterschutzesstellung im Januar-Februar 1906 in Berlin zu Tage getreten sind, hält der von 13. bis 18. August 1906 zu Berlin tagende Verbandstag des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufsgruppen Deutschlands die bestehenden Bestimmungen der Gewerbeordnung, des Kinderbeschutzes und die demgemäß vom Bundesrat erlassenen Verordnungen für gänzlich unzureichend und fordert von den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches die sofortige Schaffung eines durchgreifenden Seimarbeiterschutzes gemäß des von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dem Reichstage unterbreiteten Entwurfes.“

Die Statuten-Beratung zitiert folgende Ergebnisse: weibliche Mitglieder erhalten auf Antrag die „Gleichheit“ gratis zugewiesen.

Der Beitrag wird für männliche Mitglieder auf 35, für weibliche auf 15 Pf. festgesetzt.

In den Lokalfestungen sollen in Zukunft 20 Prozent von den Beiträgen zur Agitation verbrieft werden.

Der Vorstand wird wieder, als Sekretär wird Heilmann neu gewählt.

In Zukunft sollen je 500 Mitglieder durch einen Delegierten auf dem Verbandstage vertreten sein.

Die Reiseunterstützung soll ab 1. Januar 1907 pro Kilometer 3 Pf. betragen.

Anträge, die auf Unterstützung der Raigemaßregelungen hinauslaufen, werden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Ferner macht es der Verbandstag allen Kollegen zur Pflicht, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen, um sich bei dem Ort stattfindenden Demonstration anzuschließen.

Einige redaktionelle Änderungen des Statuts werden dem Vorstande überwiesen.

Zum Seimarbeiterschutz-Kongreß macht Erläuterungen einige Ausführungen und legt das Verhalten der Delegierten klar. Der Verbandstag schließt sich mit den dort gefaßten Beschlüssen ein.

Nach Erledigung der üblichen Formalitäten erfolgt Schluß des 9. Verbandstages.

Arbeiterbewegung.

Die Arbeitsverhältnisse der deutschen Straßenbahner. Eine besondere Aufgabe hat sich der Genosse Quatz gestellt, als er in einer letzten erschienenen Broschüre die Arbeits-Verhältnisse der deutschen Straßenbahner behandelt. Diese Broschüre ist eine Vorarbeit für die anstehende Arbeiterkammer, es ist im Besonderen des Seimarbeiterschutzes der Gewerbe-, Transport- und Seimarbeiterschutz und Arbeiterinnen Deutschlands erschienen. Den

den Mängelheiten des Straßenbahnerberufs bleibt ein sehr großer Teil dem großen Publikum verborgen, und die Straßenbahnerreflexionen geben sich alle Mühe, das Verlangen der inneren Vorgänge zu verheimlichen. Sie wissen warum! Um so unverständlicher wäre eine amtliche Untersuchung der bestehenden Verhältnisse, die aber immer wieder hinausgeschoben worden ist.

Die Arbeitsverhältnisse, welche die Straßenbahnunternehmungen mit den Fahrern und Schaffnern abschließen, unterscheiden sich wesentlich von den in der Industrie üblichen, sie erkennen sehr stark an die Verhältnisse der Dienstleistungen an. Es wird von den Angestellten verlangt, daß sie „treu und gehoramt“ sind, sie haben keinen Anspruch auf Feiertage, sondern müssen sich damit begnügen, was ihnen von der „Vergütung“, d. h. von der Straßenbahngesellschaft freigegeben wird, usw.

Es gibt in diesen Verträgen Bestimmungen, die noch rückständiger sind als die Verordnungen, z. B. die Verpflichtung, die Lirre zu bezahlen, in Verlangen, welches an die Dienstleistung in herkömmlichen Häusern nicht gestellt wird. Daneben trifft man jedoch Vorschriften, die den Arbeitsbedingungen der modernen Großbetriebe entsprechen und nur in Bezug auf Schärfe noch über diese hinausgehen.

Neben dem Unzulänglichen der Arbeitsbedingungen geben die oft unvernünftigen langen Arbeitszeiten Grund zu berechtigten Klagen, sind doch Arbeitsschichten von 14, 15 und 16 Stunden keine Seltenheit und öfter kommen noch längere vor. Die Löhne der Straßenbahner bewegen sich auf einem sehr bescheidenen Niveau. Nach einer Zusammenstellung, welche sich allerdings nur auf eine kleine Zahl mehr größerer Städte erstreckt, schwanken die Löhne der Wagenführer zwischen 2,10 Mark pro Tag Anfangslohn in Halle und 1,40 Mark pro Monat Höchstlohn in Frankfurt a. M.; in Stuttgart werden Monatslöhne von 90 bis 130 Mark bezahlt. Die Löhne der Schaffner sind in den meisten Städten etwas niedriger als die der Fahrer, wobei die Verwaltungen damit rechnen, daß die Differenz durch Trinkgelber ausgeglichen wird. Das ist ein Unfug, der auch dadurch nicht auszuwachen ist, daß, wie in Nürnberg, die Annahme von Trinkgelber ausdrücklich verboten wird. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen nicht nur, wie dies in Frankfurt a. M. der Fall ist, die Löhne der Fahrer und Schaffner gleichgestellt, sondern auch in angemessener Weise erhöht werden. Man darf nicht übersehen, daß die Höchstlöhne erst nach langer, oft 15- bis 20-jähriger einwandfreier Dienstzeit erreicht werden, und daß es verhältnismäßig wenige Angestellte zu lange auszuhalten. Die Löhne können auch keineswegs unbefristet zur Auszahlung, es werden vielmehr die nicht abträglichen Beiträge für die Montur, Station, Versicherungsbeiträge und andere besonders für Strafen in Abzug gebracht. Das Strafsystem scheint bei einigen Straßenbahnverwaltungen ganz hervorragend ausgebildet zu sein, und wäre dieses Kapitel wert, in einer besonderen Studie behandelt zu werden. Nicht nur die harmlosesten Uebertretungen bestehender Vorschriften werden bestraft, es gibt auch Strafen für Dinge, die zu vermeiden gar nicht in der Macht des Angestellten liegt; daneben werden die Angestellten noch für Verlebensschäden haftbar gemacht, für welche sie der Direktion nicht andere Haftpflichtige nachweisen können. Daß es mit dem Gesundheitschutz der Straßenbahner nicht weit her ist, kann man sich nach dem bisher Besagten denken. So ist der vielfach verordnete Schutz des Vorderperons durch Weglassung desselben bisher nur in Nürnberg durchgeführt. Neben dem Vorderrücken von Sandbüchsen und Hitzbüchsen, worüber z. B. die Mannheimer Straßenbahndirektion noch im Winter 1901 klagen, verdient hervorgehoben zu werden, daß die Errichtung von Aufenthaltsräumen und Aborten an den End- und Ruhepunkten der Linien noch eine ziemlich seltene Erscheinung ist. Angesichts der traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Straßenbahner sollte man meinen, daß der Organisationsgedanke bei ihnen recht Wurzel gefaßt hat; leider ist das nicht der Fall. Hier hat in erster Linie eine Besserung einzusetzen.

Aus dem Unternehmerlager. Wie die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ mittels, hielt der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller in Nürnberg die diesjährige ordentliche Ausschüttung ab. Nach dem Geschäftsbericht haben sich im Berichtsjahre 6 Verbände und 20 Einzelmitglieder neu angeschlossen und zwei Verbände für 1906 angemeldet. Der Gesamtverband zählt zur Zeit 38 Bezirksverbände und zwei angeschlossene Vereine, die insgesamt circa 431.000 Arbeiter beschäftigen. Es ist eine Kommission eingesetzt worden, um eine Vorlage auszuarbeiten, welche die Ansicherung über den ganzen Gesamtverband festzusetzen soll. Der Verband der Arbeiter der Baugewerbe Mitteldeutschens hat an die Fraktionen der kaiserlichen Abgeordnetenkammer, sowie an mehrere Ministerien eine dringliche Vorstellung um Schutz der Arbeitswilligen und der Arbeitgeber des Baugewerbes gerichtet. Es wird darin gefordert, daß unangenehme Bestrafung der Ausschreitungen während der Streiks und Aussperrungen und des Streikpolkenlebens eintritt, ferner die Verlängerung der Lieferungsfristen bei staatlichen Bauten um die Dauer des Streiks und Aussperrungen und die Befreiung arbeitswilliger Unternehmer im gemäßigten Urlaub zu Gunsten der Arbeitgeber verfügt wird. Die Spitze der Eingabe richtet sich gegen die Nürnberger Polizei, welche die Arbeitgeber und die Arbeitswilligen nicht genügend geschützt haben soll.

Die Eisenbahner verlangen noch mehr Schutz und Entgegenkommen. Ist dieses überhaupt noch möglich?

Die Muttat eines Streifbrechers. Man schreibt uns aus Nürnberg: In der Automobilfabrik Union in Nürnberg leben die Schlosser und Dreher seit beinahe einem Vierteljahr im Auslande, ohne daß es bis jetzt zu einer Szene auf der Straße gekommen ist, die Streikenden führten ihren Kampf mit völliger Ruhe durch. Das schien den Groß des Fabrikanten, Maurer mit Namen, noch mehr zu steigern und allem Anschein nach suchte er die Streikenden zu irgend einem unbedachten Schritt zu provozieren, um daraus für sich Kapital schlagen zu können. Am Freitag Mittag benahm sich die Streifbrecher derart frech und herausfordernd, daß es zwischen ihnen und den Streikposten zu einem kleinen Geplänkel kam. Darauf empfang der Direktor Maurer seine Streifbrecher unterm Fabrikator mit den Worten: „Ihr habt doch Meffer in der Tasche, zeigt ihnen doch, daß ihr Euch nicht fürchtet“ usw. Was der Fabrikant während des Nachmittags den Arbeitswilligen weiter sagte, ist vorläufig nicht bekannt, es lassen sich aber allerhand Schüsse stehen aus dem Folgenden: Als am 6. Uhr Abends die Streifbrecher die Fabrik verließen, waren sie sofort nach den Posten mit Steinen und einer zeigte einen Revolver und rief: „Der erste, der herkommt, den schieße ich nieder.“ Die anderen waren mit ausgesteckten Eisenstangen und anderen Mordwerkzeugen versehen und ihre herausfordernde Haltung hatte bald den von ihnen gewünschten Zusammenstoß zur Folge. Die Polizei schritt nicht ein, denn die Angreifer waren nicht die Streikenden, sondern die Arbeitswilligen, und der Fabrikdirektor Maurer war selbst unter dem Gemenge, er war mit einem Automobil bagwischengelassen und schlug mit einer Luftpumpe aus dem Wagen heraus. Nachdem dies einige Minuten gedauert hatte, ging bald die Schlägerei von neuem los, denn die Streifbrecher, so feig sie sonst sind, fühlten sich kolossal mutig, sie waren ja in der Uebermacht und mit Waffen gut versehen, außerdem wußten sie die Polizei auf ihrer Seite. Inzwischen war der Streifleiter herbeigekommen, er war aber noch nicht heran, so schoß ihn ein Streifbrecher nieder, ohne daß jener nur eine Miene zum Angriff gemacht hätte. Die Angel drang mitten in die Brust und blieb in der Lunge stecken. Der Streifere wandte sich sofort zurück, der Mordhube feuerte aber noch weitere zwei Schüsse auf den Zurückgehenden, die ebenfalls trafen, dann ergrieff er die Flucht. Nun erst zeigte sich die Polizei tätig. In einem eben herbeifahrenden Automobil suchte sie Aufnahme und jagte dem Täter nach und verhaftete ihn. Als der Schwerverwundete an der Fabrik vorbeigetragen wurde, schickte dies bei dem unter dem Vorstehenden Versam mit dem Direktor Maurer an der Spitze nur höfliche Gefühlsäußerungen. Der üblich Betroffene heißt Melchior Fleichmann, ist 29 Jahre alt und Vater von vier Kindern. Sein Tod kann nicht eintritt.

Frankfurt a. M., den 16. August 1906.

Vierter Verhandlungstag.

Den Vorsitz führt Classet-Brüssel.

Ein Antrag von Brasilien betrifft die Abschaffung der Stückarbeit und die Einführung der Tagesarbeit auf der Basis des Achtstundentages.

Der Antrag wird vom Frau Espaner kurz begründet. Reytschle meint, daß sich wohl alle Delegierten über die Schädlichkeit der Stückarbeit klar seien; es bedürfte darüber keiner Diskussion.

Es genüge, wenn beschlossen wird, daß der Kongreß die Anregung zustimmend zur Kenntnis nimmt. Boret-Hon meint, daß das Hauptgewicht wohl auf die Einführung des Achtstundentages zu legen ist, weshalb es sich empfiehlt, an einem Tage eine Demonstration für den Achtstundentag zu veranstalten.

Das haben wir ja schon im 1. Mai! Mallaleu-Denton sagt, da sich der Achtstundentag doch nicht so leicht durchführen lasse, solle man die Propagierung der Sache den einzelnen Nationen überlassen. Reina-Wonza hält diese Pflicht für geboten; aber eine Demonstration an einem bestimmten Tage zu veranstalten, hält er nicht für zweckdienlich.

Podrahsli hält eine Spezialdemonstration der Arbeiter ebenfalls nicht für zweckdienlich; für diese Demonstration sei der 1. Mai da. An diesem Tage sollten auch die Sumacher demonstrieren. Er beantragt aus diesen Gründen, den Vorschlag abzulehnen.

Der Kongreß beschließt, die Frage der Abschaffung der Stückarbeit soll von den einzelnen Nationen studiert und das Material auf dem nächsten Kongresse erörtert werden.

Für die in Buenos Aires und Brasilien seit 1. Mai in brutaler Weise ausgeübten Sumacher wird eine Sympathieerklärung beschlossen.

Der Antrag der Franzosen, Esperanto als Verkehrs-sprache für das internationale Sekretariat und spätere Kongresse einzuführen, wird von Classet-Paris begründet. Die Zweckmäßigkeit einer solchen Verkehrssprache werde wohl am besten durch diesen Kongreß demonstriert. Man solle deshalb alle Kollegen aufsuchen, Esperanto zu lernen. Podrahsli beantragt, in Berücksichtigung der Anregung Alberts gebt der Kongreß über den Antrag der Franzosen zur Tagesordnung über.

Esperanto macht den Vorschlag, daß wenigstens die Sekretäre der Nationen Esperanto lernen und als Verkehrs-sprache benutzen. Mallaleu sagt, die Sekretäre sollten statt Esperanto Englisch lernen. Der Antrag Podrahsli wird angenommen.

Kongreß-Bureau regt die Schaffung eines Fonds an, mit dessen Hilfe man Fabriken aufbauen und arbeitslose Arbeiter dort beschäftigen solle. Reina-Wonza steht der Idee der Genossenschaftsbewegung sympathisch gegenüber; in Italien habe man auch bereits einige kooperative Gewerbetriebe, aber einen Beschluß in dieser Sache könne der Kongreß nicht fassen. Müller warnt entschieden vor demartigen Gründungen und beantragt, über den Antrag Kongreß zur Tagesordnung zu geben.

Auch Mallaleu warnt vor solchen Experimenten. Wie die Deutschen, so hätten auch sie damit üble Erfahrungen gemacht. Der Antrag Kongreß wird abgelehnt. Dagegen wird ein Antrag Reina angenommen, der der Genossenschaftsbewegung zu allgemein seine Sympathie ausdrückt.

Es tritt hierauf eine Mittagspause ein.

In der Nachmittags-Sitzung, die von Classet-Paris präsidiert wird, werden noch einige auf die Geschäftsführung des internationalen Sekretariats bezügliche Anträge beraten. Mallaleu beantragt, alljährlich bis zum 20. Juli die Statuten usw. der nationalen Verbände an den internationalen Sekretär zu schicken, damit dieser in der Lage sei, rechtzeitig den Bericht fertig zu stellen. Es entsteht darüber eine längere Auseinandersetzung. Podrahsli meint, die Regelung überlasse man am besten dem Sekretariat selbst. Schließlich einigt man sich, daß die Berichte drei Monate vor dem Kongreß dem internationalen Sekretär zugehickt werden müssen. Weiter beantragen die Deutschen:

Verbände bis 1500 Mitglieder haben mindestens einen, bis 3000 Mitglieder zwei, bis 5000 Mitglieder drei und über 3000 Mitglieder vier Delegierte zu entsenden. Doppelmandate sind unzulässig.

Auch darüber gibt es eine lange Auseinandersetzung. Classet-Paris bezeichnet ein solches Vorgehen als unvernünftig. Es sei nur geeignet, die kleinen Nationen niederzuzimmern. Reytschle erwidert, daß sie eine Verbesserung darüber, was demokratisch sei, ablehnen müssen. Es sei nur ein Akt der Gerechtigkeit, wenn die großen Verbände, die sich auch entsprechend ihrer Größe Mühen zu erheben haben, eine proportionale Vertretung und Aufmerksamkeit verlangen. Es eine Verhandlung nicht zu erlangen ist, nicht Beschlüsse selbständig fassen. Antrag wird, mit dem Hinweis, daß es jedem Kongreß überlassen bleiben soll, aber den Bestimmungen des Statuts zu befolgen. Weiter wird von Deutschland beantragt:

Die Arbeitsverhältnisse der deutschen Straßenbahner. Eine besondere Aufgabe hat sich der Genosse Quatz gestellt, als er in einer letzten erschienenen Broschüre die Arbeits-Verhältnisse der deutschen Straßenbahner behandelt. Diese Broschüre ist eine Vorarbeit für die anstehende Arbeiterkammer, es ist im Besonderen des Seimarbeiterschutzes der Gewerbe-, Transport- und Seimarbeiterschutz und Arbeiterinnen Deutschlands erschienen. Den